

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis halbjährlich 2.50 M., monatlich 1.10 M.,
wöchentlich 38 Pf. frei und franco.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die festgesetzte Zeile
je nach dem Raum 50 Pf., für
politische und gewerkschaftliche
Anzeigen 30 Pf., für
„Kleine Anzeigen“, das festgesetzte
Wort 20 Pf. (zweifache Zeilen
Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf.,
Stellenangebote und Geschäftsverhandlungen
das erste Wort 10 Pf., jedes
weitere Wort 5 Pf. Wörter über 15 Buchstaben
zählen für zwei Wörter. Inserate
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonntag, den 1. Juni 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Vorfriede.

Die Unterzeichnung des Friedensprotokolls in London
beendet einen Abschnitt in der Lösung der orientalischen Frage
und eröffnet neue Möglichkeiten weltpolitischer Entwicklung.

Die Balkanstaaten stehen jetzt vor dem Problem
der definitiven Abgrenzung ihrer Gebiete. Die an sich wegen
der Nationalitätenmischung schon sehr schwierige Frage ist
durch die Verschiedenartigkeit des Kriegsglücks und durch die
Politik der Großmächte noch komplizierter geworden.

So ernst aber auch diese Differenzen sind, so ist es doch
heute noch das Unwahrscheinlichere, daß es zwischen den
Balkanstaaten zum Kriege kommen wird.

So ist die Meinung berechtigt, daß schließlich auf dem
Balkan zunächst Ruhe werden wird. Wie lange freilich diese
unfertigen Staaten, zu denen noch das Kunstgebilde Albanien
kommt, Frieden halten werden, bleibt zweifelhaft.

Noch wichtiger aber für das übrige Europa als die
Zukunft der Sieger, ist die des Besiegten. Schon jetzt hat die
Niederlage der Türkei weltpolitische Wandlungen von großer
Bedeutung angebahnt. Und als eigentlicher Sieger aus den
mörderischen Kämpfen der anderen geht England hervor.

Zugleich hat die geschickte Leitung der englischen
Diplomatie das moralische Prestige Englands außerordentlich
gestärkt. England erscheint den Völkern im Osten mächtiger
als je und die nach Asien zurückgedrängte Türkei beugt sich
für den Versuch einer Reorganisation ihrer Verwaltung und
Neugestaltung ihres Staates englische Beamte, englische Hilfe
zu gewinnen.

die Versuchungen für die Mächte, aktiv einzugreifen und Teile
ihres Gebiets in eigene Kolonien zu verwandeln.

Und noch ein Punkt bedarf besonderer Hervorhebung.
Die Abschwächung des deutsch-englischen Gegensatzes, die
während der jüngsten Entwicklung zunächst eingetreten ist,
hat sich auch in der Abnahme des gegenseitigen Vertrauens
zur See geäußert. Zugleich aber hat sie Deutschland die
ungeheure Vermehrung des Heeres gebracht. Der Verminderung
des deutsch-englischen Gegensatzes entspricht so die Vergrößerung
des deutsch-französischen und des deutsch-russischen
Gegensatzes, der gerade durch die deutsche Heeresvermehrung, wenn
nicht erzeugt, so doch offenbar geworden ist.

So bedeutet der Balkankrieg auch für den deutschen
Imperialismus eine wichtige Wendung. Die asiatische Politik,
die die aussichtsreichste erschien, erscheint heute erfolgloser
als je und sicher bleiben nur die ungeheuren Lasten und die
ungeheuren Gefahren, die diese Rüstungspolitik, die immer mehr
zum Selbstzweck wird, über die Nationen verhängt.

Äußerungen der Balkandelegierten zum Friedensschluß.

London, 30. Mai. Nach Danew's Rede erklärte
Popowitsch, die montenegrinischen Delegierten seien
äußerst unzufrieden mit den Bedingungen, die sie
gezwungen worden seien anzunehmen.

Stuludis (Griechenland) verlas eine Erklärung,
wonach die griechischen Delegierten den Vertrag auf das
ausdrückliche Versprechen der türkischen Delegierten hin
unterzeichnet haben, auf der heutigen Sitzung die Erklärung
abzugeben, daß die Verträge und Konventionen, die vor dem
Kriege zwischen den beiden Regierungen in Kraft waren, mit
der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen wieder
volle Gültigkeit erlangen würden.

Zum Schluß kündigte Danew an, daß nach Beratung
unter einigen Delegierten beschlossen worden sei, daß ein
Zusatzprotokoll zu dem Vertrag unterzeichnet werden
soll, wonach der Vertrag unmittelbar nach der Unterzeichnung
in Kraft tritt.

Verständigung zwischen Bulgarien und Griechenland.

Wien, 31. Mai. Die „Politische Korrespondenz“
meldet von amtlicher griechischer Seite aus Saloniki:
In der Unterredung mit Sarafow erklärte Venizelos, es sei dringend
geboten, Zwischenfällen wie den letzten betraffenen Zusammenstößen
zwischen griechischen und bulgarischen Truppen durch eine
freundschaftliche Verständigung zwischen den Regierungen der
Verbündeten über die Verteilung der eroberten Gebiete ein Ende zu setzen.

Vertagung der Begegnung der Ministerpräsidenten.

Sofia, 31. Mai. Die Begegnung des Ministerpräsidenten
Geshow mit dem serbischen Ministerpräsidenten Paschitsch
ist vertagt worden.

Eine Beratung der Delegierten des Balkanbundes.

London, 31. Mai. Wie das Reutersche Bureau erfährt,
berieten in ihrer heutigen Zusammenkunft die vier Balkanmissionen
über die Einleitung von Verhandlungen über besondere Abmachungen
mit der Türkei wegen verschiedener Fragen, die aus dem Kriege
herborgegangen und nicht durch den Friedensvertrag geregelt
sind. Die gefaßten Beschlüsse werden den türkischen Delegierten
vorgelegt werden, um zu einem gemeinsamen Plan für die nächste
Zusammenkunft am Montag zu gelangen.

„Hagelichlag“ in Eliaß-Lothringen.

Aus dem Reichstage. Bei der Fortsetzung der
Beratung der sozialdemokratischen Interpellation über die
Vorgänge in Eliaß-Lothringen kam am Sonnabend einer
der mitgenannten Männer in der Angelegenheit, der
elsaß-lothringische Unterstaatssekretär Mandel, zu Wort.

Wenn der Herr Mandel aber keine schlimmeren
Eigenschaften hätte als diese und als eine etwas
polterndürftige Redeweise, die der Reichstag am Sonnabend
kennen lernte, so könnte er uns schließlich noch besser gefallen
als das übliche Aufgebot der Regierungsvertreter.

Dabei entschlipfte ihm freilich manch urkomische
Bemerkung. So schilderte er die Bauern, Handwerker und
Arbeiter des Eliaß als Männer mit deutscher Gefinnung, die
eigentliche Bourgeoisie dagegen taugte nichts.

Das ist natürlich ein ganz unpassender Vergleich.
Hagelichläge sind natürliche Erscheinungen, die durch
unabwendbare Naturvorgänge herbeigeführt werden.

Von bürgerlicher Seite wurde nichts Erhebliches zur
Sache gesagt. Von unserer Fraktion hielt Genosse Weill,
der Vertreter von Metz, eine scharfe, gut dokumentierte Rede.

Steuerfreiheit der Fürsten?

Die Budgetkommission des Reichstags setzte am
Sonnabend die Beratungen des Beibratens fort. Abg. Graf Westarp
wendete sich lebhaft gegen die Besteuerung der Fürsten, die als
Träger der Staatsgewalt einer Besteuerung nicht unterworfen
werden dürfen.

Gegenstand zu beweisen. Da die Souveräne der Bundesstaaten nicht auch Souveräne des Reichs seien, könne ihre Steuerpflicht für Reichszwecke nicht mehr ernstlich bestritten werden. Wenn ein deutscher Landesherzog in einem anderen deutschen Bundesstaat Besitztum habe, müsse er dort, wie die Praxis zeige, wie jeder andere Besitzer Steuern und Abgaben bezahlen. Wenn dem König von Preußen in den Reichslanden eine Erbschaft zufallen würde, müsse er dort nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen die Erbschaftsteuer bezahlen. Soweit der Wehrbeitrag in Betracht komme, hätten nach der Erklärung des Schatzsekretärs die deutschen Fürsten ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, den Beitrag nach Maßgabe des Gesetzes zu zahlen. Deshalb sei die Aufnahme einer die Fürsten betreffenden Bestimmung im vorliegenden Gesetz nicht notwendig; dagegen müsse bei den noch zur Beratung stehenden weiteren Steuererlassen die Steuerpflicht der Fürsten entschieden werden.

Genosse S a d e l u m stellte fest, daß die Mehrheit der Kommission die Steuerpflicht der Fürsten anerkennt, ebenso auch, daß die Fürsten sich auch dem Veranlagungsverfahren zu unterwerfen haben. Nicht einzig sei die Mehrheit in der Frage, wie die fürstliche Steuerpflicht gesetzlich ausgesprochen werden solle. Wenn die Sozialdemokratie auch im Gesetz über den Wehrbeitrag die Steuerpflicht der Fürsten ausgesprochen wissen wolle, so keineswegs deshalb, um ein neues Recht zu schaffen, sondern um auszusprechen, was rechtlich sei. In England müsse laut Gesetz der König wie jeder andere Staatsbürger Steuern bezahlen. Nach Auffassung der deutschen Regierung wäre somit der König von England kein Souverän. Mit anderen Worten: Nach Ansicht der deutschen Regierung sei der Mann ein Souverän, der keine Steuern bezahle.

Sollte den Monarchen diese Einschätzung der Fürsten gefallen? — Abg. v. P a p e r belämpfte gleichfalls die Ansicht der Regierung und der Konservativen als grundfalsch. Selbst wenn man die Souveränität der Fürsten in ihren Bundesstaaten anerkennen wollte, so kenne doch das Reich keinen Souverän. Oder wolle die Regierung behaupten, daß z. B. dem Fürsten von Lippe Souveränitätsrechte über das Reich zustehen? Der sozialdemokratische Antrag sei gerechtfertigt, allerdings müsse eine redaktionelle Änderung eintreten. Noch richtiger würde es aber sein, dem volksparteilichen Antrag zuzustimmen, der das zur Repräsentation und zur Kunstpflege dienende Kronvermögen über die Steuerpflicht für den Wehrbeitrag ausschließe. — Abg. F i s c h e r drückte sein Befremden darüber aus, daß die Regierung jetzt schweige. Sie müsse doch unumwunden erklären, wie sie sich endgültig zu den Anträgen stelle.

Genosse H a s e führte aus, daß auch bei den Sozialdemokraten die von einzelnen Rednern aufgeworfenen formalen Bedenken bestanden, aber nach genauer Prüfung der Sachlage konnten diese Bedenken als hinfällig betrachtet werden. Der sozialdemokratische Antrag verhinere, daß Auslegungen zugunsten der Fürsten eintreten könnten. Wenn der Reichstag sich mit dem freiwilligen Beitrag der Fürsten begnügen würde, so entstehe die Gefahr, daß dann später die Regierung komme und sage: Der Reichstag hat sich mit dem freiwilligen Beitrag zufriedengegeben und damit anerkannt, daß eine Steuerpflicht für die Fürsten nicht existiert. Es sei deshalb dringend geboten, die Steuerpflicht der Fürsten

Klapp und Klar im Gesetz auszusprechen.

Wolle weiter die Regierung mit ihrem Hinweis auf den 1871 unter den deutschen Fürsten abgeschlossenen Bündnisvertrag glauben machen, die Fürsten hätten dabei besonders daran gedacht, einen Hinweis gegen ihre spätere Heranziehung zu Steuern vorzuschicken? Das hieße denn doch die deutschen Fürsten direkt beleidigen. — Staatssekretär L i e b e erklärte, die Verhältnisse in anderen Ländern berührten Deutschland nicht. Die Fürsten seien vor der Reichsgründung steuerfrei gewesen, hätten somit auch heute noch auf dieses Privileg Anspruch. Herr Liebe versuchte dann, durch juristische und staatsrechtliche Darlegungen diese Auffassung zu verteidigen. Genosse L e n s ch führte aus, die Souveränität vieler deutscher Fürsten beruhe darauf, daß Napoleon vor reichlich hundert Jahren ihre Existenz nicht gekannt habe, sonst würde er sie hinweggelassen haben. Das Volk würde es nicht verstehen, wenn jetzt die Fürsten nicht zur Erfüllung der Steuerpflicht angehalten würden.

Ein Vorschlag des Genossen F r a n k, die Debatte abzubrechen, um in Ruhe eine passende Formulierung für die Anträge suchen zu können, wurde abgelehnt. Abg. F i s c h e r wünschte darüber Auskunft, ob die Fürsten bereit seien, vom Kronvermögen freiwillig eine Vermögensabgabe zu leisten. — Abg. E r d b e r wünschte zu wissen, ob die Fürsten auch von ihrer Zivilliste einen Beitrag leisten würden. Es sei zu befürchten, daß nach der freiwilligen Beitragsleistung deren Höhe bemängelt und dann eine Hebe gegen die deutschen Fürsten einsehen werde, die vermieden werden sollte. Darum solle die Regierung der Steuerpflicht und Veranlagung zustimmen. — Schatzsekretär K ü h n bestritt, daß die Erbschafts- und Vermögenssteuer zum Vergleich herangezogen werden könnten, denn das seien doch indirekte Steuern, die naturgemäß die Fürsten leisten müßten. Vom Kronvermögen dürfe keine Abgabe erhoben werden, auch nicht von der Zivilliste. Die Steuerfreiheit der Fürsten aufzuheben, sei nicht angängig. Die Kommission könne in den an das Plenum zu erstattenden Bericht ihre Auffassung über die Steuerpflicht der Fürsten hineinschreiben, aber von der Aufnahme einer Bestimmung in das Gesetz rote er dringend ab. — Abg. E r z b e r g e r erklärte, von dieser Auskunft nicht betriebligt zu sein. Er sei auch der Meinung, daß die Vermögen der Fürsten außerordentlich überschätzt würden. Sollte nach dem Antrag von der Steuerpflicht befreit werden, so würden die Fürsten zusammen nur eine verhältnismäßig geringe Summe aufbringen und dann komme die Hebe, die recht unangenehm werden könnte. — Schatzsekretär K ü h n fürchtete auch, daß man gegen die Fürsten solche Vorwürfe erheben werde. Es stehe aber doch außer Zweifel, daß die Fürsten ihre Vermögen genau einschätzten und dementsprechend bezahlten würden, auch von solchen Vermögen, die in anderen Staaten in Grund und Besiz angelegt seien.

Ein sozialdemokratischer Antrag fordert unter Zurückziehung des ersten Antrages, daß der Bundesrat bestimmen soll, wer für die fürstlichen Vermögen eine zur Veranlagung gültige Erklärung abzugeben hat. — Genosse D a v i d machte darauf aufmerksam, daß die Regierung, wenn der Reichstag die Steuerpflicht der Fürsten ausdrückt, nicht nein sagen kann, weil es einfach unmöglich sei, den Wehrbeitrag an der Steuerpflicht der Fürsten scheitern zu lassen.

Der Reichstag habe jetzt die Wahl in der Hand, und es würde ihn eine schwere Verantwortung treffen, wenn er von dieser Wahl des Augenblicks keinen Gebrauch machen wollte. — Abg. S c h i s s e r erklärte, die Nationalliberalen lehnen den sozialdemokratischen Antrag ab, weil sie es nicht mitmachen wollen, daß der Reichstag eine für ihn günstige Situation gegen die Fürsten auszunutzen trachtet. Das Vertrauensverhältnis zwischen den Fürsten und dem Reichsparlament werde erheblich gestört werden. — Abg. G o t t h e i n bedauerte diese Erklärung, der Genosse D a v i d noch die Tatsache entgegenstellte, daß der Nationalliberaler F u n d im Plenum des Reichstags die Steuerpflicht der Fürsten belästigt hat. — Graf S e k a r y erwiderte in dem neuen sozialdemokratischen Antrage eine schwere Beschuldigung der Fürsten, weil ihnen das Recht genommen werden solle, ihr Vermögen selbst zu deklarieren. Dieses Recht besitze sonst jedermann. — Nach weiterer unwesentlicher Debatte wurde der volksparteiliche Antrag abgelehnt, dagegen der

sozialdemokratische Antrag angenommen, womit die Verpflichtung der Fürsten zur Leistung des Wehrbeitrags ausgesprochen ist. — Die nächste Sitzung findet Mittwoch statt.

Die „deutsche Panik“ in England.

Aus L o n d o n wird uns geschrieben:

Aus der von uns wiederholt zitierten Artikelserie der „Daily News“ verdient die Geschichte der „deutschen Panik“, die in England vor etlichen Jahren ausgebrochen war, besondere Hervorhebung. Ihr handgreifliches Endergebnis war der Bau der vier U-Boote und eine gewaltige Zunahme der Rüstungsausgaben im allgemeinen, die den Urhebern der Panik direkt zugute kam. Wir finden hier zum ersten Male die Geschichte dieser für den modernen Patriotismus so charakteristischen Episode im Zusammenhang dargestellt und durch Dokumente gestützt. Es sind meist Auszüge aus Reden und Briefe, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, die aber erst im Zusammenhang ihren richtigen Wert offenbaren und Licht auf eine der kühnsten Machenschaften des Rüstungskapitals werfen.

Nach der uns einzelne gehenden Schilderung der „Daily News“ handelte es sich in erster Linie um die Agitation der Rüstungsfabrikanten. Die Firma, die in dieser Agitation die erste Geige spielte, war die Geschützfabrik zu Coventry, die drei großen dem Rüstungssektor angeschlossenen Werken gehört. Die Geschützfabrik zu Coventry ist zwar nicht einer der allergrößten Betriebe in der Rüstungsbranche, doch hatte sie im Jahre 1906 einen sehr energischen geschäftsführenden Direktor, den Herrn M u l l i n e r. Dieser fing im Jahre 1906 an, die englische Regierung mit Warnungen zu bombardieren, deren Inhalt der war, daß man in Deutschland, und zwar in den Kruppischen Werken in Essen daran sei, Einrichtungen zur Herstellung von Kriegsmaterial zu treffen, die alles, was in England vorhanden sei, weit überträfen. Die Regierung schenkte diesen Warnungen zuerst keine Aufmerksamkeit. Doch der Geschäftsführer der Geschützfabrik war unermüdet. Drei Jahre lang verfolgte er seine unwilligen Auftraggeber. Er gewann einflussreiche Politiker der Opposition für sich, beeinflusste Publizisten und Zeitungen und sah seine Anstrengungen schließlich mit Sieg gekrönt, als es ihm gelang, „einen der größten Soldaten“ des Landes von der Nähe der drohenden „deutschen Gefahr“ zu überzeugen. Die Regierung lud Herrn Mulliner zu einer Kabinettsitzung ein, wo er den Ministern seine „Informationen“ auseinandersetzte. Als die von den Rüstungspatrioten geschürte Hege ihren Höhepunkt erreichte, kapitulierten die Regierung. Später hat es sich nun herausgestellt, daß die Angaben, die den Vorwand zu der großen Rüstungsvermehrung in England lieferten, dreifach Schwindel waren. Leider kam die Erkenntnis der Wahrheit zu spät: sie kam erst, nachdem das Unheil angerichtet, die Millionen verpulvert worden waren und nachdem England und Deutschland um ein Haar in einen furchtbaren Krieg gestürzt worden waren.

Dies ist die Episode in ihren Hauptumrissen. Doch auch ihre Einzelheiten entbehren nicht des Interesses. Herr Mulliner begann seinen Feldzug im Mai 1906, als er einen Brief an die Admiraltät schrieb, der später (1909 und 1910) im Unterhause von oppositionellen Mitgliedern, die die Regierung zu Rüstungsvermehrungen drängten, zitiert wurde. Der Brief lautete:

„Wissen Sie, daß Krupp augenblicklich ungeheure Ausgaben macht, um sehr große Schiffgeschütze und Montiergeschütze schnell herstellen zu können? Wir haben leghin sehr viel mit Deutschland zu tun gehabt und finden, daß Krupp alle großen Maschinenwerkzeugfabrikanten auf die nächsten ein oder zwei Jahre voll mit Aufträgen versehen hat. Wir schätzen, daß die Firma Krupp gegenwärtig weitere 8 Millionen Pfund ausgibt für die Erweiterung der ungeheuren Werke, die sie schon besitzt. Ihr ganzer Plan scheint auf Schnelligkeit der Produktion hinauszulaufen. So stellt sie zum Beispiel ungeheure mächtige Drehbänke her, die ein Gewicht von 12tösigem Kaliber zur selben Zeit bohrt und dreht, wodurch sie wenigstens eine Ersparnis von einem Drittel der Zeit zu erzielen gedenkt. . . . Diese Betriebsveränderungen usw. werden es ihr möglich machen, eine Produktion zu erzielen, die über die gesamte Produktionsfähigkeit Großbritanniens weit hinausgeht.“

Neben dieser Information gab es noch andere Angaben, deren Urheber jedoch nicht bekannt ist. So hieß es, daß die Firma Krupp vom Jahre 1905 bis 1909 die Zahl ihrer Arbeiter von 62 000 auf über 100 000 vermehrt habe, daß sie sich zur Herstellung einer genügend großen Zahl von Geschützen und Montiergeschützen vorbereite, um die Bedürfnisse von 14 Hellingen zu befriedigen, damit man in Deutschland plötzlich 14 Schlachtschiffe bauen und so die Vorherrschaft Englands zur See vernichten könne. Diese von „Sachverständigen“ herüberkommene Information bilde das Material, mit dem man die Panik und die Rüstungsaufträge vorbereite. Im Monat November 1908 gelang es Herrn Mulliner, „einen unserer größten Generale“ zu überzeugen, dessen Vorstellungen bei der Regierung Gehör fanden. Der dieser General war, das hat Herr Mulliner nicht ausgeplaudert. Doch ist bemerkenswert, daß im November desselben Jahres Lord R o b e r t s im Oberhause eine Resolution einbrachte, in der es hieß, daß das Reich in Gefahr sei. Der Feldmarschall meinte in seiner Rede: „Ich kann nicht umhin, zu fühlen, daß uns in einer nicht sehr fernen Zukunft ein schreckliches Gewissen bevorsteht.“ Am 3. März 1909 hatte Herr Mulliner die Ehre, vor dem Kabinett zu erscheinen, dem er auseinandersetzte, welche gewaltige Vorbereitungen zur Aufrüstung man in Deutschland mache.

Und das ganze Gebäude der unmittelbar bedorderhenden „deutschen Gefahr“ beruhte auf plumpen Lügen, wie es sich später herausstellen sollte, nachdem die Nation ihr Geld ausgegeben hatte und die „Sachverständigen“ verstummt waren. Die gewaltige Kruppische Betriebsvermehrung, die das Mittel sein sollte, England die Seeherrschaft streitig zu machen, erwies sich als eine Erfindung. Was der Geschäftsführer der Coventryer Geschützfabrik steif und fest behauptet, was ihm, „dem wahrhaft patriotischen Manne“, die Politiker, früheren Minister, Journalisten und Generale nachgebete, was die Regierung zum Handeln gezwungen hatte, war eine Lüge. Nach den Angaben Herrn Mulliners gossen die deutschen Rüstungsinventare zwischen den Jahren 1907 und 1909 ihre gesamte Produktion in die Kruppischen Werke. Am 1. Januar befanden sich in den Essener Werken Krupps 6500 Maschinen und Maschinenwerkzeuge aller Größen; am 1. Januar 1909 war ihre Zahl auf 7200 gestiegen. Danach produzierte Deutschland nur 850 Maschinen und Maschinenwerkzeuge im Jahre. Eine groteske Annahme! Am 1. Januar 1907 be-

schäftigte Krupp 64 353 Personen, davon 35 745 in Essen. Am 1. Januar 1909 betrug die Gesamtzahl der von Krupp beschäftigten Personen nur 63 191. Die Zahl war also gesunken und nicht um 60 Prozent gestiegen, wie die Urheber der „deutschen Panik“ behauptet hatten. In ähnlicher Weise „berrechneten“ sich die Rüstungstreiber in bezug auf die Zahl der deutschen Dreadnoughts. Herr Walfour berechnete am 18. März 1909 die Zahl der deutschen Dreadnoughts wie folgt:

Fertiggestellte deutsche Dreadnoughts	
Dezember 1910	13
Juli 1911	17
April 1912	21 oder 25

Die wirklichen Zahlen sind:

Erfertigte deutsche Dreadnoughts	
Mitte 1912	13
„ 1913	17
„ 1914	21

Für das Jahr 1912 bedeutet dies eine Vermehrung um eine Kleinigkeit von 8 bis 12 Dreadnoughts!

Die „Daily News“ schließt die Artikelserie mit den Worten: „Am Juli 1911 wurde der Krieg zwischen diesem Lande und Deutschland nur eben vermieden. Es bestand keine greifbare Ursache zu einem Streit, doch der verschlimmernde Faktor war der Flottenbau. Und der einzige Teil des Volkes, der von einer solch mörderischen Katastrophe profitiert haben würde, wären die in der Rüstungsindustrie in beiden kriegführenden Ländern interessierten Leute gewesen. Sie würden in der Tat eine reiche Ernte, eingeheimst haben. Was für uns Uebrigens Blut und Tränen, finanzieller Ruin und Bettelarmut ist, würde für sie durch eine geheimnisvolle Alchemie zu Gold, zu unermeßlichem Reichtum verwandelt worden sein. Der einfache Bombenwerfer, der ein einziges Gebäude in die Luft sprengt, wird als Verbrecher zermalmt. Ist es nicht die dringliche Pflicht der Regierungen, ohne Aufschub die Zivillisten zu beschützen — die Monarchien zu beschützen, denn die Monarchien werden den nächsten großen Krieg nicht überleben — vor der beständigen Anhäufung vulkanischen Materials, die den Völkern der Welt von Regierungen aufgezogen wird, die den mächtigsten Einflüssen gehorchen, die ihrer Natur nach international und rein kommerziell sind und den allgemeinen Bedürfnissen der Menschheit gänzlich teilnahmslos gegenüberstehen?“

Rum, mit dem Verschwinden der Monarchien würden sich die Völker noch abfinden. Doch was sagen die Monarchen dazu?

Politische Uebersicht.

Ein konservativer Wahlbluff.

Im Landtagswahlkreis Oberbarnim-Niederbarnim wird von einem konservativ-liberalen Wahlbündnis gesprochen, das von konservativer Seite angeboten sein und dahin gehen soll: die Konservativen und Freikonservativen verzichten auf ihre Kandidaten und treten sofort im ersten Wahlgang geschlossen für die beiden fortjüchtlichen und den einen nationalliberalen Kandidaten ein. Dies konservativ-liberale Angebot stellt sich als ein auf freisinnige Verständlichkeitsberechneter Wahlbluff dar. Die Konservativen hoffen dadurch zunächst die rund zehn Mandate, die den Konservativen durch gemeinsames Vorgehen der Liberalen mit den Sozialdemokraten entzogen werden können, für sich zu retten. Das ist der eine Gewinn, den die Konservativen durch ihr Angebot einstreichen wollen. Dazu kommt dann möglicherweise noch eine Prellerei der Liberalen auch um die drei Mandate in Ober- und Niederbarnim. In diesem Kreise wird bekanntlich in neun Wahllokalen gewählt. Der Schlämmeier, der die konservativ-liberale Entsagung in Barnim zurechtgedreht hat, hat nun offenbar so gerechnet: ein Teil der Konservativen stimmt für den konservativen Kandidaten. Dadurch wird Stichwahl notwendig. Inzwischen sind jene zehn konservativen Mandate durch Wahlenthaltung der Sozialdemokraten den Konservativen gerettet. Alsdann werden unter Benutzung der durch die Tatsache, daß in neun Lokalen gewählt wird, herbeigerufenen Verwirrung vielleicht gar noch auch den Konservativen in Barnim die Mandate zugeschanzt. Liberale, die den Kampf gegen die Reaktion ernstlich wollen und den Konservativen nicht zu 10—13 Mandaten verhelfen wollen, werden das konservativ-liberale Manöver durchschauen und entweder von der Wahl fernbleiben oder sofort für den sozialdemokratischen Kandidaten eintreten müssen.

Reichsstempelsteuer für Lebensversicherungen.

Um die laufenden Kosten der Wehrvorlage aufzubringen, hat die Reichsregierung bekanntlich dem Reichstage auch den Entwurf eines Gesetzes betreffend Ausgestaltung und Uebernahme des Versicherungsstempels auf das Reich zur Beschlußfassung und Beschließung vorgelegt. Da dadurch die durch die einzelstaatliche Besteuerung des Versicherungsbeitrages herbeigeführte Unbilligkeit auf diesem Gebiete beseitigt wird, wäre das Vorgehen der Regierung zu begrüßen, wenn die Vereinfachung lediglich der Sache selbst wegen und nicht aus fiskalischen Gründen erfolgen würde. Aber der Reichsstempel auf Versicherungen soll für die Reichskasse nicht weniger als 28 Millionen Mark einbringen. Die geplante und an sich notwendige Reform soll von den Interessenten teuer bezahlt werden. Der Entwurf bringt eine so erhebliche Verteuerung der Versicherungen, daß, sofern er in der vorliegenden Fassung die Zustimmung des Reichstages finden sollte, der Abschluß von Versicherungen in der nachteiligsten Weise beeinflusst, ja in vielen Fällen hintangehalten werden würde, ganz besonders der Abschluß von Lebensversicherungen. Es kommt hinzu, daß nicht wie bisher bei der Lebensversicherung der Stempel nur einmal, beim Abschluß der Versicherung, sondern jährlich bei jeder Prämie erhoben werden soll und zwar in Höhe von einem Prozent der Prämie. Es liegt auf der Hand, daß ein Stempel in dieser Höhe die Lust, Versicherungen einzugehen, nahezu unterbindet. Eine derartige Politik steht im Widerspruch mit gesunden und vernünftigen volkswirtschaftlichen Grundgedanken und mit der von den Einzelstaaten seither geübten Praxis der Förderung des Versicherungswesens dadurch, daß der Abzug der Lebensversicherungsprämie vom steuerpflichtigen Einkommen in bestimmter Höhe gestattet wird. Zwar sollen bei der Lebensversicherung Prämien für Versicherungssummen unter 2000 M. von der Besteuerung frei bleiben, aber die Ungerechtigkeit und der unsoziale Charakter der Steuer wird dadurch nicht geringer; denn die steuerfreie Versicherungssumme ist viel zu niedrig gehalten.

Folgen des preussischen „Arbeitschutzes“.

Die preussischen Provinzen richten sich auf die Folgen des neuen Ausführungsgesetzes zum Unterhaltungsabnahmengesetz ein. Dem kurzzeitig tagenden westfälischen Provinziallandtage ist eine Vorlage unterbreitet worden, wonach 119 000 M. für die Erweiterung der Korrekionsanstalt Drenninghausen ausgegeben werden sollen. Es wird ausdrücklich gesagt, daß die Anstalt erweitert werden müsse, um dort „männliche Arbeitslose unterzubringen“. — Die Nachhaber in Preußen haben es bekanntlich verstanden, aus dem vorliegenden Gesetz eine Art Strafgesetz gegen die Armen zu machen.

Konservativer Terrorismus.

Der konservative Wahlterrorismus in Ostpreußen wird beleuchtet durch eine nationalliberale Resolution, die die liberalen Wahlmänner von Graudenz-Rosenberg saßen:

Die Wahlmänner erklären, daß sie an der Abgeordnetenwahl in Freystadt nicht teilnehmen werden. Die jegliche Wahlmännerwahl hat wieder zur Genüge durch die Beeinflussung, Bedrohung und den Terrorismus, die von konservativer Seite ausgeübt worden sind, bewiesen, daß sie nicht die Stimme des Volkes kundtut. Auch wird es als eine besondere Härte empfunden, daß die Wahlmänner aus der Stadt Graudenz, die etwa ein Drittel aller Wahlmänner darstellen, zur Landtagswahl nach Freystadt, der fast kleinste und ungeeignetsten Stadt des Wahlkreises, fahren müssen. Wir erheben durch unser Fernbleiben von der Abgeordnetenwahl in Freystadt Protest gegen ein Wahlrecht, das zum Schaden unseres lieben Vaterlandes allein die Sonderinteressen einer einzelnen Partei stützt.

Die beiden liberalen Kandidaten haben ihre Kandidaturen aus den oben angeführten Gründen niedergelegt.

Ein neuer Retter in der Not.

Es gibt bald kein Mittel mehr, das die gestempelten „Patrioten“ in ihrer Not, dem sinkenden Ansehen des Monarchismus wieder auf die Beine zu helfen, nicht schon angewendet hätten. Aber eifriges Nachdenken vermag doch auch auf diesem so abgegrastem Gebiete noch etwas Neues zu erfinden: die fürstlich-lippische Regierung bietet ihren loyalen Untertanen in einer offiziellen Bekanntmachung ein sogenanntes „Vivatband“ zum Kauf an, das der Regierungsrat Winkel in Königsberg in patriotischer Opferwilligkeit erfunden hat. Es ist das ein Band,

wie man es unter dem Namen Vivatband von der Zeit des Siebenjährigen Krieges an bis in die Zeit von 1813 ganz allgemein anlässlich von Sieges- und Jubiläumstagen als Festschmuck an der linken Brust oder linken Schulter trug. Die damaligen Händer tragen neben den Bildern der Regenten die der Herrscher. Diese Sitte ist in Ostpreußen mit außerordentlich großem Erfolge wieder neu belebt worden, und wir weisen gerne darauf hin, daß auch im hiesigen Fürstentum der Versuch gemacht wird, die Bevölkerung aufzufordern, wieder Vivatbänder zum Ausdruck der freudigen Stimmung an allen patriotischen Festtagen als Festschmuck zu tragen.

Man sieht, die Preisrichter des „monarchischen Gedankens“ geben sich in der Tat alle Mühe, beim Volke die Religion zum Dufel wieder zu wecken, aber sie haben Grund zu fürchten, daß ihre Bemühungen ein Jahrhundert zu spät kommen.

Gewinnste der inneren Kolonisation.

Innere Kolonisation in großem Stil ist nur möglich auf billigen Grund und Boden und bei genügendem Angebot von An siedelungslustigen mit ausreichendem Vermögen. An diesen beiden Voraussetzungen mangelt es aber meistens, denn wie die Verhältnisse heute im kapitalistischen Zeitalter nun einmal liegen, steigt der Bodenpreis dort sehr schnell, wo nur der Anfang mit der An siedelung von Kolonisten gemacht wird. Besonders ist das der Fall in der Provinz Hannover. Neuerdings werden immer öfter derartige Preissteigerungen des Grund und Bodens gemeldet. So berichtet der „Hannob. Courier“ aus dem Kreise Oesemanns, daß dort in letzter Zeit wieder eine Anzahl neuer Rentengüter geschaffen worden sind. Aber die Besiedelung von freigelegtem Land werde durch verschiedene Umstände stark behindert und schreite deshalb nur langsam voran. Der Mangel an geeigneten Ansiedlern mit ausreichendem Vermögen und die Schwierigkeit, die Ländereien billig zu erwerben, dauern unvermindert fort.

Ähnliche Klagen kann man auch in anderen bürgerlichen Blättern lesen. Die „Hannoversche land- und forstwirtschaftliche Zeitung“, das amtliche Organ der Landwirtschaftskammer, berichtet fast in jeder Nummer über derartige Preissteigerungen. Jüngst noch mühte sie zugestehen, daß die Ansiedelung weiterer Kolonisten im Lehnher Bezugs (Kreis Ringen) nur dann gelingen werde, wenn die Preise für das Land nicht zu sehr in die Höhe gingen. Dazwischen ist aber nach den bisherigen Erfahrungen in der Provinz Hannover nicht zu zweifeln. Die Ursache dieser die umfangreichere Ansiedelung verbindenden Preissteigerungen ist darin zu suchen, daß die Kolonate als Privateigentum vergeben werden. Der private Grund und Boden ist aber heute ein Spekulationsobjekt, und wie jede Spekulation birgt auch die Grundstückspekulation die schwersten volkswirtschaftlichen Gefahren.

Auch ein Erfolg kolonialer Kulturarbeit.

Dr. Paul Kohrbach, der bekannte wissenschaftliche Vertreter des deutschen Imperialismus, dem man sicherlich keine Voreingenommenheit gegen die deutsche Kolonialpolitik nachsagen kann, befindet sich zurzeit auf eine Afrikareise. Die „Frankfurter Zig.“ veröffentlicht seine Reisebriefe, deren einer den Titel trägt: „Amerikaner Versäumnisse“. In diesem Briefe schreibt Kohrbach u. a.:

„In ganz Süd-Amerika, man kann fragen, wenn man will, Konfuzius, Verwaltungsbüro, Militärs, gibt es nur eine Stimme über die grauenerregende Zunahme der Geschlechtskrankheiten unter den Eingeborenen. Hand in Hand damit geht die immer deutlicher zu beobachtende Abnahme der Bevölkerung in den Trägedistrikten. Ergritte Zahlen für sie lassen sich nicht geben, weil von wirklicher Eingeborenenstatistik in Kamerun, mit sehr wenigen Ausnahmen, noch nirgends die Rede ist. Die alten Kameruner kennen die Tatsache aber einmütig. Es kann auch nicht anders sein, wenn man sich die aus dem Trägedistrikt folgenden geschlechtlichen Zustände vergegenwärtigt. Bei den Zaunders und den meisten übrigen Stämmen in Süd-Amerika geben sich die Weiber gegen Vergütung ohne viel Umstände zum Verkehr mit durchgehenden Fremden her; in manchen Fällen werden sie auch von ihren eigenen Männern dazu vertrieben. Es ist ein einfaches Geschäft, und die Frauen genießen sich nicht, sich anzubilden. Ich habe es selbst erlebt, das eine ganze Gesellschaft am Wege stand und sang: wir schlafen gerne mit den Fremden, die durchziehen, aber sie mühen gut zahlen, sonst laufen wir fort, wenn sie uns haben wollen — wogu der Wah, der mit dem Gesang überlegte, die treffende Bemerkung auf Kamerunisch machte: Jaunde people like money so much! Es ist klar, daß sich bei dieser Praxis eine zunehmende Verelendung der großen Trägedistrikte mit Geschlechtskrankheiten aller Art ergeben muß. Die ebenso unausweichbare Folge ist, daß im Verein mit dem waffenhaften Trägedienst der Frauen, der in derselben Richtung wirkt, die Zahl der Geburten sich andauernd verringert. Von irgend welcher durchgreifend und systematisch gearteten Bekämpfung der sexuellen Krankheiten ist nirgends in Kamerun die Rede. Man kennt das Uebel aus den Berichten der Ärzte, und man läßt es doch immer weiter um sich greifen, obwohl die einfachste Lieberlegung jedermann sagen sollte, wohin die Dinge treiben. Es kommt einem hart an, zu schreiben, daß dreißig Jahre nach der Erklärung der deutschen Schutz herrschaft über Kamerun in weiten Teilen der Kolonie die gesundheitlichen Zustände bei den

Eingebornen schlimmer geworden sind als sie früher waren, und daß Bevölkerungsabnahme statt Zunahme stattfindet!“

Ein Soldatenschinder.

Der Obermaat Jürgens von der zweiten Bataillon ist im Dezember v. J. wegen Mißhandlungen Untergeordneter in 85 Fällen zu fünf Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt worden. Der Verurteilte ging an das Reichs-Militärgericht und erreichte dort daß die Sache an das Oberkriegsgericht zur nochmaligen Verhandlung zurückverwiesen wurde. Jetzt ist er erneut zu vier Monaten und 23 Tagen Gefängnis und Degradation verurteilt worden. Es wurde ihm wieder nachgewiesen, daß er in zahlreichen Fällen die Soldaten in größtmöglicher Weise mißhandelt hat. Nur ein Fall der Mißhandlung konnte ihm nicht nachgewiesen werden, weshalb die Strafe um eine Woche ermäßigt wurde. — Der Fall zeigt wieder, daß trotz aller Kritik in der Öffentlichkeit und im Parlament die Militärmißhandlungen nicht verschwinden werden. Es liegt offenbar auch weniger an einigen gemeinen Kerlen, die ihre Vorgesetztenstellungen zur Mißhandlung Untergeordneter mißbrauchen, es muß an System schon etwas nicht stimmen, wenn es möglich ist, daß einzelne Mißhandlungen bis zu 85 Fällen — ja es sind schon zu hunderten solcher Mißhandlungen von einzelnen verübt worden — vornehmen können. Bei genügend scharfer Aufsicht müßte das unmöglich sein.

Schutz vor Rußland!

Die ungeheure Last der neuen Wehrvorlage wird vor allem damit beichnigt, daß es nötig sei, das deutsche Volk vor Rußland zu schützen. Es scheint aber, daß das Deutsche Reich oder seine Nachhaber die neue vermehrte Kraft höchstens dazu zu brauchen gedenken, alle Dummheiten und Gemeinheiten der österreichischen Thronfolgerpartei gegen Rußland in Schutz zu nehmen. Dem arbeitenden Volke gegenüber fühlen sich dagegen die deutschen Nachhaber als ergebene Werkzeuge des russischen Zaren.

Als jüngst ein deutscher Bergmann die russische Grenze überschritt, um für einen deutschen Streik Beiträge zu sammeln, wurde er gefaßt und für die Zeit seines Lebens nach Sibirien geschickt.

Wir haben bisher noch nicht gehört, daß die deutsche Regierung auch nur einen Finger rührte, um den Deutschen vor diesem infamen Willkürakt der russischen Regierung zu schützen.

Ein Gegenstück dazu liefert ein Vorgang, der am Donnerstag, den 29. Mai, im englischen Parlament besprochen wurde. Es handelt sich um den von uns schon mitgeteilten Fall des Russen Adamowitsch in Alexandria (Aegypten), der seit einigen Monaten unter dem Pseudonym Arles ein Gewerkschaftsblatt für die Matrosen der russischen Handelsmarine herausgab. Der Mann war nichts weniger als ein blutiger Revolutionär, sondern ein Liberaler. Aber er organisierte die Arbeiter und drohte die Profite einiger russischen Schiffahrtsgesellschaften durch Lohnerhöhungen ein wenig zu schmälern.

Das mußte um jeden Preis verhindert werden, und so veranlaßte der russische Konsul die ägyptische, d. h. englische Polizei, Adamowitsch in Alexandria verhaften zu lassen, worauf die Polizei ihn dem Konsul auslieferte, angeblich auf Grund der Kapitulationen, die jeden russischen Untertan in Aegypten der Willkür des russischen Konsuls dort unterwerfen sollen.

Die englische Regierung wurde am Donnerstag, den 29. Mai, wegen dieser Angelegenheit im Parlament von Ramsay Mac Donald scharf angegriffen infolge des Sturms, der sich in der englischen Gewerkschaftswelt darüber erhoben hatte, daß ein friedlicher Gewerkschaftler, der unter dem Schutze der englischen Flagge lebte, ohne jeden Widerstand den russischen Henkern preisgegeben wurde.

Sir Edward Greys Antwort war sehr lahm. Er suchte einen Teil der Schuld von sich auf die deutsche Regierung zu schieben, deren Konsul die russischen Verbände willig unterstützt habe. Bei Adamowitsch wurde nämlich ein deutscher Paß gefunden, auf den Namen Karnelson lautend. Dieser deutsche Paß hinderte nicht, daß Adamowitsch als Russe dem russischen Konsul ausgeliefert wurde, er bewirkte aber, daß der deutsche Konsul bei Adamowitsch als einem Deutschen eine Hausdurchsuchung vornahm. Mit welchem Rechte, davon wird nichts mitgeteilt. Das bei diesem gefundene Material, auf Grund dessen seitdem schon viele Verhaftungen russischer Matrosen vorgenommen wurden, blieb aber nicht bei dem deutschen, sondern kam zum russischen Konsul.

Wir bezahlen also nicht bloß deutsche Soldaten, um den österreichischen Imperialismus vor dem russischen zu schützen, sondern auch deutsche Diplomaten, damit sie den russischen Henkern als willige Diener zur Verfügung stehen.

Hier ist ein Fall, wo die deutsche Ehre vor dem Ausland in der Tat auf dem Spiele steht. Was werden die deutschen Patrioten tun, die gefährdete Ehre der Nation zu wahren?

Das Panama des österreichischen Militarismus.

Aus Wien wird uns geschrieben: Die Begleiterechnungen der Spionageaffäre Redl sind durchaus so, daß sie den österreichischen Militarismus bis auf die Knochen blanchieren. Schon daß der Verrat, obwohl, wie jetzt zugegeben wird, auf ihn nicht wenige Indizien hindeuten, durchaus ein Jahrzehnt — solange soll der Verrat des Spionageobersten schon währen — unbekannt geblieben ist, ist einfach ein hohler Schand. Oberst Redl war seit dem Jahre 1900 im Evidenz-(Spionage-)Bureau des Generalstabes und erfreute sich des allergrößten Ansehens. Während der Annexionskrisis war er stellvertretender Leiter dieses Bureaus, im vorigen Jahre wurde er Generalstabschef des achten Korps. In allen Spionageprozessen fungierte er als Vertreter des Kriegsministeriums und unanfechtbarer Sachverständiger. Und das, obwohl genug vorlag, um ersten Veracht zu erregen. Nun liefert das Kriegsministerium selbst folgende Bekennnisse: Es fiel auf, daß gewisse militärische Maßnahmen, die lediglich geplant waren, stets schon vor ihrer Ausführung in den militärischen Maßnahmen der betreffenden Nachbarmacht (Rußland!) ihre Antwort fanden. Diese Pläne konnten aber nur wenigen, und zwar hochstehenden militärischen Persönlichkeiten bekannt sein. So war der Kreis der Offiziere, die sich dieser Vertraulichkeit schuldig gemacht haben konnten, ziemlich enge. Redl wurde verdächtig, weil er schon seit längerer Zeit über seine Verhältnisse lebte. Er hatte sich tatsächlich, seitdem er im Dienste der fremden Macht stand, von seinen Schulden befreit (man wußte also, daß er verschuldet war!), und kam zum Schluß sogar in die Lage, ein recht luxuriöses Leben zu

führen. Redl war einer der bestbezahlten Spione jener fremden Macht. Während des letzten Winters soll er hunderttausend Kronen bezogen haben. Er hielt sich zwei Automobile, veranstaltete auf seine Kosten häufig Champagnergelage und gab auch sonst um vieles mehr aus, als ein Mann seiner Stellung auszugeben imstande ist. Von Bekannten über seinen Automobilkauf befragt, gab er leichtsinig zur Antwort, „er habe eine kleine Erbschaft gemacht, und es scheint ihm am besten, das Geld in einem Automobil anzulegen“. ... Das alles wird jetzt deutlich zugegeben, und man hat den uniformierten Lumpen weiter wirtschaften lassen! Denn offenbar sind mancherlei russische Gegenmaßnahmen, wahrscheinlich auch die Heranziehung russischer Truppenmassen an die österreichische Grenze während der Balkankrise, auf die Spionenberichte zurückzuführen.

Das besonders Schmutzige und auch echt Oesterreichische, was auch die Öffentlichkeit mit der größten Erbitterung erfüllt, ist nun, daß man auch diese entsetzliche Sache vertuschen wollte. Die Entlassung des Schuldigen wurde folgendermaßen arrangiert: Er wurde nach Wien zum Rendezvous mit einem Spionageagenten geladen, mit dem er, wie man wußte, in Beziehungen stand. Der Verdächtige leistete dieser Aufforderung sofort Folge. Er kam von Prag im Automobil, begleitet von seinem Diener, am Samstag an und stieg in einem Hotel der inneren Stadt ab. Während er sein eigenes Automobil vor dem Hotel warten ließ, fuhr er in einem Lagomelerautomobil zu jenem Agenten. Die Fahrt wurde natürlich schon überwacht. In seinem eigenen Automobil hatten mittlerweile die beherrschenden Organe Nachschau gehalten und eine Browningpistole und das Etui zu einem Taschenmesser gefunden. Redl hatte den Agenten nicht am vereinbarten Orte getroffen und war schon deshalb etwas besorgt. Er wurde vollends unruhig bei einer Szene, die sich bei seiner Rückkehr ins Hotel beim Eingange abspielte. Der Oberst war in Zivilkleidung hierher gekommen. Trotzdem überreichte ihm beim Hoteleingang ein Unbekannter das Messer mit den Worten: „Herr Oberst Redl, Sie haben das in Ihren Automobil vergessen.“ Redl erschauerte auf das Heftigste, denn er vermutete in dem Unbekannten sofort einen Polizeilienten, der das Automobil durchsucht haben konnte. Der Offizier begab sich nun nach seinem Zimmer, vor dem ihn bereits vier Offiziere erwarteten. Sie traten mit ihm ein, und nun wurde ihm das ihm schwer belastende Material vorgehalten. Snapp nach seiner Abreise aus Prag war nämlich auch in seiner dortigen Wohnung eine Hausdurchsuchung durchgeführt worden, deren belastendes Material nach Wien telephoniert wurde. Die Offiziere gogen sich nach der Unterredung zurück, und Redl verließ für kurze Zeit, auf Schritt und Tritt von Polizeilienten verfolgt, das Hotel. Zwei Offiziere blieben im Hotel zurück. Als Oberst Redl zwischen 8 und 9 Uhr in sein Absteigequartier zurückkehrte, fand er auf seinem Tische eine ihm nicht gehörende Browningpistole, daneben eine Anleitung zur Behandlung der Waffe. Es war jene Seite aufgeschlagen, auf der der Abfeuerungsmechanismus geschildert ist. Oberst Redl entschloß sich offenbar sofort zum Selbstmord, denn er schrie um 9 Uhr abends seinen ersten Abschiedsbrief, dem bis 12 Uhr früh mehrere andere folgten. Er verschickte jeden einzelnen Brief mit der Angabe der Stunde, zu der er geschrieben worden ist. Als um 4 Uhr früh der Diener des Obersten beauftragt wurde, im Zimmer Nachschau zu halten, fand er seinen Herrn in einer Blutlache auf dem Boden liegend auf. Oberst Redl hatte sich gegen 2 Uhr früh vor dem Spiegel erschossen.

Aus dieser liebevollen, wie gesagt, amtlichen Schilderung der „Ueberführung“, auf die sich die Herren vom Kriegsministerium offenbar ungemein viel einbilden, geht deutlich hervor, daß man dem Lumpen bewußt die Möglichkeit bot, „ritterlich“ aus der Welt zu gehen. Man hatte nur einen Gedanken: den Skandal zu vertuschen.

Um die „Vertierung“ entschuldbarer zu machen, wird jetzt auch erzählt, der Verräter wäre homosexuell veranlagt gewesen und wäre vor 15 Jahren in das Netz von Päderasten geraten, die ihn seither mit Erpressungen verfolgten und in quälende Schulden stürzten. Aber man wird gut daran tun, dieser Erzählung von der geschlechtlichen Entartung nicht allzu sehr zu trauen. Sie kann auch eine glatte Erfindung sein, erdichtet und bestimmt, eine schwindelnde Entschuldigung zu bilden. Denn erstens ist in Offizierskreisen von dieser Veranlagung nichts bekannt geworden, und dann erzählt man wieder, daß man in der „Gesellschaft“ recht viel von „Damenbeziehungen“ wußte, was alles nicht gerade auf einen Homosexuellen schließen läßt.

Als das Ereignis sich im Gebiete des Militarismus, den seine Klopfflechter als die Hochschule aller edlen und erhabenen Bestimmungen preisen! Deshalb ist der Fall dieses Verräters, der auf der höchsten Sprosse der militärischen Karriere stand, ein Panama des ganzen Militarismus, und nicht des österreichischen allein.

Spanien.

Die Ministerkrise.

Madrid, 30. Mai. Veranlassung zu der Demission des Rabinals gab die gestrige Rede des Führers der Konservativen, in der dieser erklärte, es sei ihm unmöglich, den Liberalen seine konstitutionelle Unterstützung zu gewähren, deren sie bedürften, um regieren zu können. Maura warf den letzten liberalen Kabinetten ihre Kompromisse mit den Republikanern und Sozialisten vor, deren Ziel zwar scheinbar sei, diese für die Monarchie zu gewinnen, die in Wirklichkeit aber nur bezweckten, diese Parteien zu betrogen, daß sie den Liberalen die Macht überließen.

Kammer und Senat verlagten sich heute nach Verlesung des Dekrets, in dem die Demission des Kabinetts angenommen wird.

Madrid, 31. Mai. Die Lösung der Kabinettskrise dürfte ziemlich mühselig sein. Man glaubt, daß die liberale Partei am Nieder bleiben, daß entweder dem Grafen Romanones das Vertrauen bestätigt oder Garcia Prieto an die Spitze der Regierung berufen werden wird.

Marokko.

Die Aufständischen auf dem Rückzuge.

Mabat, 31. Mai. Dab el Hassen, der am 24. Mai Agadir und Funtti, das das Wasser für die Stadt liefert, besetzt hatte, hat sich vor übergroßen Streikkräften nach Norden zurückziehen müssen. Dab el Hassen hat sich mit einer vor Taineragh lagernden Mahalla wieder vereinigt. Der Kreuzer „Du Chaila“ kreuzt vor der Küste.

Unterwerfung einzelner Stämme.

Paris, 31. Mai. Aus Mazagan wird unter dem 30. Mai gemeldet: Aus Tarudant ist eine Deputation in Marakesch eingetroffen, um dem Sultan in einem Briefe ihre Unterwerfung anzugehen. — Mulay el Zin teilt mit, daß angehörl des Erfolgs seiner Mahalla alle Stämme um Gnade gebeten hätten. El Hiba ist nach dem Atlas entflohen.

Gewerkschaftliches.

Die Schweizerischen Gewerkschaften und der Generalstreik.

Der Ausschuss des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes brachte in seiner letzten Sitzung die Beratung der Frage des Generalstreiks, die ihn schon früher beschäftigt, zum vorläufigen Abschluss. Es lag ein gedrucktes Referat des Sekretärs Genossen Suggler vor, auf dessen Antrag folgende Resolution beschlossen wurde:

1. Die Schweizer Gewerkschaftsverbände lehnen den sogenannten Generalstreik ab. Sollte wider Erwarten in der Schweiz irgendwo eine derartige Streikaktion propagiert oder inszeniert werden, dann betrachten es die Gewerkschaftsverbände als ihre Pflicht, in Verbindung mit den Vertrauensmännern der politischen Arbeiterorganisation solchen Versuchen entgegenzutreten und nötigenfalls die organisierten Arbeiter direkt aufzufordern, sich an diesen anarcho-syndikalistischen Experimenten in keiner Weise zu beteiligen.

2. Der Generalstreik ist normalerweise nicht geeignet als Waffe im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter gegen das Unternehmertum, weil er in der Regel die Arbeiterbevölkerung oder andere am Kampfe unbeteiligte Volkskreise schwerer schädigt als die Unternehmer, gegen die er sich richtet, einzelne Arbeitergruppen viel mehr als andere gesamt und öfters angewendet nicht nur unwirksam zu werden droht, sondern schließlich die Bestrebungen der Gewerkschaften auf Einführung von Tarifverträgen zu nichte machen würde. Sympathie- oder Solidaritätsstreiks, die von vornherein auf wenige von einander abhängige Berufsgruppen beschränkt werden, ebenso die sogenannten generalisierten Streiks, die sich nicht über das Gebiet einer Industrie hinaus ausdehnen, können nicht als Generalstreik im oben bezeichneten Sinne gelten. Die Stellungnahme der Schweizerischen Gewerkschaftsverbände zu solchen Konferenzen richtet sich nach den an den Bauarbeiterkonferenzen und im Gewerkschaftsausschuss im Jahre 1911 gefassten Beschlüssen.

3. Politische Massenstreiks als Rotwehre- oder Protestaktionen können von den Gewerkschaftsverbänden erst dann unterstützt werden, wenn es sich darum handelt, Maßnahmen der Behörden, durch die gemeinsame Lebensinteressen oder unentbehrliche Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse ernstlich bedroht werden, zu verhindern und in solchen Fällen, wo die Arbeiterklasse in ihrem Ehrgefühl verletzt wurde, das das Ansehen der Organisation durch kein anderes Protestmittel besser gewahrt werden kann, als durch das eines Massenstreiks. Auf Unterstützung einer solchen Streikaktion durch die Gewerkschaftsverbände und den Gewerkschaftsbund kann nur getreuet werden, wenn die zwischen Bundeskomitee und Komitee der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz vereinbarten Bedingungen für die Unterstützung eines politischen Massenstreiks sind.

4. Massenstreiks als Mittel zur Eroberung der politischen Macht erscheinen kaum empfehlenswert. Sollte der Parteitag der sozialdemokratischen Partei der Schweiz die Anwendung dieses Mittels als Waffe im politischen Kampf ablehnen, so müssten die Gewerkschaftsverbände für sich das Recht fordern, im gegebenen Fall an den Beratungen teilzunehmen zu dürfen und sich vorzubehalten, von Fall zu Fall zu solchen Aktionen Stellung zu nehmen.

5. Bundeskomitee und Gewerkschaftsausschuss sind der Überzeugung, dass die Arbeiterklasse in der Schweiz sich für ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen erst dann wirksam wehren kann, wenn sie möglichst vollständig organisiert ist. Der Beitritt aller Arbeiter und Arbeiterinnen zur Gewerkschaft und die ständige Mitarbeit jedes einzelnen am Ausbau der Organisation, wo sich hierzu Gelegenheit bietet, werden zur Wahrung der gemeinsamen und der besonderen Interessen der Arbeiter aller Industrie- und Berufsgruppen mehr beitragen, als selbst der berechnigste und bestorbereitete Generalstreik.

Die Resolution wird dem am 13., 14. und 15. September 1913 in Zürich stattfindenden Schweizerischen Gewerkschaftskongress zur definitiven Beschlussfassung vorgelegt.

Dieser Kongress hat ferner folgende Punkte der Tagesordnung zu behandeln: 1. Bericht über den Stand der Gewerkschaftsbewegung in der Schweiz. 2. Neuregelung der Beitragserhebung an den Gewerkschaftsbund. 3. Förderung der Organisation der schlechtgestellten Arbeiter und in solchen Industriezweigen, für die noch keine Zentralverbände bestehen. 4. Förderung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung. 5. Stellungnahme zu den Jugendorganisationen. 6. Die Bedeutung der Tarifverträge und endlich Stellungnahme zu der bevorstehenden eidgenössischen Gewerbegesetzgebung.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Gastwirtsgewerkschaft! In den Schullheiß-Vierhöfen, Alte Jakobstr. 103, sah Heinrich Bornmann, legten die organisierten Köchler die Arbeit nieder, weil Herr Bornmann es ablehnt, mit der Organisation einen Tarif abzuschließen, welcher die Abschaffung von Nicht-Köcher-Arbeiten sowie die Anerkennung der Organisation regeln soll. Herr Bornmann erklärte den Vertretern der Organisation: „Der Verband möge ihm den Pudel runter rutschen“. Herr B. wies dann den Verbändlern die Tür. Der Betrieb ist für organisierte Köchler gesperrt.

Verband der Gastwirtsgewerkschaft, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Töpfer!

Die letzte allgemeine Mitgliederversammlung hat beschlossen: Die Bauvertrauensmänner sind verpflichtet, auf ihren Bauten sämtliche Arbeiten nach der Meisterrolle und dem zurzeit in Kraft befindlichen Tarif zu berechnen, um festzustellen, welche Unterschiede in den Bezahlungen bzw. Berechnungen herankommen. Leider haben bisher nur einige Vertrauensmänner dies getan. Am kommenden Donnerstag, den 5. Juni — siehe Inseratenteil — findet eine Bauvertrauensmänner-Versammlung statt, in dieser müssen unbedingt die Berechnungen zur Stelle sein. Sollten sich die Kollegen nicht ganz klar sein, wie dieses oder jenes nach der Meisterrolle zu berechnen ist, so ist dieses unserem Bureau zu melden, damit dann jemand von der Lohnkommission nach dem Bau kommt, um die betreffenden Sachen zu berechnen. Weiter ist unbedingt nötig, dass alle Bauten dem Bureau gemeldet werden und in der Versammlung vertreten sind.

Die Verbandsleitung.

Achtung, Töpfer! Wegen Tarifbruch sperren wir hiermit die Firma „Kunsttöpferei und Chamottfabriken“, G. m. b. H., Charlottenburg, Neue Kanstr. 4, „Edle Wägelchenstraße“, und deren ausführenden Meister Heinrich Handke, Berlin, Dolzigerstr. 11. Zurzeit kommen die Bauten unentgeltlich in Reimendorfer und in Waidmannslust in Betracht.

Die Firma erklärt, sie müsse leider 5 Proz. vom Tarif abziehen, weil es ihre Preise, die sie vom Bauherrn erhält, nicht erlauben, den Tarif einzuhalten. Auch hier wieder das alte Lied. Die Unternehmer drücken sich gegenseitig die Preise herunter, und die Gesellen sollen darunter leiden. Die Energie, die man anwendet, um den Gesellen die Löhne herabzusetzen, sollten die Herren Meister gebrauchen zur Befestigung der Preisdrücker unter sich; dann stände es besser um Gewerbe.

Die Verbandsleitung.

Die Färberei und chemische Waschanstalt Karl Polnow duldet keinen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und keine organisierte Arbeiterin in ihrem Betrieb. Für organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen ist der Betrieb vorläufig gesperrt, bis die Inhaberin, Frau Wolff, die Organisation in ihrem Betrieb anerkennt. Die Branchenleitung der Färber und Wäscher, Verwaltung Berlin, Deutscher Textilarbeiterverband.

Achtung, Dekubationsgehilfen! Die Differenzen mit Herrn Max Haferstroh, Bankstr. 4, sind durch Vertragsabschluss zur beiderseitigen Zufriedenheit geregelt. Die in der Nr. 181 des „Vorwärts“ geäußerte Ansicht, dass Herr Haferstroh einen Gehilfen gemahregelt hat, kann, weil auf falschen Informationen beruhend, nicht aufrecht erhalten werden. Die Sperre ist hiermit aufgehoben.

Verband der Dekubationsgehilfen, Ortsverwaltung II.

Deutsches Reich.

Stimmungsmache der Scharfmacher im Malergewerbe.

Die wegen ihrer trivialen und nun mit einer schweren Niederlage beendeten Nachprobeprobe von der öffentlichen Meinung böse genommenen Führer des Arbeitgeberverbandes im Malergewerbe suchen jetzt, nach Beendigung ihrer Aussperrung sich auf recht unlaute Weise wieder als die verjagte Insektenhölle hinzustellen. Obwohl der Vorsitzende des Unternehmerverbandes im Malergewerbe nach Annahme des neuen Schiedsspruches mit der Leitung des Gehilfenverbandes vereinbarte, daß der Aufnahme der Arbeit zunächst schnellstens drückliche Verhandlungen über die den Orten verbliebenen Streitfragen stattfinden sollten, und versicherte, seine Ortsgruppen, die teilweise die Regelung der drücklichen Differenzen zur Bedingung für die Aufhebung der Aussperrung machten, in diesem Sinne instruierten zu wollen, lief er einen Tag später, am 24. Mai, bereits zu den Unparteiischen und jammerte ihnen alles mögliche über die Schädlichkeit der Gehilfen vor, die nicht ohne weiteres in die Vertiefen hineinfließen. Er stellte es so dar, als forderten die Gehilfen jetzt vielfach höhere Löhne als die Schiedssprüche vorsehen, und die Durchführung der Ziffer 4 des neuen Schiedsspruches, nach der, wenn während der Aussperrung Sondertarife in größerem Umfang abgeschlossen worden sind, deren Bedingungen drücklich allgemein durchzuführen werden sollen. Wenn die Gehilfenorganisationen solche Schwierigkeiten machten, müsse er jegliche Verantwortung ablehnen.

Natürlich war diese Sachdarstellung unrichtig, maßlos aufgeblasen und völlig einseitig. Richtig ist, daß die Ortsverwaltungen der Gehilfen sich erst Klarheit darüber verschafften, ob die Aussperrung aufgehoben würde, ob die Unternehmer die Schiedssprüche anerkennen, wann mit der Wiedereinstellung begonnen, wann und in welcher Weise die laut Reichstatarifvertrag und Schiedssprüche verbliebenen drücklichen Differenzen erledigt werden sollten u. a. Das war ganz selbstverständlich und entsprach durchaus den Wünschen und Interessen beider Parteien wie auch den Abmachungen deren Vertreter.

Im Gegensatz dazu machten die Unternehmer die größten Schwierigkeiten. Das gesamte Rheinland-Westfalen lehnt bis heute die Schiedssprüche ab und verlangt von den Gehilfen durch Petres die Anerkennung eines vom Unternehmerverband herausgegebenen Tarifs. Wer die Unterschrift unter das Nachwort verweigert, soll auf eine schwarze Liste kommen und ein Jahr lang keine Arbeit mehr erhalten. In Hamburg wurde entgegen den Abmachungen der Zentralorganisationen ein einseitiger Unternehmerarbeitsnachweis erteilt und entgegen den Schiedssprüchen und einer protokollarischen Erklärung für den Gau Norddeutschland die allgemeine Lohnhöhung einfach außer Kraft gesetzt. In einer Anzahl anderer Städte lehnen die Unternehmer den Abschluß eines Lohnvertrages und die Annahme der Schiedssprüche ab, während die in einigen Städten kurz nach Annahme der neuen Bedingungen von den Gehilfen meist aus Unkenntnis gemachten Schwierigkeiten mit verschwindenden Ausnahmen sofort beseitigt worden sind.

Das eine hat der Unternehmerverband durch seine Jeremiade und unrichtige Darstellung der Differenzen, an denen lediglich er durch seine sinnlose Aussperrung und die Disziplinlosigkeit und Tarifbrüche seiner Kollegen, besonders im Rheinland und in Norddeutschland die Schuld trägt, zunächst erreicht, daß ihm die drei Unparteiischen ein Schreiben zur Verfügung stellten, das, weil es die Behauptungen des Vorsitzenden des Unternehmerverbandes als wahr voraussetzt, den Anschein erwecken kann, als seien die Gehilfen und nicht die Unternehmer die Veranlasser der Differenzen. Da das Schreiben zum Zweck der unläuteren Stimmungsmache auf Veranlassung des Unternehmerverbandes die Kunde durch die bürgerliche Presse macht, drucken wir es hier ab:

An Herrn Emil Kruse in Berlin. Auf Ihre geschätzte Zuschrift vom 24. Mai gestatte ich mir, zugleich im Namen der Herren Rath und Dr. Brenner, folgendes zu erwidern: Die Erklärung der Malergewerkschaft, die Wiederaufnahme der Arbeit von der Beendigung der drücklichen Verhandlungen oder von der Gewährung höherer Löhne, insbesondere der Bezahlung der in den Sondertarifen vorgesehenen Löhne, abhängig zu machen, ist unzulässig. Was im besonderen die Sondertarife anbelangt, so ist durch Ziffer 4 unseres Schiedsspruches vom 16. Mai d. J. den Gehilfenorganisationen lediglich unter bestimmter Voraussetzung die Möglichkeit eingeräumt, sich mit den drücklichen Arbeitgeberorganisationen gütlich auf die in den Sondertarifen vorgesehenen Löhne zu einigen. Der Deutsche Arbeitgeberverband darf selbstverständlich seinerseits seinen Ortsgruppen keinerlei Hindernisse bereiten und keinerlei darauf abzielende Weisungen erteilen. Andererseits darf von Gehilfenseite keine Zwangsmahregel behufs einer Einigung angewendet werden; falls eine Einigung nicht erzielt wird, so gelten die Schiedssprüche in vollem Umfang. Wir Unparteiischen müssen uns bei den gegebenen Verhältnissen mit diesen Feststellungen begnügen. Im übrigen ist es in erster Linie Sache des Arbeitgeberverbandes, auf Einhaltung der tariflichen Verpflichtungen seitens der Arbeiterorganisationen zu drängen.

Mit vorzüglicher Hochachtung ergebent

(gez.) v. Schulz.

Jedenfalls ist es immerhin sonderbar, daß die Unparteiischen, ohne vorher mit sämtlichen Tarifparteien in Verbindung zu treten und den ihnen einseitig unterbreiteten Sachverhalt zu prüfen, in so bestimmter Weise Stellung gegen eine Partei nehmen. Das trägt unsern Frachtschein durchaus nicht zur Besseren Erledigung bestehender Schwierigkeiten, besonders in Zeiten, in denen die Gegenstände so aufgelöst sind, wie jetzt zwischen den Unternehmern und Gehilfen im Malergewerbe. Ob dadurch der Sache noch besonders gedient ist, daß ohne vorherige Information einer Partei beigesprungen wird, die die ganzen Differenzen durch eine aus organisationsfeindlichen Gründen herausbeschworene Nachprobeprobe und jetzt wieder begangene Disziplinlosigkeit und Tarifbrüche ganzem Bauerverbände einzig und allein verschuldet hat, muß unbedingt bezweifelt werden.

Lohnbewegungen der Schiffszimmerer.

Nach neunwöchiger Dauer ist der Streik der Schiffszimmerer in Oderberg (Mark) beendet worden. Die geforderte Erhöhung des Stundenlohnes von 45 auf 48 Pf. wurde anerkannt. Dieser Erfolg ist um so bemerkenswerter, als damit eine Bewegung zum Abschluß gelangt, die veranlaßt wurde, weil die Unternehmer die Mitwirkung des Verbandes der Schiffszimmerer bei Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht anerkennen wollten. Wenn vor Jahresfrist das Verlangen der Werftbesitzer in Oderberg noch möglich war, daß jeder Antrag auf Veränderung der Arbeitsverhältnisse durch den Gesellenausschuß der Innung erfolgen müsse, so denkt heute keiner der beteiligten Unternehmer mehr an die Aufschaltung des Verbandes bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

In Franz-Reuenfeld ist auf die eingereichte Forderung der Lohn der Schiffszimmerer von 47½ auf 55 Pf. pro Stunde erhöht, die Arbeitszeit von 10½ auf 10 Stunden täglich herabgesetzt worden.

In Plauen a. d. S. ist es den organisierten Schiffszimmerern in zwei Betrieben gelungen, den Lohn ohne Arbeitseinstellung um 2 Pf. pro Stunde zu erhöhen, während in den beiden anderen Betrieben, wo die Arbeiter den Weg zur Organisation noch immer nicht finden konnten, zu dem alten Lohn fortgearbeitet wird.

In Bismarcksluth mußte der Streik ohne Erfolg abgebrochen werden, nachdem ein Teil der Streikenden, von den Unternehmern eingeschüchtern, sich zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit erklärt hatten.

Der Textilarbeiterverband im Jahre 1912.

Von einer so guten Konjunktur, wie sie in den Zahlen für die gesamte Volkswirtschaft zum Ausdruck kommt, kann in der Textilindustrie für das Jahr 1912 nicht gesprochen werden. Wie in der auffiegenden Periode des deutschen Wirtschaftslebens der Jahre 1898 bis 1900 die Textilindustrie nur für ganz kurze Zeit — an ihrem Ende — beteiligt war, so scheint das auch für die mit dem Jahre 1909 begonnene Prosperitätsperiode der Fall zu sein. Die Berichte, die allmonatlich von den Ortsverwaltungen des Verbandes über den Beschäftigungsgrad, und, soweit das den Arbeitern möglich ist, über die Beschäftigung dem Vorstande erhalten werden, lassen keinen Zweifel, daß mit Ausnahme der Spinnereien, Wollereien, Jutefabriken, Seide- und Samtbetrieben die Beschäftigung oft recht viel zu wünschen übrig ließ. Aus allen diesen Berichten ist klar ersichtlich, daß die Beschäftigung wenig befriedigend war. Der Druck der Krise hat gewiß nachgelassen, aber noch immer standen zahlreiche Maschinen still. Von einer lüdenlosen starken Inanspruchnahme, wie etwa in den Jahren 1906/07, kann in keiner der großen Branchen dieser Industrie die Rede sein. Die am Ende des Jahres 1911 allgemein bemerkbare Besserung des Beschäftigungsgrades hielt nicht an. Sehr bald mochten sich wieder Schwankungen bemerkbar. Dabei ist es selbstverständlich, daß die Baumwoll- und Kammgarnspinnereien von diesen Schwankungen nicht berührt wurden. Die Baumwoll- und Kammgarnspinnereien haben unter der Krise überhaupt am wenigsten gelitten. Diese Spinnereien sind bei weitem nicht imlande, den deutschen Garnbedarf zu decken. Es müssen alljährlich für viele Millionen Mark Baumwollgarn hauptsächlich aus England eingeführt werden. Ebenso bezieht Deutschland etwa 20 Proz. seiner Wollgarn vom Ausland. Aus diesen Tatsachen resultiert die fortwährend gute Beschäftigung bei den Spinnereien. Dagegen waren einige andere Branchen, Jute, Samt und Seide stark in Anspruch genommen.

Der ungehinderten Entfaltung der Konjunktur im Textilgewerbe steht vor allem die sich immer mehr verschärfende Austerität entgegen. Die Textilindustrie ist in der Hauptsache auf den Konsum angewiesen. Arbeiter, Handwerker, Bauern laufen ihre Massenartikel. In die Kaufkraft dieser Bevölkerungsschichten geschwächt, kann nur das Zurückwirken auf den Absatz von Textilprodukten. Erhöhter Absatz wirkt aber zurück auf die Produktion der Industrie. Das Jahr 1912 war nun ein Jahr hochgeschraubter Lebensmittelpreise. Die kleinen Leute, also die Hauptkonsumenten der Erzeugnisse der großen Branchen der Textilindustrie, waren trotz aller Einschränkungen im Verbrauch von besseren Lebensmitteln genötigt, einen größeren Teil ihres Einkommens für Ernährung der Familie auszugeben. Da die Einnahmen nicht entsprechend den gesteigerten Ausgaben stiegen, unterblieben die sonst nötigen Käufe von Textilfabrikaten.

Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg von 82 981 männlichen, 48 445 weiblichen, zusammen 131 427 Mitgliedern im Jahre 1911 auf 87 884 männliche, 54 750 weibliche, zusammen 142 634 Mitglieder im Jahre 1912. Die Zunahme beträgt 11 207 Mitglieder. Die ständig zunehmenden Zahlen der weiblichen Mitglieder beweisen, daß die Arbeiterinnenbewegung im Gewerbe unauflöslich vorwärts schreitet. Ein nicht geringer Teil der damit verbundenen agitatorischen Arbeit entfällt auf jene weiblichen Mitglieder, die durch die Arbeiterinnenkonferenzen und durch Diskussionsabende zur Mitarbeit geschult, sich in selbstloser Arbeit und Aufopferung an allen Agitationen beteiligen. Besonders ist es die Hausagitation, der sich die Arbeiterinnen immer mehr zuwenden. Daß dies Agitationsgebiet den Arbeiterinnen besonders zusagt, beweisen die überraschenden Erfolge, die an verschiedenen Orten dabei erzielt wurden.

Die Einnahmen und Ausgaben des Verbandes balanzieren mit 4 188 028 M. Der Kassenbestand stieg von 1 464 283 M. auf 1 691 017 M. Für Unterhaltungen verausgabte der Verband: Krankenunterstützung 396 448 M., Arbeitslosenunterstützung 141 631 M., Sterbeunterstützung 17 221 M., Reiseunterstützung 41 426 M., Streifenunterstützung 708 065 M., Gemahragelunterstützung 48 277 M., Mark, Umzugsunterstützung 13 784 M., Kontenunterstützung 10 208 M., Rechtschutz 11 024 M. Neben diesen Unterstützungsleistungen ist der Kampf um wirtschaftliche Besserstellungen, um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen lebhafter denn je geführt worden. Das Jahr 1911 brachte der Organisation 259 Bewegungen in 963 Betrieben mit 70 622 Beteiligten, dagegen waren im Jahre 1912 320 Bewegungen in 766 Betrieben mit 73 806 Beteiligten zu verzeichnen. Der Verlauf der Bewegungen bezüglich der erzielten Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen ist wesentlich günstiger als im Vorjahre. Insgesamt wurden bei allen Bewegungen erreicht für 16 651 Personen 49 760 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche, für 36 558 Personen 43 197 M. Lohnerhöhung pro Woche, außerdem für 3910 Personen bessere Bezahlung der Ueberzeitarbeit und für 22 731 Personen sonstige Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses. Tarife wurden 18 für 2280 beteiligte Personen abgeschlossen.

Im Vorjahre sind von den Mitgliedern an Beiträgen 2 174 814 Mark geleistet worden. Wimm man diesen Betrag als werbendes Kapital für das Jahr 1912, dann ist er fast reiflos den Mitgliedern in Form von Lohnerhöhungen wieder zugeflossen. Die kleinen Werte in Form der Arbeitszeitverkürzung und den Lohnerhöhungen mindestens gleich zu achten. Dazu kommen noch rund 1 358 000 M., an die Mitglieder gewährte Unterstützungen. So ansehnlich die Erfolge sind, hätten sie im Interesse der Mitglieder noch besser sein dürfen; es darf aber bei der Beurteilung nicht außer acht bleiben, daß die Textilindustrie in ihrer Gesamtheit eben nicht die anhaltend gute Konjunktur zu verzeichnen hatte, wie es in vielen anderen Industriezweigen der Fall war.

Trotzdem werden sich auch in diesem Jahre wieder „begabte Federn“ finden, die sich im Schwelche ihres Angehtes abmühen, um den Textilarbeitern nachzuweisen, daß ihnen die Organisation gar nichts nützen kann. So manche Lohnforderung könnte heute schon ohne weiteres mit den Mitteln beglichen werden, die viele Textilunternehmer dem „glorreichen Reichverband“ und seinen Sekretären zuführen. Das Geld, das für diese vermeintlichen „Organisationsverrichtungen“ ausgegeben wird, trägt nach keiner Seite hin Zinsen. Der Textilarbeiterverband wächst an Zahl der Mitglieder von Jahr zu Jahr und damit wachsen auch seine Erfolge.

Letzte Nachrichten.

Die vertagte Ministerzusammenkunft.

Wien, 31. Mai. (W. T. B.) Ueber die Gründe der Vertagung der Zusammenkunft zwischen den Ministerpräsidenten Raschitsch und Gschow erfährt die „Neue Freie Presse“ aus Belgrad: Ministerpräsident Raschitsch ist zu der Zusammenkunft nur unter der Bedingung bereit, daß Bulgarien sich vor der Revision des Bündnisvertrages prinzipiell stimmt. Eine diesbezügliche Mitteilung wird stündlich aus Sofia erwartet.

Belgrad, 31. Mai. (W. T. B.) Wie in maßgebenden Kreisen berichtet wird, ist die Anregung zu der Zusammenkunft der Ministerpräsidenten Raschitsch und Gschow von bulgarischer Seite erfolgt. Auch der „Politika“ zufolge wird von der serbischen Regierung die Forderung aufgestellt, daß Bulgarien vor der Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten seinen Standpunkt in der Grenzfrage genau präzisieren. Bis zur Stunde ist es noch ungewiß, ob und wann die Zusammenkunft stattfinden soll.

Roosevelt war nicht betrunken.

Marquette, 31. Mai. (W. T. B.) Im Beleuchtungsprozeß Roosevelt-Revel hat der Angeklagte Revel den Vorwurf der Betrunkenheit zurückgenommen und sein Pedauern angebrüllt. Roosevelt hat darauf den Richter ersucht, die Geschworenen anzuweisen, nur auf nominellen Schadenersatz zu erkennen.

Reichstag.

156. Sitzung. Sonnabend, den 31. Mai 1913, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann Hollweg, Dr. Delbrück.

Die Besprechung über die Interpellation Albrecht u. Gen. (Soz.) betr. Einschränkung des Vereinsgesetzes und des Pressegesetzes in Elsaß-Lothringen

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. van Galle (Nat.): Ich hoffe, daß aus der Diskussion eine gute Wirkung für die innere Entwicklung Elsaß-Lothringens hervorgehen wird. Wir sind in einer eigentümlichen Lage. Wir sollen über einen Entwurf sprechen, über den die Regierung noch gar nicht sich zu äußern in der Lage war. Es liegt die Gefahr nahe, daß wir uns präjudizieren für unsere Stellungnahme zu dem Entwurf, wenn er kommt. Wir müssen uns daher sehr vorsichtig ausdrücken. Die Sache liegt aber nun einmal so, daß wir Stellung nehmen müssen zu dem Antrag der elsässischen Regierung. Wir können dabei noch kein Urteil abgeben, aber Entscheidungsgünde für ein Urteil beibringen.

Wir müssen daran denken, wie allgemein die Entrüstung hier im Januar war über die nationalisierenden Umtriebe, und wie der elsässischen Regierung zum Ausdruck gebracht wurde, sie dürfe das nicht dulden. Herr Emmel hat gestern den nationalisierenden Chauvinismus sehr milde beurteilt. Aber ich warne vor einer so milden Auffassung, ich halte die nationalisierende Bewegung für eine große Gefahr. Man soll sie nicht übertreiben, aber auch nicht unterlassen.

Aus dem Vortwurf, der im Januar allgemein der elsässischen Regierung gemacht wurde, weil sie nicht einmüchtig ihre Anträge zu erklären. Aber die vorgeschlagenen Maßnahmen sind nicht geeignet, das zu erreichen, was sie sollen. Gewiß würden sie die nationalisierende Bewegung treffen, aber ihre möglichen Nachteile sind größer als ihre Vorteile. Daß es sich um Ausnahmegeetze handelt, würde mich nicht schrecken; wenn Ausnahmegeetze notwendig sind, so mache ich sie. Sind sie aber in diesem Falle notwendig? Verletzt würden durch sie die nicht nationalisierenden Kreise der Bevölkerung Elsaß-Lothringens, und diese Empfindlichkeit ist berechtigt, denn sie entpricht der Verfassung, die Entwicklung Elsaß-Lothringens werde gehemmt, und in den Kreisen der Reichsleitung herrschen andere Ansichten, als bei Verleihung der Verfassung. Ich freue mich deshalb, daß der Reichskanzler das klar und entschieden bestritt, daß er sich zu der Verfassung bekannnt hat, daß er zu seinem Werke steht. Tatsächlich hat die Verfassung auch günstig gewirkt. Ohne sie wäre es nicht möglich gewesen, daß die Erste und Zweite Kammer Elsaß-Lothringens sich mit so überwältigender Mehrheit gegen den Nationalismus ausgesprochen hätten (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen), deshalb sind die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht erforderlich, sondern wir dürfen abwarten, ob nicht aus der Bevölkerung die genügende Reaktion gegen die deutschfeindlichen Elemente kommen wird. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Daß die Zustände in Elsaß-Lothringen sich so entwickelt haben, daß die nationalisierende Bewegung so sichtbar ist, hat allerdings auch die Regierung mit verschuldet. Wenn der oberste Richter des Landes sich so scharf gegen die Regierung wendet, wie es in der ersten elsässischen Kammer geschehen ist, und in der ganzen Kammer nicht ein Mann aufsteht, der die Regierung verteidigt, so kann nicht alles so sein, wie es muß. Die nationalisierende Bewegung in Elsaß-Lothringen wirkt wie ein Thermometer für unsere Beziehungen zu Frankreich; naturgemäß sind im Elsaß die Beziehungen zu Frankreich enger als im übrigen Deutschland. Deshalb Elsaß und Frankreich zu beleidigen ist ein schweres Unrecht der alldeutschen Presse, und ich freue mich, daß der Reichstag sich gestern einmütig gegen die Beleidigungen Frankreichs gewandt hat. Die notwendige Reaktion gegen die deutschfeindlichen Elemente

wird aus der elsässischen Bevölkerung selbst kommen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Käfer (Sp.): Aus den Verhandlungen wird die elsässische Bevölkerung die Verabfolgung entnehmen, daß die Vorschläge der elsässischen Regierung nicht Gesetz werden können, und ich bin dem Herrn Reichskanzler für seine Erklärung, ein neuer Kurs soll nicht eingeschlagen werden, dankbar und verzeihe ihm deshalb die Entschuldigungen der elsässischen Regierung. Wir unsererseits können die elsässische Regierung nicht entschuldigen. Die von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen sind geeignet, die ruhige Entwicklung zu hemmen und aufzuhalten. Die Vorschläge kommen vor allem den Nationalisten zugute, die Gelegenheit bekommen, sich als Hüter der elsässischen Eigenart aufzuspielen. Der Nationalismus hat im Volke keinen Boden, aber vollständig kann er nur von unten her überwunden werden. Eine solche Volksbewegung ist vorhanden; sie kann gefördert werden durch Vertrauen, nicht durch Polizeimaßregeln. (Bravo! bei der Sp.)

Abg. v. Laszowski (Vole): Die Maßnahmen gegen ausländische Blätter können nach ihrem Wortlaut auch gegen polnische Zeitungen angewandt werden. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt der „Post“, die, als die Maßnahmen bekannt wurden, schrieb: „Wir haben Elsaß-Lothringen mit dem Schwert gewonnen und können mit ihm machen, was wir wollen.“ (Hört! hört!) Die Polakisten wollen ja auch in den polnischen Provinzen eine Beschränkung der Pressefreiheit. Daher wollen wir nicht dazu unsere Hand bieten, hier einen Präzedenzfall zu schaffen. Wie das Vereins- und Versammlungsrecht schon von den unteren Instanzen beschränkt werden kann, das haben wir zur Genüge in den polnischen Provinzen erlebt. Da sind erhöhte Vollmachten für die Zentralinstanz umso weniger notwendig. (Bravo bei den Polen.)

Abg. Schult (Npt): Wenn die Regierung nach pflichtmäßigem Ermessen Ausnahmemassnahmen für nötig hält, wird sie sich in ihrer Einbringung durch die hier geübte Kritik nicht abhalten lassen. Ich halte ein so kategorisches Nein gegenüber einer noch nicht eingetragenen Vorlage, wie es hier vielfach ausgesprochen worden ist, für nicht richtig. Es ist das auch parlamentarisch ganz ungewöhnlich. Insbesondere wird es das Zentrum velleicht einmal bedauern, daß es durch seine Haltung die Nationalisten in Sicherheit gewiegt hat. Man unterschätzt die Gefahr des Nationalismus in Elsaß-Lothringen. Er ist ein glimmender Brand an der feuergefährlichsten Stelle des Reiches. Wir läten gut, ihn von vornherein auszutreten, sonst wird eine hell lodende Flamme daraus entstehen. Mein Parteigenosse v. Dirksen hat bei der Verfassungsvorlage einen Antrag eingereicht, der genau dem entspricht, was jetzt die Regierung vorschlägt. Damals hat die Regierung kein Wort für unseren Antrag übrig gehabt. (Hört! hört! rechts.) Wir haben davor gewarnt, daß man sich ohne irgendwelche Vorsichtsmaßnahmen auf die abschüssige Bahn von Kompensationen begab, die sogar die Sozialdemokraten befriedigte.

Abg. Haug (Sp.): Alle Neben, die hier noch gehalten werden, dienen ja wohl doch nur dazu, einen Leichnam einzubalsamieren. Der Nationalismus lebt überhaupt nur von den Fehlern der elsässischen Regierung. Die Zahl der Nationalisten in dem Sinne, daß sie eine Fortrennung Elsaß-Lothringens von Deutschland erstreben, ist so äußerst gering, daß derentwegen solche Maßnahmen wirklich nicht notwendig sind. Wird die Regierung mit diesen paar Leuten nicht fertig, so mag sie das ruhig der elsässischen Bevölkerung überlassen. Wenn es überhaupt noch solche unverständliche Elemente gibt, so sind die Fehler und Taktlosigkeiten der elsässischen Regierung daran schuld. Daß man für Ausschreitungen einzelner Protektoren wie Wetterlé und Blumenthal die ganze Bevölkerung dort strafen will, ist eine Politik des Kasernenhofs, aber nicht staatsmännischer Klugheit. (Sehr gut!) Der frühere Statthalter von Elsaß-Lothringen und Reichskanzler Härtel zu Hohenlohe schreibt in seinen Memoiren: Es scheint, daß man von Berlin so viele verbotenen Maßnahmen verlangt, damit die elsässische Bevölkerung zur Verzweiflung gebracht und zum Unstuh getrieben wird.“ (Hört!)

hört!) Unsere Regierung legt ein Mißtrauensvotum des Parlaments zum anderen; es scheint ihr nur darauf anzukommen, daß ihr die kaiserliche Gnade sonne scheint. Die Folge ihrer Politik ist nichts als eine zunehmende Radikalisierung des elsässischen Bürgertums. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Weiß (Soz.):

Der Vordredner hat der Regierung von Elsaß-Lothringen sein tiefempfundenes Mitleid mit der Behandlung ausgesprochen, die ihr gestern und heute hier widerfahren ist. Ich hatte bis zu dieser Stunde mit gespanntester Ungeduld auf die Erklärung gewartet, die der Herr Unterstaatssekretär Mandel dem Reichstag über die Gründe seines Vorgehens geben wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Callier war der Meinung, die ganze Debatte sei eigentlich vom Uebel, denn es sei höchst bedenklich, über Bundesratsvorlagen zu verhandeln, über die die Regierung selbst noch keinen Beschluß gefaßt hätte. Der Gang der bisherigen Debatte hätte ihn aber eines Besseren belehren können. Die Debatte hat zweifellos den Beweis erbracht, daß es überaus nützlich ist, sich rechtzeitig mit beratigen Absichten der Regierungen zu befassen (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), denn ich glaube kaum, daß wir nun späterhin noch irgend welche Zeit zu verlieren haben werden mit einer solchen Vorlage, daß die Regierung noch Lust verspüren wird, den Anregungen des Herrn Staatssekretärs Mandel irgendwelche Folge zu geben. Der Reichskanzler hat ja die Vorlage gestern verteidigt, aber das Empfinden wird allgemein gewesen sein, daß diese Verteidigung höchst zaghaft und zurückhaltend war und daß der Reichskanzler viel mehr Gründe gegen als für die Vorlage beigebracht hat. Sie sei eine harmlose Kleinigkeit, das war der einzige Grund, den er eigentlich dafür angeben konnte, sie sei eigentlich keine untragliche Ausnahmebestimmung. Nach unserer Meinung aber ist jede Ausnahmebestimmung von vornherein unerträglich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die hier beabsichtigten Ausnahmebestimmungen konnten nur das Ziel erreichen, das Selbstbewußtsein eines freilebenden Volkes zu kränken und zu erbittern. Das ist keine weise Politik. Wenn die Vorlage einen Sinn haben soll, so müßte man doch beweisen, daß seit der Verfassung für Elsaß-Lothringen irgendwelche grundlegenden Änderungen in der Stimmung der elsässischen Bevölkerung, ihren Neigungen und ihrer Politik hervorgetreten wären. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Selbst Herr v. Callier bezeichnete den Nationalismus als große Gefahr. Das bestritt ich absolut und ich verweise in all den Anträgen, die erhoben worden sind, auch nur die beschreibende Definition des Begriffes „Nationalismus“. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich will nicht bestritten, daß hier und da die französische Presse nicht gerade sehr taktvolle Bemerkungen gemacht und vor allem den französischen Geist hat vernichten lassen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Selbst in der ersten Kammer mußte die Regierung sich sagen lassen, daß ihre ganze Vorlage lediglich kleinlicher Verärgerung über solche gelegentlichen Taktlosigkeiten entspringt, die sich auch nicht entfernt vergleichen lassen mit denen, die von der alldeutschen Presse begangen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben heute eine Zufahrt bekommen, daß es unrichtig ist, daß in einem der Blätter von der französischen Armee als von unserer Armee gesprochen worden sei, dieser Ausdruck fand sich vielmehr in einem Brief eines Pariser Korrespondenten. Das „Journal d'Alsace-Lorraine“ wurde sogar vor kurzem in der französischen nationalisierenden Presse als ein Blatt verurteilt, das mit der deutschen Regierung besonders gute Beziehungen unterhält. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Schließlich muß die Regierung ja selbst zugeben, daß man in Lothringen ohne französische Presse nicht auskommen kann; Andererseits kann der Nationalismus auch in deutschen Blättern betrieben werden; was soll also das ganze Vorgehen, wenn Sie nicht Ausnahmebestimmungen haben wollen, die Sie willkürlich anwenden können und die irgend ein untergeordnetes Organ zu persönlichen Kantinen benutzen kann — sollen doch unter

Kleines feuilleton.

Der Papagei. Ein rechtsstehendes Blatt bringt eine schlechte Satire auf die Verhältnisse der Budgetkommission, die über die Wehrvorlage beraten hat. Das „Zukunftsbild“, das da entrollt wird, enthält einen Punkt 2, der mit erfreulicher Offenheit zeigt, daß es sich beim Militär weniger um Rüstlichkeitsstandpunkte handelt, als um Propaganda eines Systems, das sich nicht mehr anders zu helfen weiß. Also Punkt 2: „Die Armee muß dem Volke gründlich verdeutlicht werden. Aus Erziehungszwecken ist daher eine einheitliche, graue, unansehnliche Uniform ohne jeden Schmuck, ohne jedes Abzeichen einzuführen. Dem gemeinen Mann muß der Stolz auf des Königs Rod gründlich ausgezogen werden.“

Dies ist es klar gesagt. Unsere Soldaten laufen wie die Vopagen herum, ein alter General hat alle Farben des Regenbogens auf dem Leib, und er würde im Gelände, wie längst die Realistiker wissen, sofort niedergedrückt werden, weil man ihn in Damburg sieht, wenn er in Lübeck angewandelt kommt. Aber dafür glocken ihn die hieberten Deutschen auf der Straße an, und worüber sie bei einem Negerhändler grinsen, darüber strahlen sie bei dem General: die Ausstattung ist es, die den Mann macht. Den Leuten wird eine Eitelkeit künstlich aneignet, die Augen werden daran gewöhnt, daß diese hübsche Uniform „schön“ sei — und in den Augen eines Kuhweides, der beim Stallausmisten nicht gerade in einer feinen Welt arbeitet, mag sie das ja auch sein. Für einen Menschen, dessen Augen wirklich gebildet sind, ist sie schandlich. Aber darauf kommt es ja gar nicht an: man will die Leute beduflern. Der hunte Rod! Wie sagt jener? „Des Königs Rod.“ Haben Sie schon einmal eine Einleitung der neuen Rekruten mitgemacht? Nun, da kommen die Köpfe der alten Mannschaften, deren Schweiß und Schmutz ausgefacht, aber nicht vergessen worden ist, aus der staubigen Kammer und sind gar kein Symbol von des Königs Herrlichkeit, sondern nur widerlich. Des Königs Rod!

Der Stolz auf des Königs Rod! Gewiß: auf den Rod. Oder werden etwa die Räder angepudert, getreten, geschlagen? Der gemeine Mann, der Keel wird es.

Wie gesagt: Stolz, und Bewunderung. Denn er umschließt gleichmäßig Gerechte und Unteroffiziere.

Das Wunderbare. Von den vielen Bestwundern des Altertums rogen nur noch die Pyramiden Ägyptens trotzig empor; unbeirrt durch den neuen Geist, der die Welt zu ihren Füßen beherrschte, reden sie die Sprache seiner Jahrtausende. Die feiner und reicher gestalteten Wunderwerke, wie der Semiramis hängende Gärten, den Tempel der Artemis zu Ephesus und das gewaltige Reusbild des Phidias aber hat die darüber hinstrollende Zeit abgeschliffen und zerstört. Eine amerikanische Zeitschrift stellte durch eine Rundfrage fest, welches wohl die sieben wunderbarsten Werke der Gegenwart wären, und welchem vor allen anderen der erste Preis gebühre. Da erhielt die drahtlose Telegraphie 1244 Stimmen, das Telephon 985. Dann folgten der Aeroplane, das Radium, die Antiseptika und Antitoxine (künstliche Heilmittel), die Spektalanalyse, die Röntgenstrahlen. Welche Wandlung im Begriff des Wunderbaren! Nicht das Riesenhafte, Körpergewaltige und Körperliche, das den antiken Bestwundern eignete, wird heute angefaßt. Der moderne Mensch zollt die höchste Bewunderung den geheimen, unsichtbaren Wirkungen, die etwas von der Wesenart der Gedanken an sich haben.

Von allen wirkenden Naturkräften hat jene die größte Bedeutung für die Gegenwart erlangt, für die wir kein Sinnesorgan haben: die Elektrizität. Den Gedanken trägt sie durch den Raum, Jüge reißt

sie vorwärts und füllt unsere Räume mit Sonnenglanz. Im 19. Jahrhundert wurde unsere alte Erde ein höherer Organismus. Sie erhielt Nerven durch das Netz von Kabeln und Leitungsdrahten, das heute ihren Leib durchwirkt.

Theater.

Theater am Kollendorfsplatz: Sommergastspiel unter Artur Negbach: Der Mann mit der grünen Maske, Burleske von J. Horst und A. Lippich. Herr Negbach, der vor ein paar Sommern eine wirkliche Burleske „Die Million“ in sehr hübscher Aufmachung herausgebracht, hat mit der „Grünen Maske“, wenn es natürlich auch am üblichen Premierenaufschlag nicht mangelte, keinen Treffer gefaßt. Den Autoren Horst und Lippich ist herzlich wenig eingefallen. Hypnose und Suggestion wurden in Schwänken schon oft, manchmal sogar recht drollig als treibende Kraft der Handlung verwendet; in diesem neuen Falle äußern sie sich mühselig und ohne jeden Zug echter Komik einen Witzwort von Unmöglichkeit an. Ein Kammerdiener schafft sich von einem Varietédirektor Einnahmen, indem er seinen Herrn, einen Ministerkaktai, abends in hypnotisiert und ihn im Trancezustand mit einer grünen Maske mysteriöse Wahrsagerkunststücke vor dem Publikum exekutieren läßt. Natürlich ist das nur Vorwand und Vorbereitung für den Clou des Abends: einen Akt, der sich aus lauter Varietémummern zusammensetzt. Eine Schlangentänzerin und eine virtuose Akrobatentruppe erwiesen sich als Attraktion, indes: was dieser Kunst der Weine folgte, diese Sängerin, die unter gewaltigem Scheinfeuernde Solofolgen und blutige ungarische Balladen Vortrag und bei der der indisch-bokaleische Name das einzig Klangvolle war, das stellte um so härtere Anforderungen an die Geduld. Zwischendurch gab eine Parodie auf großsprecherische Kinobeschreibungen und, nach dem immer noch zugänglichen Reanischen Muster, eine Fortsetzung des Theaterstückes im Zuschauertraum, vor allem eine Klasse von Couplets, deren herkömmlich wüßige Texte durch flotte Schlagernelodien Friedrich Bermanns und Viktor Golländers belebt wurden. Else Wöttcher zeigte da im Spiel wie im Gesang ein ausgesprochenes Soubretten-talent für vermischte Ranghaftigkeit.

Humor und Satire.

Weiterwirtschaft.

Wenn der Bürger sich erdreißt, frei und rundheraus zu fragen: Was hat Bethmann denn geleistet? Hört man wohl die Antwort sagen:

Positiv

Steht es schief!

Immerhin: er dachte tief!

Von dem Lenker unsres Staats Hört man nun von ungefähr, Daß er — wenn auch dritten Grades — Richard Wagners Weiser wäre.

Blödsinnig steht

Best erhöht,

Zweifel scheinen fortgeweht.

Und man sieht ihm keine Not an, Und man möchte Theobalden Mit Vergnügen für den Boten Unsres Preußenhimmels halten, Wo er sitzt

Und nicht schwitzt.

Sondern immer kräftig blüht.

Wer in Verfolg des weitern Lehrt uns die Erfahrung Moret, Denn sein Geist steht in den Kleidern, Eines preußischen Majores; Und man spricht: Weiterpsicht

Kennt der Genius Scheinbar nicht! („Jugend“.)

Notizen.

— Bleibt Hoffmann Stadtbaurat? Zu dieser Frage, die mit Hoffmanns Wahl zum Opernhausarchitekten aktuell wird, teilt das Nachrichtenamt der Stadt Berlin mit: Lieber die Art der Tätigkeit des Stadtbaurats Ludwig Hoffmann beim Opernhaus sei seines Wissens eine Bestimmung noch nicht getroffen worden. Jedenfalls denke der Stadtbaurat nicht daran, seine ihm liebgeordnete Tätigkeit, in der er unter den günstigsten Umständen hat wirken dürfen, zu verlassen.

Sagen wir vorsichtig: er denke jezt nicht daran. Und warten wir ab, wie er, der Mann der sorgfältigsten Gründlichkeit, denken wird, wenn erst die Opernhausarbeit ihn einspint.

— Theaterchronik. Im Josef-Kainz-Theater am Kleinen Bannsee finden jetzt Interimsvorstellungen zu 2,20 M. und 1,20 M. statt, und zwar heute nachmittags 3 Uhr: Medea, 6 Uhr: Lustspiele von J. B. Widmann, ebenso am Montag 5 1/2 Uhr: Lustspiele.

— Immer wieder Fitgers Diergedicht und die Konserwativen. Ueber das Gedicht von Artur Fitger, das in der Osternummer des „Vorwärts“ stand, mag die konserwatibe Presse sich durchaus nicht beruhigen. Fortnächlich wie ein gewisses Grautier bleibt sie bei ihrer Ignoranz in Dingen der zeitgenössischen Literatur. Nach wie vor weiß sie nicht, daß Fitger, der doch ein ganz bekannter Dichter war, seit Jahren tot ist, und mit diesem Irrtum geht sie nun in ihrem Sinne adern. Die „Mitteilungen aus der konserwativen Partei“ drucken das Gedicht Fitgers ab und masken folgenden Schnörkel einer in Dufternis beharrenden Phantasie hinzu:

„Der Verfasser Artur Fitger ist ein Liebling der blähtroten Presse, also ein echter liberaler Kulturträger. Daß er seine tendenziösen Erzeugnisse (nebenbei ist er auch noch Maler) jezt der ganz roten Presse anbietet, zeigt, daß die Klust zwischen Linksliberalen und Sozialdemokraten garnicht so groß ist.“

Wozu sich bemerken ließe, daß die Klust im Literaturwissen des konserwativen Blattes jedenfalls viel größer ist.

— Der Wert des Ederwaldes Goldfundes. Professor Schuchardt schätzte den Metallwert des Ederwaldes Fundes auf 7000 M. ein. Der Kunstwert erhöht diese Summe, wie er feststellt, auf 20 000 M.

— Die Diener Freie Volkshühne zählt jezt, wie in der Delegiertenversammlung des Vereins mitgeteilt wurde, 24 865 Mitglieder und 316 781 Kronen Jahreseinnahme.

— Oesterreichische Südpolexpedition. In der heutigen Sitzung der geographischen Gesellschaft wurde von einer geplanten oesterreichischen Südpolexpedition Mitteilung gemacht, die am 2. Mai 1914 unter Führung des Grazer Forschers Felix König mit dem von der Zilcherischen Expedition angekauften Schiff „Deutschland“ zu wissenschaftlichen Zwecken unternommen werden soll. Der Fonds für diese Expedition ist bereits aufgebracht und das Projekt ist in seinen Einzelheiten festgelegt.

dem Sozialistengesetz ganz harmlose Elemente als Sozialisten gebannt und verfolgt worden sein. — Ich weise auf die Tatsachen der elfassischen Geschichte seit 1911 hin, auf die Landtagswahlen, auf die Ablehnung aller nationalsozialistischen Verheißungsversuche im vorigen Jahre, auf die geschlossenen Friedensstundungen in allen Teilen des Landes und der Kammer. Sollten etwa die von enttäuschten Hoffnungen reden, die erwartet haben, daß das elfass-lothringische Volk von der Verleumdung der Verfassung an seine ganze Eigenart aufgeben würde. Das wäre eine krankende Zumutung. Der Mann ist bei uns gottlob noch eine seltene Erscheinung, der bereit ist als

Leutnant der französischen Mobilarde

Strasbourg verteidigte und heute als Staatssekretär von Elsass-Lothringen Ausnahmestimmungen gegen sein eigenes Land empfängt. Das ist die Regel bei uns zu Lande noch nicht, und diese Politik der Unterdrückung der nationalen Eigenart darf keine Regierung treiben.

Der Reichskanzler meinte, wenn die elfass-lothringische Regierung diese Mittel für notwendig halte, müsse man sie ihr geben. Die elfass-lothringische Regierung hat unser Vertrauen nicht, und man darf uns auch nicht einwenden, sie sei besonders geeignet, die Bedürfnisse und Empfindungen des elfass-lothringischen Volkes zu würdigen, weil einheimische Elsass-Lothringer in ihr sitzen. Nach allem, was wir erfahren haben, ist das keine Verübung für uns. Es ist ja auch nichts Neues, daß eine Sache immer in denjenigen ihre schlimmsten und gefährlichsten Feinde findet, die sie zuvor verlassen haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Reichskanzler meinte, der Nationalismus sei keineswegs eine quantitas neglegable. Auf diese Weise wird er aber immer zu neuem Scheitern erzwungen. Die Regierung hat die Pflicht, die Selbstständigkeit und das nationale Persönlichkeitsgefühl zu achten und zu stärken, und ich kann nur meine Freude darüber ausdrücken, daß der Reichskanzler getreu die Auffassung, die er im Jahre 1909 vertreten hat, auch diesmal nicht preisgegeben hat. Er hat gestern wieder hervorgehoben, daß Elsass-Lothringen mit seiner neuen Verfassung seine Angelegenheiten in seiner Eigenart in voller Selbstständigkeit erledigen soll. Die nationale Eigenart Elsass-Lothringens mußte aber mitbestimmt werden durch seine Geschichte, in der es die größten Ereignisse Frankreichs miterlebt hat. Es ist nicht verwunderlich, daß Elsass-Lothringen von der großen Revolution in seinen ganzen Anschauungen den stärksten Eindruck empfangen hat, und es ist ebenso wenig verwunderlich, daß es noch immer in seinen Erinnerungen daran hängt. Das darf niemand belagern, hat doch der Kaiser selbst in die das geschmackvolle Wort gesprochen, daß ein Volk, das seine Geschichte ehrt, seinem Herzen nahe steht.

Diese Empfindungen werden vielfach von den Eingewanderten in Elsass-Lothringen sowie von den Altdeutschen im Reich nicht genügend geachtet, und manche Konflikte werden dadurch hervorgerufen, daß die Altdeutschen der elfass-lothringischen Bevölkerung überall ihre Auffassung aufdrücken wollen. Solchen Bestrebungen sollte die Regierung entgegenzutreten, nicht durch Zwangsmassnahmen, sondern durch eine vernünftige Politik.

Der Nationalismus, den ich gebildet habe, wird von niemand für gefährlich erachtet. Die Frage ist, ob es noch einen anderen Nationalismus für Elsass-Lothringen gibt. Herr v. Capper sprach von einem Nationalismus, der durch das

Ausbleiben von Oeden und Lüteln

herborgehoben wird. (Heiterkeit.) Herr Schulz führt ihn darauf zurück, daß der Diktaturparagraf aufgehoben sei. Aber wir haben doch nie gehört, was das für ein Nationalismus ist, der so gefährdend, so ungeheuer verhängnisvoll für den Bestand des Reiches ist und sogar, wie der Reichskanzler gestern andeutete, für den Frieden Europas, Bestrebungen, die auf eine Abtrennung Elsass-Lothringens hinarbeiten, gibt es in Elsass-Lothringen nicht. (Zuruf: Wetterlé!) Wetterlé gehört dem Nationalbund und der Zentrumspartei an, und beide haben in ihrem Programm als erste Forderung die der Umwandlung Elsass-Lothringens in einen Bundesstaat innerhalb des Deutschen Reiches. Sympathien mit Frankreich sind natürlich in Elsass-Lothringen vorhanden; aber niemand bereitet die verbrecherische Politik, um den Preis der Rückkehr zu Frankreich, einen Krieg zwischen großen Nationen zu entfesseln. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe mich gewundert, daß in der ersten elfass-lothringischen Kammer der Staatssekretär von Dulaich von den Republikanern sprach, die eine Autonomie gefordert vom Reich erstreben. Wo sind diese? Alle Parteien, die für die Autonomie eintreten, — und das tun alle ohne Ausnahme — verlangen die volle Autonomie, d. h. die Umwandlung Elsass-Lothringens in einen vollberechtigten Bundesstaat des Deutschen Reiches, die Weiterführung der Aufgaben, die zum ersten Mal 1911 ernstlich in Angriff genommen worden sind. Wenn wir schließlich verlangt haben, daß diese künstliche Verfassung, die wir wollen und haben müssen, mit allen freizeithilichen Einrichtungen versehen wird, daß sie dynastisch nicht belastet wird, so entspricht das unserer politischen Grundanschauung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und außerdem gerade der nationalen Eigenart Elsass-Lothringens, die erfreulicherweise auch der Reichskanzler geachtet wissen will. (Zuruf.) Jawohl, wir verlangen eine republikanische Verfassung, Verantwortlichkeit der Minister, ein freizeithiliches Wahlrecht mit Proporz, aber dieser Bundesstaat wird natürlich Bestandteil des Deutschen Reiches sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die nationalen Ueberlieferungen legen uns bestimmte Verpflichtungen auf. Sie sind auf die großen Ereignisse der Revolution zurückzuführen, auf den Sturm der Bastille, die Erklärung der Menschenrechte. Wenn wir die Konsequenzen daraus ziehen, so weisen sie uns die Pflicht zu, auch innerhalb des Deutschen Reiches einzutreten für die Freiheit, und

die Bastille der feudalen Vorrechte zu stürmen.

(Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Förderung der Entwicklung, die dem Lande seinen Charakter erhält, die Förderung der Verköstigung im Lande sollte die Politik der Regierung sein. Wenn heute noch die kurzfristige Politik der Regierung die elfass-lothringische Frage hat am Leben erhalten können, so würde sie durch Anerkennung dieser Ziele endgültig und in aller Augen gelöst sein. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn der Reichskanzler sich gestern darüber beklagen konnte, daß die französische Presse sich mit der Vorlage befaßt habe, als ob sie eine Erscheinung der französischen Politik wäre — die Tatsache ist nun einmal vorhanden, daß detarielle Absichten über die Grenzen hinaus wirken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und eine weise Regierung sollte mit dieser notwendigen Folge rechnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist nicht zu bestreiten, daß sowie die Absicht der elfass-lothringischen Regierung bekannt wurde, die französische chaubinistische Presse sie ausgenutzt hat und daß die erste Veröffentlichung erfolgte unter der Ueberschrift „die Antwort auf Bern“. Also nicht der Nationalismus gefährdet den Frieden, sondern wenn man in diesem Zusammenhang davon reden kann, hat die elfass-lothringische Regierung dem Friedenswerk, das in Bern erfolgreich begonnen wurde, mit diesen Maßnahmen Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Die Berner Konferenz hat Elsass-Lothringen bekanntlich in den Mittelpunkt ihrer Bestrebungen gestellt. Elsass-Lothringen, das ein großartiges Instrument des Friedens sein könnte, wird heute durch die Schuld der Regierung mißbraucht als ein Vorwand zu feindseligem Mißtrauen und Mißverständnis. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär Wandel (mit lebhaftem Aha! links begrüßt): Die Interpellation war an den Reichskanzler gerichtet, der Vertreter der elfass-lothringischen Regierung hatte also an sich keinen Anlaß zu sprechen. Nachdem aber der Vorredner

mich so liebenswürdig gereizt hat und in der Debatte verschiedene tatsächliche Unrichtigkeiten vorgekommen sind, muß ich doch zur Klärung das Wort ergreifen. Daß in der Reichstagsdebatte ein Vorbehalt besonderer Art gegenüber Elsass-Lothringen gemacht wird, ist gar nichts so Ungeheuerliches, wie Herr Wandel meinte. Es ist z. B. auch im Einführungsgezet zur Gewerbeordnung geschehen. — Der Verein der Fremdenlegionäre ist gewiß feinerzeit mit den angeführten statutarischen Bestimmungen gegründet worden, aber im Laufe der Zeit haben sich die Leute beikommen lassen, ob bewußt oder unbewußt, für die Fremdenlegion zu wirken. (Hört! hört! rechts. Lebhaftes Zurufe links: Beweise!) Herr Wandel, Sie haben ja selbst im Landtag gesagt: Sie wollten nicht leugnen, daß die Leute mit ihrer Zugehörigkeit zur Fremdenlegion benannt haben. (Aha! Wandel: Jägerlatein!) Die blaue und rote Fahne hat allerdings dazu dienen sollen, die dummen Schwaben, wie man dort sagt, zu ärgern. (Lachen links.) Der Vorsitzende des Vereins hat das selbst anerkannt, indem er jetzt das blau in grün verwanbelt hat. (Große Heiterkeit.) Von Agence provocateur sind wir ganz frei. In dieser Beziehung habe ich ein gutes Gewissen. Die Mitglieder der Ligue Aironne mögen gewiß keine bösen Gedanken bei ihrer Mitgliedschaft zu diesem französischen Lustschiffverein gehabt haben, aber es mußte den Leuten doch zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie als Deutsche nicht in einen Verein gehören, der die Enthaltung der französischen Luftmacht gerade gegenüber den deutschen Rüstungen im Spiel hat. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Auch deutsche Offiziere gehören ihm an! Der Verein Souvenir francais hat im Anfang allerdings nur die Aufgabe, die Toten von 1870/71 zu ehren, aber in kurzer Zeit ist daraus ein politischer Verein geworden, der die Sympathien der Lebenden für Frankreich wachhalten und neue Sympathien erwecken wollte. Von dem Augenblick an war es unsere Pflicht, gegen den Verein einzuschreiten. Er hat sich dann aufgelöst von selbst, ohne daß wir etwas gegen ihn unternommen hätten. Wir haben aber schriftliche Dokumente, daß ein neuer Verein lediglich eine Fortsetzung dieses Souvenir francais ist. Und wenn dieser neue Verein vor einigen Tagen vom Schöffengericht in Rey von der Anklage, ein politischer Verein zu sein, freigesprochen worden ist — nun, meine Herren, die Regierung wird durch ein Schöffengerichtsurteil in dieser Beziehung nicht nervös. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man hat dann vom Reichskanzler, der elfass-lothringischen Regierung gesprochen. Im Laufe der letzten Jahrzehnte sind gewiß verschiedene Strömungen vorhanden gewesen; aber so lange der gegenwärtige Statthalter am Ruder ist, ist von einem Rückfall nicht die Rede, sondern das Bestreben ist letztendlich darauf gerichtet, das Land dem Deutschland zuzuführen, allerdings nicht mit einer gewalttätigen Germanisationspolitik, wohl aber durch eine unparteiische und gerechte Verwaltung. Das ist der einzig richtige Weg, um im Lande Ruhe und Frieden zu erhalten. (Zuruf d. d. Soz.: Und nicht Kusnabegehe?) Man hat eine Deklaration des Nationalismus vermißt. Der Nationalbund als solcher hat sich erst vor zwei Jahren zusammengesetzt. Sein Ziel ist es, alle Parteien zu durchdringen, so daß die Elsass-Lothringer eine komplizierte Masse gegenüber den Eingewanderten bilden. Bei den Wahlen ist er in der Hauptsache auf den Krüden anderer Parteien in den Landtag gekommen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten! Welche Partei?) Sie verstehen mich schon. (Heiterkeit. Zurufe bei den Sozialdemokraten: Nein! nein!) Wäre auch nur eine stark nationalisierende Winderheit vorhanden gewesen, so wäre das ganze Verfassungswerk wahrscheinlich vereitelt gewesen. Das Volk von Elsass-Lothringen hat sich aber selbst selbst besonnen. (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten: Na also!) Die Nationalisten sind zwar parlamentarisch überwandern, haben aber eine große Presse und massenhaft Vereine für sich. Sie hoffen auf die nächsten Wahlen und sind unterdessen ungemein rüdrig. Gewiß ist das Volk im großen und ganzen deutsch, der Bauer ist deutsch, der Handwerker ist deutsch, der Arbeiter ist deutsch. Aber nun kommt die Bourgeoisie, der passen die neuen Verhältnisse nicht. Diese Leute haben vor ihren Weibern und namentlich

Cousinen in Paris

mehr Respekt und mehr Angst als vor den Deutschen. (Stürmische Heiterkeit links.) Allerdings ist diese Schicht der Bourgeoisie verhältnismäßig dünn, aber schon geht das Bild dieser nationalisierenden Agitation über auf die Kreise der wohlhabenden Bauern, und wenn sie sich an die Jugend wendet, ist es höchste Zeit, daß wir eingreifen. Leichten Herzens haben wir das nicht getan. Wir haben den Sturm in den Kammern und im Reichstag vorhergesehen. Aber es war unsere Pflicht, rechtzeitig einzugreifen. Es handelt sich um die akademische Jugend und die Jugend der Angestellten in Handel und Industrie. Wir belämmeln nicht die französische Sprache an sich, aber den Bildungswinkel, der den Leuten weh macht, daß zu den vornehmen Schichten nur gehört, wer französisch spricht. Lehnen Sie die Vorlage ab, so haben wir das unfruchtbar getan. Der deutsche Reichstag trägt dann die Verantwortung. Wenn es aber nicht anders geht, werden wir in ein oder zwei Jahren wieder vor Sie treten müssen. Herr Gauh hat ein Wort des Fürsten Hohenzollern zitiert. Dieser war keine Kampfnatur. Fürst Bismarck hat damals mit dem Wahnsinn vor rechten Zeit eingegriffen. Für das sehr freizeithiliche deutsche Reichsvereins- und Vregezet ist Elsass-Lothringen bedauerlicherweise noch nicht reif. Also, lehnen Sie unsere Maßnahmen ab, so hat der Reichstag die Verantwortung. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Haas (Sp.): Alles was uns der Herr Unterstaatssekretär vorgegetragen hat, waren Kleinigkeiten, Vagarellen, derentwegen man doch keine Ausnahmestimmungen macht. (Sehr richtig! links.) Und hat denn überhaupt jemals in der Welt ein Ausnahmestimmungen etwas genützt? Man kann geistige Bestrebungen nie durch Polizei bekämpfen. Und ein Ausnahmestimmungen gegen einen deutschen Bundesstaat widerspricht nach dazu vordringend dem föderativen Charakter des Reiches. Nationalistisch gefinnt ist das elfass-lothringische Volk nicht, aber seine Eigenart will es bewahren, und das ist sein gutes Recht. Man darf nicht altpreußische Eigenart, die an sich auch berechtigt ist, nach Elsass-Lothringen verpflanzen wollen, so wenig wie nach Baden und Bayern. Die preußische Art zeigt sich ja nicht nur in der Regierung, in der Sozialdemokratie zeigt sie sich ebenso. Würde man einen „Vorwärts“-Redakteur in ein preußisches Landratsamt versetzen und einen preußischen Landrat in die „Vorwärts“-Redaktion, es würde sich gar nichts ändern, es würde derselbe schroffe Ton bleiben. (Große Heiterkeit), und wer nicht pariert, der fliegt. Wir Süddeutsche sind anders, wir sind gemäßigter. Die Elässer fühlen sich in ihrer Art als Deutsche, und sind auch wirtschaftlich eng mit Deutschland verbunden. Durch die elfassische Regierung ist jetzt wieder zum Teil das Gute verdorben worden, was in Bern geschaffen worden ist. Wir wünschen, daß es vorwärts geht auf dem Boden der Freiheit und des gleichen Rechts. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. Peitstedt (Soz.):

Es handelt sich hier bei der Besprechung der Vorlage um ein noch ungeborenes Kind, also gewissermaßen um ein Verbrechen gegen keimendes Leben. Herr Unterstaatssekretär Wandel hat die Jämmerlichkeit der Begründung der Vorlage durch seine Rede noch zu übertreffen gesucht, wenn das überhaupt möglich gewesen wäre. Er sagte, es existieren in Elsass-Lothringen noch andere Ausnahmestimmungen, er hat nicht das geringste Verständnis dafür, daß wir uns dagegen wenden. Für die Notwendigkeit der Anwendung des Vregezetes beruft er sich als Argumente auf den Landesausschuß, mit dem die Regierung selbst nicht auskommen konnte. Gegenüber meinem Freunde Wandel erklärt der Unterstaatssekretär Wandel den Verein der Fremdenlegionäre für außerordentlich gefährlich. Den Beweis dafür ist er schuldig geblieben. Aber wenn man Anklagen erhebt, muß man auch Beweise für die Schuld des Angeklagten beibringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Ausrede von der jetzt grün gewordenen Fahne mutet etwas Fündlich an — wenn sich die dummen Schwaben darüber ärgern, geschieht ihnen recht. Diese süddeutsche Regierung hat leider gar keinen Sinn für Humor. Ein laienliches Gericht erklärt den „Souvenir alsacien-lorrain“ für einen keineswegs politischen Verein — der Unterstaatssekretär erklärt ihn trotz dieser moralischen Dürftigkeit für politisch! Man hofft wohl, aus der hier angeklagten Verurteilung ein besseres Urteil herauszuholen!

Grundsätzlich ist die Auffassung, als wäre der Nationalismus immer schon dagewesen, bald härter, bald schwächer. Der Nationalismus ist zurückzuführen in seiner jetzigen Form darauf, daß Elsass-Lothringen bei der Verfassungsgebung zu wenig Freiheit erhielt, nicht das bekam, was es verlangte. Die Nationalisten sind Leute, die

politisch verkracht

waren und sich nun dieser Idee bemächtigt. Sie sind aber bei den Wahlen schwer unterlegen.

Ich kann es der Bourgeoisie nicht verdenken, wenn sie vor den Cousinen in Paris mehr Respekt hat, als vor unserer Regierung — das liegt aber an dieser. (Heiterkeit.)

Hört denn das Strafgezetbuch nicht reichlich genug Mittel gegen Vregeberggriffe und wird nicht ebenso oft wie die Deutschen durch elfassische Blätter das Elässervolk durch altdeutsche Blätter beleidigt. Hat nicht ein solches Blatt bei der Grabensbader Affäre alle Elässer Gesindel genannt, das auswandern soll? (Hört! hört!)

Herr Wandel fürchtet besonders die Beeinflussung der Jugend. Aber sie lernt kaum noch französisch und in vielen Berufen müssen Schweizer und Luxemburger angestellt werden, weil unsere jungen Leute überhaupt oft nicht mehr genügend französisch können. Die weitere Behauptung von einer allumfassenden Agitation der Nationalisten ist vollkommen falsch. Das hat sich bei den Landtagswahlen und seitdem immer deutlicher gezeigt. Die Argumente des Unterstaatssekretärs sind also durchaus nicht stichhaltig. Man beruft sich auf die Berechnungsblätter in Frankreich. Freizeithiliche Gesetze aus Frankreich führt man bei uns nicht an. Ueberdies ist das französische Gesetz ja nie angewendet und richtet sich gegen Ausländer und nicht gegen Staatsangehörige; dazu kommt, daß das französische Ministerium dem Parlament verantwortlich ist und ein Ministerium, das ein solches Ausnahmestimmungen mißbräuchlich anwenden wollte, würde von der Entrückung des Volkes weggeschwemmt werden wie eine Eierhülle von einer Meereswoge. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ueberlassen Sie die Nationalisten ruhig den Parteien in Elsass-Lothringen. Bei den Wahlen haben sie bewiesen, daß sie mit dem Nationalbund sehr gut fertig werden. — Die elfass-lothringische Verfassung ist hier sehr überhäuft worden. Gewiß, wir haben jetzt eine Vollvertretung und ein besseres Wahlrecht, aber der seit 40 Jahren verlangten Autonomie ist die elfass-lothringische Bevölkerung nicht näher gekommen. Die letzte Entscheidung fällt doch immer bei der Zentrale in Berlin. Wenn das elfass-lothringische Volk dem Deutschland zugeführt werden soll, müssen ganz andere Wege gegangen werden. Es müßten für die große Mehrheit des Volkes

erträgliche soziale Verhältnisse und größere politische Freiheit

geschaffen werden. Welche Not und welches Elend herrscht noch in den Vogelsteinen infolge der Zoll- und Steuerpolitik des Deutschen Reiches. Ueberall werden wir zugunsten anderer Bundesstaaten zu den Lasten des Reiches herangezogen. Zum Ausbau unseres Kanalnetzes hat das Reich keinen Pfennig gegeben. Wir sind wohl durch Kanäle mit Frankreich verbunden; diese haben aber keinen Anstoß nach Deutschland. Die elfass-lothringische Frage ist nicht ein Problem des Nationalismus, sondern ein Problem der Demokratie. Es fehlt Elsass-Lothringen eine republikanische Verfassung, die ihnen erlaubt, sich selbst freizeithilich zu regieren. Statt dessen verübt man jetzt die Verfassung von 1911 zurückzubekommen. Wir begrüßen die Zwischstufen, die es uns ermöglicht hat, diese Dinge hier zur Sprache zu bringen. Der betreffende Beamte hat sich erwiehen als Teil von jener Kraft, die stets das Böse will, und doch das Gute schafft. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Besprechung. Die Tagesordnung ist erschöpft.

Nächste Sitzung: Montag, den 9. Juni, nachmittags 3 Uhr. (Kleine Vorlagen, Wahlprüfungen, dritte Lesung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes.) Schluß 4 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Der konfiskierte Engels.

Der Wiener Staatsanwalt hat die wissenschaftliche Monatschrift unserer Partei, „Der Kampf“, wegen eines Artikels von Friedrich Engels konfiskiert, der vor 66 Jahren geschrieben ist. Der Artikel ist betitelt: „Der Anfang vom Ende Oesterreichs“ und untersucht den Zusammenhang zwischen den politischen Verhältnissen auf dem Balkan und der Ständfestigkeit der habsburgischen Monarchie. Diese empörende Konstellation, die um so aufreizender wirken muß, als der „Kampf“ bisher noch nie konfiskiert wurde, als in der letzten Zeit immerfort im Parlament die härtesten Klagen von allen Parteien über das fanlose Wüten der Zensur erhoben werden, ist rasch wieder repariert worden, indem Genosse Dr. Kerner den konfiskierten Artikel als Interpellation im Abgeordnetenhaus eingebracht hat.

Das Kopfbblatt für das Besegader Industriegebiet.

Vom Vorredner des Kreiswahlvereins des 18. hannoverschen Reichstagswahlkreises wird uns geschrieben: „Der Vorwärts“ brachte vor einigen Tagen einen kurzen Auszug aus dem Jahresbericht des sozialdemokratischen Vereins Bremen. Es wurde berichtet, daß zum 1. Oktober d. J. für das Besegader Industriegebiet, das jetzt 1546 Abonnenten zelle, die Besegader Industriegebiet der „Bremer Bürger-Zeitung“ geplant sei. Die für das Kopfbblatt in Betracht kommende Abonnentenzahl ist natürlich höher als angegeben, sie beträgt heute schon annähernd 2500 und dürfte mit der Herausgabe des Kopfbblattes auf circa 3000 Abonnenten gebracht werden. Das Kopfbblatt ist nicht allein für das Besegader Industriegebiet, sondern für den 18. hannoverschen Reichstagswahlkreis bestimmt. In den Kreisen Lumenthal und Osterholz, die als eigenliches Verbreitungsgebiet für das neue Kopfbblatt in Frage kommen, sind zurzeit 7000 Gewerkschaftsmitglieder und 2500 Parteimitglieder vorhanden. Die Zahl der Mitglieder der Partei und der Abonnenten des Parteiorgans kann also noch bedeutend vermehrt werden.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

	am 30. 5.	am 29. 5.		am 30. 5.	am 29. 5.
Wasserstand	cm	cm	Wasserstand	cm	cm
Braun, Lüth	213	+7	Saale, Braubach	110	+2
Braun, Ankerburg	-2	-10	Saale, Spanbau	88	+1
Braun, Hohn	190	+11	„ Rathenow	10	0
Braun, Rathen	145	+6	„ Spremberg	74	-2
Braun, Krosen	144	-14	„ Berotow	-	-
Braun, Krosen	148	-10	„ Breden	155	+4
Braun, Schirrm	84	-4	„ Wenden	134	-8
Braun, Sandberg	45	-3	„ Rahn, Maximiliansau	439	+9
Braun, Borsdorf	-16	+2	„ Rahn	211	-3
Braun, Borsdorf	-51	-1	„ Rahn	202	-6
Braun, Dresden	-166	-6	„ Rahn, Quedlinburg	68	+8
Braun, Borsdorf	81	-9	„ Rahn, Gamsu	145	+1
Braun, Magdeburg	81	-9	„ Rahn, Xriet	58	0

Wohlfeile Woche!

Montag

Blaue Kostüme... 9⁷⁵ 12⁵⁰ 15⁰⁰
19⁷⁵ 26⁰⁰ 27⁵⁰

Fantasie-Kostüme 8⁷⁵ 11⁵⁰ 14²⁵
16⁷⁵ 22⁵⁰ 25⁰⁰

Wasch-Kostüme 7⁵⁰ 10⁷⁵ 14⁰⁰
18⁰⁰ usw.

Mittwoch

Weisse Kleider... 9⁷⁵ 13⁷⁵ 18⁰⁰
21⁰⁰ 24⁵⁰ 27⁷⁵

Farbige Kleider 12⁵⁰ 14⁷⁵ 17⁵⁰
19⁷⁵ 22²⁵ 24⁰⁰

Musselin-Kleider 9⁷⁵ 13⁵⁰ 16⁷⁵
19⁵⁰ 22⁰⁰ 24⁵⁰

C & A
BRENNINKMEYER G.M.B.H.

Alle Preise gelten
nur für diese Woche!

Königstrasse 33
am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestrasse 113
Ecke Invalidenstrasse

Dienstag

Popeline - Paletots 8⁷⁵ 9⁷⁵ 12⁷⁵
16⁰⁰ 18⁰⁰ 21⁷⁵

Alpacca - Paletots 8⁵⁰ 11²⁵ 14⁰⁰
16⁰⁰ 19²⁵

Fantasie - Paletots 5⁷⁵ 8²⁵ 10⁷⁵
13⁵⁰ 17⁵⁰ 22⁰⁰

Donnerstag

Wasch-Röcke 2⁵⁰ 3⁷⁵ 4⁵⁰
5⁷⁵ 7⁰⁰ 8⁵⁰

Blaue Röcke 3²⁵ 4⁷⁵ 6⁰⁰
7⁰⁰ 9²⁵ 12⁰⁰

Fantasie-Röcke 2²⁵ 3⁵⁰ 5⁰⁰
6⁵⁰ 8⁰⁰ 9⁷⁵

Freitag

Weisse Blusen 95 Pf. 1⁵⁰ 2²⁵
3⁷⁵ 5²⁵ 8⁵⁰

Farbige Blusen 2²⁵ 3⁷⁵ 5²⁵
6⁷⁵ 8⁰⁰ 9⁷⁵

Musselin-Blusen 2²⁵ 3⁵⁰ 4⁷⁵
5⁵⁰ usw.

Sonntag

Ganz ausserordentliche Angebote
in sämtlichen Artikeln!

Kommen Sie frühzeitig, um davon
zu profitieren!

Sonntags geschlossen!

Andreas-Festsäle

Telephon: Königst. 3530. Andreasstr. 21.
empfiehlt den geehrten Vereinen und Gewerkschaften seine Säle zu
Versammlungen und Festlichkeiten. Auslände Bedingungen.
Einige Sonntage und Sonntage noch frei!

H. Borgmann & F. Scholz.

Spezialarzt

f. Haut-, Gyn., Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Beinfraktur jeder
Art, Gebärmutter-Kuren in
u. Co. ions.
Laborat.
Blut-
untersuchung, Fäden i. Harn usw.
gegenüber
Friedrichstr. 81, gegenüber
Cyr. 10-2, 5-8, Sonnt. 11-2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Gneisenaustraße 10,
S. Grau, billigste u. beste
Bezugsquelle für
Möbel jeder Art.
Kassa und Teilzahlung.

Biesdorf

Station der Stadtbahn

Route 20 Mk. an

Neu-Sadowa

Stat. Sadowa, n. d. Strasse n. Biesdorf

Route 15 Mk. an

Auskunft bei unserem Vertreter

Neugebauer, Biesdorf, Karl-

strasse, No. 39, Neu-Sadowa:

Restaurant „Waldfrieden“.

Nieschalke & Nitsche

Berlin NO 41, Neus Königstr. 15

Fernsprech. Amt Königst. 6876.

Haut- röte

sowie alle Arten von Hautunreinig-
keiten, Hautauschlägen wie Bläs-
chen, Witzel, Flechten, Finnen,
Wickeln, Pusteln usw. verschwinden
durch täglichen Gebrauch der echten

**Steckennferd-
Teerschwefel-Seife**

von Bergmann & Co., Radebeul,
Stück 50 Pf. Überall zu haben.

Reuters Werke

3 Bände 4 Mark

Buchhandlung Vorwärts

Heines Werke

3 Bände 4 Mark

Buchhandlung Vorwärts

Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit
35 Jahren bestehenden Möbelfabrik von A. Schulz, Reichenberger
Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit zehn-
jähriger Garantie. (5 Proz. Kassaskonto.) Ev. auf Ratenzahlung.

Diese Schutzmarke



und der Name

Continental

sind die beste Garantie für die lange
Lebensdauer von Auto- und Fahrradreifen

Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Co.,
Hannover.



„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E.G.m.b.H.)

gegründet von organisierten Schneidergehilfen

Berlin N.

Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager
fertiger

Anzüge

und
Sommer-Paletots,
Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen.

Kinder-Anzüge in allen Größen.

Lieferant der Konsum-Genossenschaft
Berlin und Umgegend.

Sonntag von 8-10 Uhr geöffnet.

102/1*

Tel. Amt Norden 1501.



A. Wertheim



Leipziger Str. 126-130 König-Str. am Bahnhof Rosenthaler Strasse Oranien-Strasse

G. m. b. H.

Versand-Abteilung:
Leipzigerstr. 132/137

In dieser Woche:

Grosser Verkauf von

Extra-Preise

Sommer-Konfektion

Blusen

- Bluse aus Crêpe-Voile mit farbiger Seidenschleife 3.75
- Bluse aus Voile, mit grossem Jabot und Stickereistoff garniert 4.90
- Bluse aus Voile, mit Jabot und Hohlbaum 5.75
- Bluse aus Crêpe-Voile, mit Jabot und farbigem Voile garniert 5.25
- Bluse aus Voile, m. grossem Kragen und bunter Stickerei garniert 7.75
- Bluse aus Voile, mit gross. Spitzen-Jabot und Kragen garniert 9.75
- Wiener Bluse mit eleg. Jabot und reich. Valenciennes-Garnitur 12.50
- Wiener Bluse aus Voile, m. eleg. Stick. u. echtem irischen Einsatz 14.50

Weisse Damen-Kleider

durchweg eigene Anfertigung.

- Stickereikleid**, reich mit Einsätzen und Säumchenstoff garniert 10.75
- Batistkleid**, reich mit Stickerei und Spitzen-Einsätzen garniert 10.75
- Wasch-Voilekleid**, mit breiten und schmalen Spitzen-Eins. u. Säumch. garniert 10.75
- Wasch-Voilekleid**, reich mit Tüll- u. Spitzen-Einsätzen garn. Seidenband-Gürtel 15.50
- Wasch-Voilekleid**, mit Tüll- und Spitzen-Einsätzen garniert 15.50
- Kleid** aus mod. Neugeuxstoff, imit. Säumchenstoff und Stickerei-Eins. garn.

10.75

15.50

- Wasch-Kreppkleid** reich mit Säumchen und Spitzen-Einsätzen garn.
- Kleid** aus mod. Neugeuxstoff, reich gestickt, mit Einsatz u. Säumchen garn.
- Wasch-Voilekleid**, reich mit Stickerei und Spitzen-Einsatz garniert

23 Mk.

- Wasch-Voilekleid**, reich gestickt, m. Säumch. Einsatz, u. aparter Passengarnitur 29 Mk.

29 Mk.

- Wasch-Kreppkleid** reich mit klöppelartigem Eins. eleg. Handstick. u. Seidenbandgürtel garniert
- Wasch-Kreppkleid** m. Säumch. u. Stick-Eins. garn., Seidenband-Gürtel

Damen-Hüte

garniert, für Strand und Garten

- Stickerei- oder Spitzen-Charlotte für Kinder 3.25
- für junge Mädchen 4.50
- für Damen 5.75
- Natur-Bowen mit Schal-Garnitur 3.25
- Gebleichte Bowen mit verschiedenen Garnituren 4.90
- Spartrie Panama-Form, für junge Mädchen 2.75
- Spartrie Panama-Form, für Damen 3.60
- Curacao gebleichte Panama-Form, mit Sammetband 7.75
- Garten-Hüte f. Damen, mit Mullrüsche, Blumen oder Band 3.25

Kostümröcke

- Kostümrock aus imit. Leinen, mit Stickerei oder mit Einsätzen oder Hohlstick 4.40
- Kostümrock, Halbleinen, mit Sattel u. Falten oder Stickerei oder imit. Leinen mit hoher Stickerei 7.00
- Kostümrock aus Frotté, Côtelé oder Halbleinen, modern garniert 10.50
- Kostümrock aus woll. Cheviot, glatt oder mit Falte 8.75
- Kostümrock aus woll. Cheviot, glatt oder mit Stickerei 12.00

Reise-Kostüme auch für starke Figuren, grau Diagonal oder grau gestreifter Kammgarn oder englischer Geschmack

Serie I 27.00 Serie II 34.00

Paletots imit. Leinen, verschiedene Fassons . . 8.75

Reise-Paletots auch für jugendliche Figuren, engl. Geschmack

Serie I 13.75 Serie II 18.75

Popeline-Mäntel verschiedene Fassons, hell oder dunkel 9.75

Morgenröcke

aus bedruckten, besonders günstig gekauften baumwollenen Voiles, elegante Muster. Durchweg eigene Anfertigung.

- Morgenrock Kragen und Aufschläge aus Plumet oder Voile und Einsatz 10.75
- Matinee Geishaform mit Einsatz und Bandrosette 4.90
- Matinee Kragen und Aufschläge aus Plumet mit Einsatz u. Bandrosette 5.90

Bilanz, aufgestellt am 31. Dezember 1912.

Aktiva		Passiva	
En. Bank-Ronto	9947,50	Ver. Geschäftsteil-Ronto	7487,40
Debit-Ronto	1,-	Reservefonds-Ronto	1021,95
Gez-Rentions-Ronto	100,-	Dividenden-Ronto	100,-
Debitoren-Ronto	350,-	Bankfonds-Ronto	1319,52
Rechnung-Ronto	300,-	Dividenden-Ronto	142,27
Staffel-Ronto	300,87	Gewinn-Ronto	789,23
	10859,37		10859,37

Wüthliherbestand am 1. Januar 1912: 181 Genossen, ausgezogen 12, neu aufgenommen 23; mithin 192 Genossen. Das Geschäftsguthaben der Genossen hat sich um 1650 R. erhöht, die Gesamtsumme ebenfalls um 1650 R. Letztere belief sich am 31. Dezember 1912 auf 11 550 R.

Strass, den 31. Dezember 1912. 10576
Bau- und Erwerbsgenossenschaft „Vorwärts“.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Karl Schreind. Max Schulbig. Paul Stügelmaier.

Moor- u. Stahlbad BUKOWINE

Reg.-Bez. Breslau, direkte Bahnverbindung Linie Ols-Ostrowa. Heilbewährt seit 1736 gegen Rheumatismus, Gicht, Blutarmer, Nerven- und Frauenleiden. — Natürliche, Moor- u. Stahlbäder, Elektrische- und Kohlensäurebäder, sowie alle anderen mediz. Zusatzbäder. — Wohlfeiler, angenehmer Badeaufenthalt. Neues modern eingerichtetes Logierhaus, 25 Zimmer, herrliche ausgedehnte Waldungen. — Badekarte: Medizinalrat Dr. Furch, Dr. Kummer und Dr. Oczegowski. — Prospekte bereitwillig durch die Graf.-Strachwitz'schen Badebüch. Nitta u. Woltzendorf

Rituelle Küche, Referenz Rab. Dr. Neuhaus, Ostrowa.

Genstr.: Zentrum 1806 Traht-Str.: Gärdenhand

Gärdenhaus Bernhard Schwartz
Gärden, Portieren, Teppiche
Berlin, Wallstr. 13 - Spindlershof

!Größt. Bezugsquelle! !Nied. Einzelverkauf!

Zum neuen Schultheiß
Seestr. 40, Ecke Genter Str.
Speisen zu jeder Tageszeit
Vereinszimmer zu vergeb.

Wasserbaustellen,
Berl. am Königl. Forst. Straße, Gas.
Rute 65 III. ab 190/11*
Geheimpfand am Damerhofsee.
Berodifikation Wilhelmshagen u. Erfner.

Sie brauchen keine Seife

Seifenpulver, Soda oder sonstige Waschnzusätze, wenn Sie mit Persil waschen, denn dessen selbsttätige Wirkung wird dadurch nur beeinträchtigt und sein Gebrauch unnütz verteuert. **Persil**

wäscht ganz von selbst

ohne Reiben und Bürsten, nur durch einmaliges etwa halbstündiges Kochen. Also denkbar einfachste Anwendung, bei grösster Zeitersparnis und Schonung des Gewebes. Da Persil gleichzeitig stark desinifizierende Wirkung besitzt, so eignet es sich besonders vorteilhaft für die Reinigung von

Kranken- u. Kinderwäsche

die dadurch vollkommen keimfrei gemacht wird.

Überall erhältlich, niemals lose, nur in Original-Paketen.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Alleinige Fabrikanten auch der allbeliebten



Persil

das selbsttätige Waschmittel.

Der grosse Erfolg!

Die schmutzigste Wäsche

wird durch Persil im Nu wieder vollkommen rein und schneeweiss, wie auf dem Rasen gebleicht. Aller Staub, Schmutz, Schweiß, Fett, ja selbst die hartnäckigsten Flecken verschwinden sofort, ohne dass das Gewebe im geringsten angegriffen wird. Deshalb besonders empfehlenswert für gewerbliche Berufswäsche, wie Metzger-, Bäcker-, Friseur- u. Anstreicherkleidung, Arbeiterkittel und Schürzen. — Auch für

Woll- und Buntwäsche

ist Persil das idealste Waschmittel. Beim Waschen in stark handwarmer Persillauge (ohne Kochen) bleibt die Wolle stets locker, griffig und wird nie filzig.

Überall erhältlich, niemals lose, nur in Original-Paketen.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Alleinige Fabrikanten auch der allbeliebten

Henkel's Bleich-Soda.

Henkel's Bleich-Soda.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

St. Louis- und San Francisco-Bahn.

Es gehört bekanntlich mit zu den Aufgaben des „nationalen“ Kapitals, ausländische Unternehmungen und Körperschaften finanziell zu unterstützen. Bringt die Beteiligung für den deutschen Kapitalisten reichlichen Profit, so gilt das als ein Erfolg der heimischen Volkswirtschaft, und je nach der Höhe der Dividenden und sonstigen Einkünfte steigt das Lob der Bankhäuser, die den deutschen Einfluss im Ausland mehren. Wehe aber den Banken, die ausländische Wertpapiere einführen, deren Kurse infolge irgendwelcher Gründe sinken! So verfielen in der vergangenen Woche der Mißbilligung der Finanzpresse die Berliner Handelsgesellschaft und die Deutsche Bank, die vor wenigen Jahren Bonds (Schuldverpflichtungen) der St. Louis- und San Francisco-Eisenbahngesellschaft in Deutschland einführen. Die Enttäuschung der Besitzer dieser Bonds ist allerdings nicht gering. Im vergangenen Jahre wurden fünfprozentige Bonds der Gesellschaft an der Berliner Börse zu 80 notiert. In der vergangenen Woche handelte man sie zu 58 1/2 Proz., während sie zu Anfang des Monats Mai noch auf 70 1/2 standen. Die vierprozentigen Bonds erlebten einen Sturz von 82 1/2 im Vorjahre auf 68 am vergangenen Mittwoch, gegen 73 1/2 am Anfang Mai.

Die Ursachen des starken Kursrückgangs der St. Louis-Bonds sind in Zahlungsschwierigkeiten der amerikanischen Gesellschaft zu suchen. Schon vor mehreren Jahren war die Gesellschaft in finanzielle Verlegenheiten geraten, so daß man fürchtete, sie würde die Zinszahlung für die angelegenen Schuldverpflichtungen einstellen. Durch rasche Ausdehnung, Aufnahme verschiedener anderer Linien und Erweiterung des Anleiheprogramms suchte sie der Klemme zu entgehen. Zu einer Gesundung kam es trotzdem nicht. In den letzten Jahren haben nur die Vorzugsaktien ersten Ranges Dividenden erhalten; die Vorzugsaktien zweiter Gattung haben in den letzten vier Jahren und die Stammaktien seit 1898 überhaupt nicht an der Dividendenzahlung teilgenommen. Am größten waren die Schwierigkeiten im Jahre 1907/08, der Zeit teurerer Geldpreise. Auch die gegenwärtige finanzielle Bedrängnis ist auf die durch allgemeine Geldknappheit verursachte Unmöglichkeit zurückzuführen, Kapitalien zu beschaffen. Da die Gesellschaft nicht am 1. Juni 2 1/2 Millionen Dollar kurzfristiger Noten einlösen kann, ist auf Antrag einer Hauptgläubigerin die Zwangsverwaltung über die Gesellschaft verhängt worden. Die relativ kleine Schuldsumme bildet dabei nur den äußeren Anlaß für den Konkurs. In den nächsten Monaten würde die Bahn vor neuen Schwierigkeiten stehen.

Die Maßnahme, die die Gesellschaft aus der früheren Unrentabilität befreien sollte, hat sie gerade von neuem verstrickt: die angelegten Linien weisen schlechte Ergebnisse auf. Im laufenden Betriebsjahr hat die Stammlinie noch einigermaßen günstig abgeschlossen. Einzelne Tochterunternehmungen dagegen, für die von der St. Louis Dividendengarantie übernommen worden sind, hatten große Ausfälle. Die Ueberflüsse müßten daher zur Dividendenzahlung für die Zweiggesellschaften verwendet werden. Als solche nennt man die Chicago Eastern and Illinoisbahn und deren Tochtergesellschaften New Orleans, Texas- und Mexikobahn. Für die Chicago Eastern and Illinoisbahn ist denn auch der Zwangsverwalter eingesetzt worden.

Die vielfache Zueinandererschachtelung von Bahngesellschaften zu schwer durchsichtigen Konzernen ist eine Eigentümlichkeit des nordamerikanischen Eisenbahnwesens, dem staatliche Bahnen fremd sind. Die vielfache Konkurrenz durch andere Privatlinien zwingt bei der ungeheuren Schädigung, die durch diese Konkurrenz hervorgerufen werden kann, zu immer neuen Fusionen, die nie zum Stillstand kommen. So entstehen ganze Eisenbahnsysteme, die durch die Kapitalien großer Finanzgesellschaften zusammengehalten werden. Die St. Louis- und San Francisco-Bahn gehört dem Road Island-System an. Das Haupt dieses Systems ist die Road Island-Gesellschaft mit 138 Millionen Dollar Kapital. Sie ist eine reine Finanzgesellschaft, die sämtliche Aktien einer zweiten reinen finanziellen Kontrollgesellschaft, der Chicago, Road Island and Pacific Railroad (145 Millionen Dollar Kapital) besitzt. Von der Chicago Railroad sind nun zwei große Bahnkonzerne abhängig, deren Stammgesellschaften die St. Louis und San Francisco und die Chicago, Road Island and Pacific Railroad darstellen. Von der St. Louis sind nun weitere 13 Eisenbahngesellschaften direkt oder indirekt abhängig, während der Chicago Railroad 14 Gesellschaften angegliedert sind. Seit 1896 hat sich dadurch das Eisenbahnnetz der St. Louis-Gesellschaft vervielfacht; es umfaßt heute etwa 6000 Kilometer. Finanziell hat diese reichliche Angliederung die Gesellschaft stark „bewässert“. Das Aktienkapital von 50 Millionen Dollar teilt sich in Vorzugs- und Stammaktien. Aber nur die Vorzugsaktien erster Ordnung in Höhe von 5 Millionen Dollar haben seit 1896 regelmäßig ihre Garantiedividende von 4 Proz. erhalten. Die übrigen 45 Millionen in den letzten Jahren völlig dividendenloser Aktien repräsentieren keinen großen Wert mehr. Zu diesen Passiven gesellt sich aber noch eine ungeheure Obligationenschuld von über 300 Millionen Dollar.

Von den Bonds werden an deutschen Börsen (Berlin und Frankfurt) 68,5 Millionen Dollar vierprozentiger Anleihe und 42,6 Millionen Dollar fünfprozentiger Anleihe gehandelt. Die fünfprozentigen Bonds wurden von der Deutschen Bank und Lazar Speyer-Effekten (Frankfurt) im Januar 1910 zu 90 Proz. und im Januar 1911 zu 88 Proz. ausgegeben. In diesem niedrigen Kurs, der einer realen Verzinsung von 6 1/2 Proz. entspricht, liegt nun schon ein gewisser Hinweis, daß der Besitz der Papiere mit großem Risiko verknüpft ist. Sichere, festverzinsliche Anlagen müssen sich mit geringeren Prozenten begnügen. Aber es entbehrt nicht einer gewissen Gemütsnaivität, wenn die Emissionshäuser (Deutsche Bank und Speyer) jetzt zur Entschuldigung für ihre frühere Anpreisung der Werte auf diese hohe Verzinsung hinweisen, in der ein Warnungssignal gelegen hätte. Bei der Ankündigung mußte doch aber gerade der hohe Zins als besonderes Rodmittel herhalten!

Als Rettungsaktion für die Besitzer von Bonds haben sich die New Yorker Emissionshäuser erbötet, die am 1. November fälligen Coupons zu bevorzugen, falls die Bonds bei ihnen deponiert werden. Auf Grund der ihnen zeitweilig überlassenen Bonds werden die Banken natürlich die Reorganisation so regeln, daß ihre Interessen in erster Linie bedacht werden. Wahrscheinlich werden sie in kurzem Prospekte herausgeben, die für Uebernahme neuer Bonds wiederum hohe Rentabilität versprechen.

„Freiheit“. Die öffentlich geführten Verhandlungen begannen am Sonntag, den 11. Mai, vormittags 10 Uhr. Genosse Hofmann hielt die Versammlung im Namen der Ortsmitgliedern herzlich willkommen. Der Bundesvorsitzende, Genosse Liehr, eröffnete im Namen des Bundes die Verhandlungen und beleuchtete in längerer Ausführungen das bisherige günstige Fortschreiten des Bundes, trotzdem oft schwierige Verhältnisse zu überwinden waren. Als Leiter der Verhandlungen wurden die Genossen Hermann Groß-Berlin und Ludwig Hofmann-Mannheim gewählt. Hierauf trat man in die Tagesordnung ein, die folgende Punkte aufwies: 1. Bericht des Vorstandes, 2. Kassenbericht, 3. Bericht der Besprechungskommission, 4. Presse, 5. Anträge, 6. Neuwahl. Zum ersten Punkt der Tagesordnung führte der Bundesvorsitzende Genosse Liehr aus, daß der Bund seit dem Jahre 1911 von 84 auf 87 Vereine angewachsen sei. In circa 80 Sitzungen seien die Angelegenheiten, welche vorliegen, erledigt worden. In den beiden vorhergehenden Geschäftsjahren seien 2000 Post-Ein- und Ausgänge zu verzeichnen, eine Arbeit, die von einer Person ehrenamtlich ausgeführt wurde. — Bei der Diskussion über den Geschäftsbericht wird dem Genossen Baumann in der Klagefache, welche der Bundesvorsitzende Karl Fischer und der Redakteur Martin Laube, Offenbach, vom Bunde „Solidarität“ gegen ihn angehängt haben, Rechtschutz gewährt. Desgleichen wird dem Genossen Adermann in seiner Klagefache gegen Freuh nachträglich Rechtschutz zugebilligt.

Am zweiten Verhandlungstage erstattete Genosse Liehr den Kassenbericht für die Zeit vom 22. Mai 1911 bis 30. April 1913. Danach betrug die Einnahme 19 778,90 M., die Ausgabe 13 896,73 M., so daß ein Bestand von 5832,17 M. verbleibt. Es sind unter anderem ausgezahlt worden an Sterbegeld 1534 M., Unfallunterstützung 2670 M., für Agitation 1752 M., für Rechtschutz 912 M. Der Verein hat beim Gewerkschaftshaus in Breslau ein Gutshaben von 1000 M.

Nach Entlastung des Gesamtvorstandes gab Genosse Kirchner den Bericht der Presse, den der Expedient des Organs, Genosse Siegmund, ergänzte.

Beim Punkt Statutenänderung wurde eine Verbesserung beschlossen, indem die Unfallunterstützung nach dem vierten Jahre der Mitgliedschaft auf 1,75 M. pro Arbeitstag oder 10,50 M. pro Woche festgesetzt wurde. Ferner wurde dem Bunde ein Syndikat u. s. bewilligt, welches gegen Vorgehung einer vom Bund ausgestellten Legitimation in allen Rechtsfragen unentgeltlich Auskunft erteilt.

Beim Punkt „Neuwahl“ wird der Genosse Liehr einstimmig wiedergewählt, möglichenfalls die Wahl des Redakteurs dem Bundesvorstand überlassen wurde.

Die Bannerweihe und das zehnjährige Stiftungsfest des A. N. V. „Freiheit“ in den Räumen des „Koloosseum“ vereinte die Genossen noch recht lange und gab so dem Bundesstage einen würdigen Abschluß.

Soziales.

Ein siebenjähriger Krieg um die Sonntagruhe.

In Halle (Saale) ist in diesen Tagen ein erbitterter und langer Kampf um die Erweiterung der Sonntagruhe im Handelsgewerbe mit einem geringen Erfolge zu Ende geführt worden.

Seit dem Jahre 1906 drängen die Handlungsgehilfen unter Führung des Zentralverbandes ständig auf eine Verbesserung der Sonntagruhe. Ihre Forderung wurde 1908 mit dem Hinweis abgelehnt, daß eine ordnungsmäßige Regelung überflüssig sei, da ja die reichsgesetzliche Regelung nahe bevorstehe. Als dann im Jahre 1908 der Zentralverband in den Monaten Mai, September und November in mehreren öffentlichen Versammlungen und durch Flugblätter, die mit Hilfe der sozialdemokratischen Organisation verbreitet wurden, die Sonntagruhe erneut propagierte und eine Eingabe an die Stadtverordnetenversammlung richtete, wurde auch diese von den liberalen Stadtvätern mit dem Hinweis auf die nahe bevorstehende reichsgesetzliche Regelung zurückgewiesen. Der Beschluß schloß sich auch auf ein Gutachten der unter liberaler Leitung stehenden Handelskammer. Die Kammer hatte eine Umfrage bei den Geschäftsleuten veranstaltet, bei der sich herausstellte, daß 60 Proz. der Geschäftsinhaber eine Erweiterung der Sonntagruhe wünschten. Trotzdem erklärte die Handelskammer, sie könne eine ordnungsmäßige Regelung der Sonntagruhe weder für Kontore, noch für Verkaufsstellen befürworten. Die jamahe Begründung enthielt unter anderem folgende treffsinnige Bemerkung: „Die Arbeiter würden bei aufgehobener oder gestützter Arbeitszeit dazu gedrängt werden, an den Sonnentagen einen früheren Schluß der Arbeit zu fordern, um ihre Einkünfte besorgen zu können. Das jedoch noch zu gewahren, sei für unsere Industrie weder wohlhabend noch im Wettbewerb überlegen genug.“

Jahr für Jahr wiederholten die Handlungsgehilfen ihre Petitionen und Jahr für Jahr erfolgte stets die Ablehnung mit der Bemerkung: die reichsgesetzliche Regelung stünde nahe bevor. Auch nationale Vereine wurden mit einer gleichen Antwort abgewiesen. Endlich im Herbst 1911 wurde eine gemeinsame Eingabe des Transportarbeiterverbandes, des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, des Gewerkschaftsartikels und eine Eingabe des Halleischen Bürgervereins auf Erweiterung der Sonntagruhe dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. Ein Gutachten der Kaufmannsgerichtsbekämmer, die sich mit großer Mehrheit für völlige Sonntagruhe aussprachen, zwang jetzt auch den Magistrat wenigstens einen Schritt vorwärts zu tun. Nach einem Jahr, also nach fünfjährigem Drängen, hatte er endlich eine Vorlage fertig, die im allgemeinen eine Verkürzung der Arbeitszeit von 5 auf 3 Stunden vorsah. Gegen diese Vorlage ließen nun wieder die schrammamerische Handelskammer und 20 „erle Firmen“ Sturm. Der Führer der Fortschrittler in Halle, der sogenannte Telegramm-Herzfeld, brachte es fertig, daß unter seiner Leitung die liberale Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung in einer förmlichen Sitzung die Vertagung der Angelegenheit bis zur „nahe bevorstehenden“ reichsgesetzlichen Regelung beschloß. Da die erste Abtötung nicht sofort dies Resultat ergab, wurde sie angefochten. Durch plötzliches Erscheinen einiger Rechtsanwälte, darunter der nationalliberale Landtagsabgeordnete Dr. Reil, wurde dann bei der zweiten Abstimmung eine Mehrheit für den reaktionären Beschluß zustande gebracht.

Die nach diesen aufreizenden Vorwärtsschritten einsetzende heftige Erregung in der Geschäftswelt nutzte der Zentralverband der Handlungsgehilfen, unterstützt von der Partei und dem Gewerkschaftsartikels, geschickt dazu aus, um noch und noch mit etwa 500 Halleischen Firmen eine Vereinbarung über die freiwillige Verkürzung der Sonntagarbeitszeit auf zwei Stunden durchzuführen. Die Agitation für diese jetzt noch bestehende Abmachung und die von den Gewerkschaften durchgeführte Kontrolle brachten den „ersten Firmen“ und ihren liberalen Vorführern die Ueberzeugung bei, daß es keinen Ausweg mehr gab. Nun beantragte nach einer erneuten Petition des Zentralverbandes im Januar d. J. Telegramm-Herzfeld und der liberale Reichstagskandidat für Halle, Pfautsch, die erneute Vorlage eines Ortstatuts. Bis zum April dauerte es dann noch, bis der Magistrat seine fertig daliegende Vorlage wieder einbrachte. Ein Versuch, die Sache wieder bis zur „reichsgesetzlichen Regelung“ zu vertagen, gelang diesmal nicht. Das Statut, das eine zweiwöchentliche Beschäftigungszeit an den Sonntagen vorsieht, fand jetzt endlich nach 7 Jahren jährender Kämpfe eine Mehrheit. Es enthält gegenüber der vom Zentralverband der Handlungsgehilfen mit Hilfe der Organisationen durchgeführten „freiwilligen“ Abmachung mit den 500 Geschäftsinhabern keine wesentliche Verbesserung. Was in der Tat durch die gewerkschaftliche Macht bereits durchgeführt war, wurde imt nur kleinen Änderungen in Gesetzesform geleiht. Aber der siebenjährige

Krieg der Fortschrittler gegen den Fortschritt war damit keineswegs zu Ende. Einige von ihnen wurden bei dem Bezirksauschuß in Merseburg vorstellt, damit dieser die Genehmigung verleihe.

In der Stadterordnetenversammlung dieser Woche ließ nochmals der Telegramm-Herzfeld Sturm für Verschlechterung des Ortstatuts. Ihm sekundierte Sanitätsrat Dr. Bergau, Generalsekretär des deutschen Ärztevereins. Er meinte, für die Handelsangehellen sei der Sonntagnachmittag zur Erholung ausreichend. Die rückschrittlichen Fortschrittler fanden diesmal keine Mehrheit. Sie wollen darum nochmals versuchen, auf den Bezirksauschuß in Merseburg einzuwirken. Man darf hoffen, daß die junckerlich-agrarische Merseburger Regierung sich von den sonderbaren Forderungen der Fortschrittler nicht zu einer sozialen Vergewaltigung an der Gesundheit der Handelsangehellen nötigen läßt. Freilich ist, daß die mit großer Energie durchgeführte „freiwillige“ Regelung der Sonntagruhe dem Zentralverband in den Kreisen der Handlungsgehilfen einen wesentlichen Mitgliederzuwachs gebracht hat. Auch für die politische Aufklärung der Handlungsgehilfen konnte der siebenjährige Krieg in großen und gut besuchten Versammlungen der Angestellten gebührend ausgenutzt werden.

Unfall auf dem Heimwege von der Arbeit.

Gewerbliche Arbeiter erhalten in der Regel keine Unfallrente, wenn sie auf dem Wege von und zu der Arbeitsstelle einen Unfall erleiden. Anders kann dies bei der Landwirtschaft sein, wie uns nachstehender Fall beweist:

Die Frau eines Fabrikarbeiters zu Bad Orb kam abends vom Felde heim und trug eine Hode auf der Schulter. Mit der freien Hand half sie einen Kinderwagen brüden, in welchem sich Futter für ihre Ziegen befand. Auf dem grünen Alee hatte ihr Kind Platz genommen. Da kam ein scheinbar gemordene Kuh des Weges gelaufen und fiel die Frau beim Ausweichen in einen tiefen Graben. Die Ärzte stellten eine schwere Gehirnerschütterung fest und verlangte dann später die Verletzte Rente von der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft. Da kam sie aber schon an. Es wurde ihr zum Bescheid, daß ja gar kein landwirtschaftlicher Betriebsunfall vorliege, denn sie sei auf dem Heimwege vom Felde gefallen und habe sich daher „nicht mehr im Sinne des versicherten Betriebes befunden“. Hiergegen erhob die Verletzte Berufung und führte aus, daß doch ein Betriebsunfall vorliege, da sie eine Hode auf der Schulter getragen habe, also ein landwirtschaftliches Gerät und einen Wagen mit Viehfutter transportieren helfe. Es wurden Augenzeugen vernommen, welche unter Eid ausfanden, daß die verletzte Frau sich wohl auf dem Heimwege vom Felde befunden habe, sie habe aber eine schwere Hode getragen, welche zum Kartoffelboden benutzt wurde und einen von ihrer Schwester gezogenen Wagen schieben helfe, der mit Gras zum Futtern der Ziegen beladen gewesen sei und auf dem ihr Kind gesessen habe. Die Zeugen schilderten auch den Vorfall genau so, wie die Verletzte zu Protokoll gegeben hatte. Der behandelnde Arzt sagte aus, daß eine Erwerbsbeschränkung von 15 Proz. vorhanden sei, da neben verschiedener Narben eine Schmerzhaftigkeit bei sehr gelindem Druck auf den linken oberen Augenhöhlenrand bestesse und das Sehvermögen herabgesetzt, zumal eine Gehirnerschütterung festgestellt worden sei. Wohl seien die Beschwerden durch eine vorausgegangene Schwangerschaft vermehrt worden, hätten aber ihre Ursache im Unfall gehabt.

Das Schiedsgericht verurteilte hierauf die Berufsgenossenschaft trotz allen Sträubens zur Zahlung einer Rente von 15 Proz. Diese beträgt aber bei den elenden Lohnverhältnissen nur 36 M. pro Jahr. Denn im Kreise Gehnhäusen beträgt der arbeitsfähige Tagelohn-Jahresverdienst landwirtschaftlicher Arbeiter, monach ja bekanntlich die Unfallrenten der Kleinbauern und deren Angehörigen festgesetzt werden, nur 360 M. für erwachsene weibliche Personen. Verlangen.

Im Urteile wird ausgeführt, daß nach der Beweisaufnahme ein Betriebsunfall vorliege und die Verletzte zur Zeit des Unfalls noch im landwirtschaftlichen Betriebe tätig war. Denn sie war beschäftigt mit dem Transport eines landwirtschaftlichen Gerätes, der zum Kartoffelboden benutzten Hode und mit dem Heimfahren von Gras, des nach der Heimkehr alsbald als Viehfutter demondet werden sollte.

Sum Angestelltenleben.

Folgende Anzeige in der „Dorfzeitung“ Hildburghausen illustriert die soziale Lage der Privatgestellten, des „neuen Mittelstandes“, wie er so gern von bürgerlicher Seite genannt wird:

Kaufmann, 73 Jahre alt.

25 Jahre bei der Firma Richter u. Co., Rudolstadt, als Hauptkassierer, Bureau- und Kassabteilungs-vorstand, auch Uebersee tätig gewesen (Einrichtung der Filiale New York), mit Primo-Bezugnissen, infolge Betriebsbeschränkung ohne Pension entlassen, sucht neue Stellung. Sprechend ist der französischen und englischen Sprache in Wort und Schrift, auch literarisch durchaus mächtig, auch mit den romanischen Sprachen und den Exportverhältnissen vertraut. Geff. Offerten an L. R. Drugulin, Rudolstadt i. Th., erbeten.

Also hinausgeworfen und dem Elend preisgegeben, nachdem der Angestellte 25 Jahre seine ganze Kraft in den Dienst eines Unternehmens gestellt und dort eine führende Stellung eingenommen hatte. Nicht als ob das für uns besonders verwunderlich wäre. Aber gerade für jene Angestellten, die immer glauben, daß sie infolge ihrer gehobenen Stellung die gewerkschaftliche Organisation nicht nötig hätten, mag dieses Inserat eine Mahnung sein. Hier zeigt sich die Interessengemeinschaft von Unternehmern und Angestellten einmal in schönstem Lichte. Und diese Fälle stehen keineswegs vereinzelt da, wenn man die Angestellten nicht direkt brotlos machen will, um wenigstens den guten Ruf nach außen zu wahren — die Steinbaukastenfabrik Richter u. Co. scheint aber hierauf keinen Wert zu legen —, dann greift man zu dem bekannten Mittel der Gehaltsreduktion. Mit Gehältern von 75—100 M. müssen dann ergraute Familienväter, wohlgekleidet in sauberer Kleidung und mit sauberem Stieftragen die Standeshochre aufrechterhalten, um zu Hause mit der Familie zu hungern.

Aber auch hier wird es nicht eher besser werden, bis die Angestellten sich zu dem ausgerafft haben, wozu sich die denkenden Arbeiter schon seit Jahrzehnten bekennen, zu einer machtvollen gewerkschaftlichen Organisation.

Diagnose der Epilepsie.

Ausländische Forscher haben die Beobachtung gemacht, daß bei Krampfanfällen der Epilepsie (der Fallst.) eine starke Vermehrung der weißen Blutkörperchen, eine, wie die wissenschaftliche Bezeichnung dafür lautet, Leukozytose auftritt. Der Stuttgarter Oberarzt Dr. R. Jöbide hat diese Beobachtung nachgeprüft und hält sie für durchaus zutreffend. In der „Münchener medizinischen Wochenschrift“ ist über diese Entdeckung berichtet. Ein Teil der bürgerlichen Presse zieht aus ihr eine etwas vorläufige praktische Anwendung hinsichtlich der Rentnersicherung durch Simulation. Die Entdeckung, meint sie, beansprucht ein weit über die Fachkreise hinausgehendes Interesse, da sie nicht nur die Diagnose erleichtere, sondern auch für Unfallgutachten und gerichtlich-medizinische Fälle von Bedeutung sei. Zur Erlangung einer kleinen Unfallrente, zur Befreiung vom Militärdienst und zur Erreichung mildernder Umstände (§ 51 St.G.B.) werden epileptische Krämpfe oft mit Virtuosität simuliert, eine Leukozytose läßt sich jedoch nicht simulieren. Mit Hilfe der Blutuntersuchung dürfte die Entlarvung von Simulanten viel leichter sein als früher.

Fünfter Bundestag des Arbeiter-Radsfahrbundes „Freiheit“.

An den beiden Pfingstfeiertagen tagte im Gewerkschaftshaus Mannheim der fünfte Bundestag des Arbeiter-Radsfahrbundes

Selbstverständlich läßt sich gegen eine Entlohnung wirklicher Simulanten nichts einwenden. Ein Simulant schädigt unendlich viel nicht Simulierende, die unter dem durch wirklich Simulierende hervorgerufenen Verdacht der Simulation leiden müssen. Aber der Schluß ist zum mindesten übereilt, daß in allen Fällen, in denen echte Epilepsie nicht vorliegt, Simulation vorliegt. Es wird genaue ärztliche Untersuchung erst festzustellen haben, ob krampffähige Fälle, die nicht als epileptische anzusprechen sind, nicht auch auf Krankheit beruhen und nur zu unrecht bislang als epileptische Fälle angeprochen sind. Es ist jedem Arzt bekannt, daß lange Zeit hindurch sehr verschiedenartige Krankheiten als dieselbe Krankheit angeprochen sind, bis wissenschaftliche Forschung feststellte, daß es sich um Gruppen verschiedenartiger Krankheiten handelte. Das neue diagnostische Mittel wird vorab oft dazu dienen können, dem unberechtigten Verdacht einer Simulation zu entkräften. Es berechtigt aber keineswegs zu dem Schluß, daß es Krämpfe nicht epileptischer Art nicht gebe.

Aus Industrie und Handel.

225 Millionen neuer Anleihen.

Das Reich und Preußen, die erst im Februar d. J. insgesamt 550 Millionen Anleihen aufgenommen, haben bereits wieder Geldbedarf. Ein offizielles Communiqué meldet:

Berlin, 31. Mai. Unter Führung der Reichsbank und der königlichen Seehandlung (Preussische Staatsbank) gebildete Konfession übernahm heute von den Finanzverwaltungen 50 Millionen Reichsmark deutsche Reichsanleihe und 175 Millionen Reichsmark preussische konsolidierte Staatsanleihe, beide vierprozentig und bis 1935 unfällig. Beide Anleihen dienen lediglich werbenden Zwecken, insbesondere den Ausgaben für Eisenbahnbauten usw. und decken den Anleihebedarf des laufenden Jahres. Die öffentliche Zeichnung findet am 12. Juni zum Kurse von 97,90 statt. Für Stücke, die unter Sperrung bis 15. April 1914 in das Reichs- oder Staatsschuldbuch eingetragen werden, beträgt der Zeichnungspreis 20 Pf. weniger.

Während im Februar der größte Teil der Anleihe in Schatzscheinen ausgegeben wurde, hat man diesmal auf diesen Weg verzichtet, da die Schatzscheinausgabe einen Mißerfolg erlitt. Jetzt will man nur langfristige Anleihen ausgeben. Die Bedingungen für die Kapitalisten sind entsprechend der andauernd angespannten Lage des Geldmarktes noch günstiger als im Februar. Damals mußten die Anleihepapiere zum Kurse von 98,80 Prozent erhandelt werden. Jetzt will sich das Reich gar mit 97,90 für 100 begnügen. Auch der Rückzahlungstermin ist von 1925 (bei der Anleihe im Februar) auf 1935 verlängert worden. Bis dahin ist eine Verringerung des Zinsfußes unmöglich. Den Banken wird die Anleihe zu 97 Prozent abgekauft, so daß sie an den 225 Millionen 2,05 Millionen Mark Zwischenzinsen einstreichen. Letztendlich sollen die Banken noch weitere 75 Millionen als Sachwechsel, die nicht in den Verkehr der öffentlichen Zeichnung gelangen, vorgestreckt haben.

Deutsch-französische Handelsbeziehungen.

In der französischen Zeitschrift „Der französisch-deutsche Handel“ veröffentlicht Ajam einen interessanten Artikel über „Das Problem des wirtschaftlichen Rationalismus“, in welchem er etwa folgendes ausführt:

Ausgangspunkt jeder Diskussion müßten die beiden Tatsachen bilden: 1. daß, solange nicht Kriegszustand herrscht, Deutschland in Frankreich (und umgekehrt) den Anspruch habe, auf gleichem Fuß wie die anderen Nationen behandelt zu werden, und 2. die beiden Länder wirtschaftlich so eng miteinander verknüpft seien, daß an eine Beseitigung dieser Beziehungen nicht gedacht werden könne. Die in Frankreich immer wieder auftretende Behauptung, Bismarck habe ihnen 1871 die Weisbegünstigungsklausel als Sieger oktroyiert, um dem militärischen Gedank ein kaufmännisches hinzuzufügen, sei eine Legende. Gerade der französische Wohlstandige Prouver-Duquert, ein Schutzpflanzler von reinem Wasser, habe die Annahme dieser Klausel in den Friedensvertrag vorgeschlagen. Im übrigen könne Frankreich mit der Entwicklung des deutsch-französischen Handels ganz zufrieden sein. Ob dabei der deutsche oder der französische Export etwas überwiege, sei wirklich nicht von ausschlaggebender Bedeutung gegenüber der Tatsache, daß beiderseits der Absatz nach dem anderen Lande einen außerordentlichen Aufschwung genommen habe. (Er hat sich binnen 10 Jahren gut verdoppelt.) Dabei sei nicht zu unterschätzen, daß Frankreichs Exportartikel unterhältnismäßig lukrativer für den Exporteur seien, als die des deutschen. Letztere seien größtenteils Rohstoffe, wie Kohlen, Maschinen, chemische Produkte, während Frankreich vornehmlich hochwertige Fertigfabrikate nach Deutschland schicke, wie Rauchwaren, Konfektion, Automobile, Möbel, wissenschaftliche Apparate, Parfümerien, feine Papierwaren und sonstige Gegenstände des Luxus und feineren Lebensgenusses, an denen enorm verdient werde. Charakteristisch sei z. B., daß im letzten Jahre für über 100 Millionen Frank Waren als Postpakete nach Deutschland gegangen seien.

Wohl habe man in Frankreich das Recht, eine übermäßige Heberförmigkeit mit ausländischen Waren abzuwehren. Aber diese Abwehr dürfe nicht das Maß überschreiten, mit dem etwa auch eine Provinzstadt ihre Handel- und Gewerbebetriebe gegen den gefährlichen Wettbewerb großstädtischer Versandgeschäfte schütze, und müsse sich im wesentlichen darauf beschränken, Unlauterkeiten (wie z. B. die Nachahmung von Marken) zu bekämpfen. Ebenso sei natürlich jeder Staat berechtigt, sich gegen Spionagegefahr zu wehren; es sei aber absurd, in jedem Deutschen, der sich in Frankreich niederlasse, einen Spion zu wittern. Auch dürfe man nicht vergessen, daß die deutschen Kaufleute in Paris nicht nur den Absatz deutscher Waren nach Frankreich, sondern zum großen Teile gleichzeitig auch den Export französischer Waren nach Deutschland vermittelten. Anzustreben seien nicht Boykotts oder legislative Maßnahmen gegen die deutsche Einfuhr, was höchstens zu Repressalien führen werde, sondern eine deutsch-französische Handelskonvention, deren Aufgabe u. a. auch sein würde, Zollpolitischen Maximen entgegenzuwirken, welche die zwischen beiden Ländern bestehende Weisbegünstigung zu durchlöchern drohten.

Ein Petroleumkampf.

Das Reichsgericht hat, wie wir melden, den Rechtsstreit zwischen der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft und der Deutschen Petroleum-Verkaufsgesellschaft m. b. H. zugunsten der Deutschen Petroleum-Verkaufsgesellschaft entschieden. — Die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft, die ihren Sitz in Hamburg hat, aber zu dem Konzern der bekannten Standard Oil Co. gehört, begann im Jahre 1905 nach Ablauf von dem mit zwei deutschen Gesellschaften abgeschlossenen und für diese wenig günstigen Verträgen einen harten Konkurrenzkampf gegen die deutschen Gesellschaften. Die deutschen Gesellschaften haben sich dann mit der Deutschen Petroleum-Verkaufsgesellschaft unter Führung der Deutschen Bank vereinigt, um dem Konkurrenzkampf besser gewachsen zu sein. Die neue Gesellschaft verfügte über ein Kapital von 11 900 000 M. Die amerikanische Gründung fing jetzt mit Preisunterbietungen an, um die deutsche Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Diese Unterbietungen konnte sie gut aushalten, weil sie an den Orten, wo sie keine Konkurrenz zu fürchten hatte, die alten Preise beibehielt. Durch die außerordentlichen Preisherabsetzungen sah die belagerte Petroleum-Verkaufsgesellschaft ein, daß sie der amerikanischen Konkurrenz nicht gewachsen war. Da sie in den ersten fünf Monaten schon zwei Millionen ihres Kapitals verloren hatte, sah sie sich gezwungen, mit der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft einen Interessengemeinschaftsvertrag einzugehen. Dieser Vertrag, dessen Original in englischer Sprache abgefaßt wurde, hatte eine Reihe für die Deutsche Petroleum-Verkaufsgesellschaft ungünstiger Klauseln, die der Deutsch-Amerikanischen Gesellschaft nach deren Überzeugung das Recht

geben sollten, die Deutsche Verkaufsgesellschaft mit der Zeit ganz aus dem Geschäft herauszudrängen und somit ein amerikanisches Monopol zu schaffen. Die Deutsche Petroleum-Verkaufsgesellschaft erklärte deshalb, an den Vertrag nicht mehr gebunden zu sein, weil er wegen Verstoßes gegen die Gesehe und die guten Sitten nichtig sei. Sie verkaufte ihr Petroleum alldann ganz nach ihrem Belieben. Daraufhin hat die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft die Erfüllungsklage erhoben, die jetzt das Reichsgericht beschäftigt hat.

Das Landgericht Hamburg hatte den Vertrag für nichtig erklärt, dagegen hatte das Oberlandesgericht Hamburg das Vertragsverhältnis im ganzen anerkannt und nur einzelne Bestimmungen aufgehoben, die für die Beklagte sehr erschwerend waren. — Das Reichsgericht hat jetzt den ganzen Vertrag als ungültig erklärt. Die Entscheidungsgründe im einzelnen sind noch nicht bekannt.

Gerichts-Zeitung.

Audienz Streifenber.

Dem Bericht in Nr. 132 über die Verhandlung vor dem Kammergericht ist unserm Berichterstatter ein Zahlenirrtum unterlaufen. Der Streik auf den Westmünder Fischereidampfern fand Ende 1912 (nicht 1911), die unberechtigte Ausweisung der Maschinen anfangs Januar 1913 (nicht 1912) statt.

Eine haltlose Anklage.

Am 2. März fand in Bergluch eine öffentliche Jugendversammlung statt, mit dem Thema:

„Zweck und Ziele der freien Jugendbewegung.“

Als Veranstalter dieser Versammlung wurde der Genosse Gabel aus Lichtenberg angesehen, welcher in der Versammlung das Referat gehalten hatte. Er erhielt von dem Amtsgericht Kallberge einen Strafbefehl über 10 M. Gegen diesen erhob er Einspruch. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht Kallberge, die dieser Tage stattfand, bekundete der Wachmeister Trajand, der Vortrag sei im allgemeinen unpolitisch gewesen, doch habe der Redner wiederholt einige Wendungen gebraucht, die an das Politische grenzten. Trotzdem beantragte der Vertreter der Anwaltschaft die Beurteilung Gabels zu 10 M. Geldstrafe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, forderte die Freisprechung. Nach dem Vereinsgesetz brauche nur eine solche Versammlung der Polizeibehörde angezeigt zu werden, welche zum Zwecke der politischen Erörterung veranstaltet sei; heiläufige Abweisungen eines Redners auf politisches Gebiet machen eine zu einem anderen Zweck veranstaltete Versammlung noch nicht zu einer politischen.

Das Gericht erliefte auf Freisprechung, indem es sich den Ausführungen des Verteidigers anschloß.

Weinfälschungen.

Weinpauschereien großen Umfangs hat der Weinhändler Sals Schweiner verübt, der sich gestern unter der Anklage des Vergehens gegen das Weingesetz und wegen Nahrungsmittelverfälschung vor der 3. Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten hatte.

Die Verhandlung ergab recht erbauliche Dinge, wie die sogenannten Weine, die angeblich bei Kranken und Narkosepatienten vordringliche Erfolge herbeiführen, hergestellt werden. Diese Geheimnisse einer „Weinfabrik“ wurden durch eine unermutete Revision durch den Weinfontrollleur Clouth aufgedeckt. Wie die Beweisaufnahme ergab, hatte der Angeklagte aus billigem Tarragonawein und Feibelberjast einen Wismarsch hergestellt, der bald als „roter Deftwein“, bald als „Rotwein, zur Kräftigung von Kranken und Narkosepatienten“ von ihm in den Verkehr gebracht wurde. Ferner hatte der Angeklagte aus Tarragonawein, Wasser, Spirit und Weinsäure ein Getränk hergestellt, welches als „Tarragona“, „blutroter Medizinalwein“ usw. verkauft wurde. In ähnlicher Weise wurden andere Weine durch den Zusatz von Wasser, Spirit und anderen Ingredienzien „veredelt“. Als sogen. Maitrant brachte der Angeklagte ein Gemisch aus Wein, Apfelwein und großen Quantitäten Fuderwasser in den Handel.

Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf den großen Umfang der Weinfälschungen eine Gefängnisstrafe von drei Monaten und 300 M. Geldstrafe. Das Urteil lautete auf 700 M. Geldstrafe, Einziehung und Vernichtung des beschlagnahmten Weins und Publikation des Urteils in mehreren Berliner Zeitungen.

Aus aller Welt.

Verhaftung einer internationalen Vanräuberbande.

Am Sonnabendmorgen bemerkte ein im Kassenraum der Hamburger Vereinsbank postierter Kriminalbeamter wie drei Männer, die sich scheinbar in Geschäften in der Bank auskleiden, einen älteren Herrn, der am Kassenschalter Geld in Empfang nehmen wollte, scharf beobachteten. Der Beamte behielt die Gruppe im Auge und sah, wie der alte Herr, nachdem er 30 000 M. in Empfang genommen hatte, sich im Vorraum auf eine Bank setzte, um seine Papiere zu ordnen. Sofort setzte sich einer der drei Verdächtigen neben ihn, während seine beiden Genossen sich so aufstellten, daß sie ihn gegen Beobachtungen deckten. Unauffällig ging der Beamte an ihnen vorbei, wandte sich plötzlich um, und sah nun, wie der neben dem alten Herrn sitzende Herr, dem Aussehen nach ein Russe, in dessen Tasche griff, um das hineingesteckte Geld herauszunehmen. Der Beamte nahm sofort den Dieb und einen Genossen fest. Der dritte konnte die Flucht ergreifen, wurde jedoch auf der Straße von Passanten aufgegriffen und dem Beamten übergeben. Die drei Diebe gehören einer internationalen Diebesbande an, die seit längerer Zeit ihr schändliches Handwerk ausübt haben. Der Russe heißt Rudejko, die beiden anderen sind Engländer mit Namen Reyon und John Donogue. Alle drei Verhafteten haben erst kürzlich eine längere Gefängnisstrafe wegen ähnlicher Vergehen verbüßt.

Eine zahlungsunfähige Stadt.

Ein für das zaristische Kulturrecht charakteristisches Nachspiel hatten die letzten Dumawahlen für die russische Stadt Kremenischug. Einige Wochen nach der Wahl erhielt nämlich, wie „Utro Rok“ erzählt, die Stadtverwaltung von der amtlichen Truderci eine Rechnung für den Druck der Stimmzettel. Es waren im ganzen 1929 Zettel hergestellt worden, und der verlangte Betrag belief sich auf 1929 Rubel, so daß also für den Druck eines jeden Zettels gerade ein Rubel verlangt wurde! Die Stadt hatte keine Lust, diesen Liebhaberpreis zu zahlen und wandte sich mit einer Beschwerde an das Ministerium, die aber abgewiesen wurde. Gleichzeitig traf ein gebarnischer Befehl des zuständigen Gouverneurs von Pultawa ein, die Summe sofort abzulefern. Nun nahm der Fall eine ganz unerwartete Wendung. Die Stadtverordneten traten nämlich zu einer Sitzung zusammen und wählten die beratende Feststellung, daß die Gemeinde völlig zahlungsunfähig sei. In der Stadtkasse sei kein Geld und es sei auch in absehbarer Zeit keine Aussicht, solches zu erhalten. So beschloß man einstimmig, die Regierung um die Erlaubnis zu ersuchen, die Schuld in Teilzahlungen abtragen zu dürfen. Die Stadt will den horrenden Betrag von 1929 Rubeln in Jahresraten begleichen. Wenn die Regierung hart bleibt, steht zu erwarten, daß die arme Gemeinde ihren Konkurs anmelden muß. Russisch wäre dieser Ausgang schon.

Verheerende Folgen eines Zyklons.

Nach einem Telegramm aus Norfolk hat am Freitag ein furchtbarer Zyklon die Küste von Virginia vernichtet. 16 Wohnhäuser und eine große Anzahl Wirtschaftsgebäude sind vernichtet. 400 Personen sollen umgekommen sein. Verschiedene Städte sollen schwer gelitten haben.

Fahr wohl.

In Neustadt a. S. hat sich dieser Tage im dortigen Bahnhofrestaurant ein prächtiges Vorkommnis zugetragen. Es saßen da, so erzählt man der „Frankf. Zig.“, etwa 150 Herren im schwarzen Anzug, Bahnbeamte verschiedener Stationen in Begleitung eines Gefangenen aus Mundenheim. Die Herren hatten dem Bahnverwalter, der in Mundenheim stationiert war, und in seinem Heimatort Königsbach beerdigt wurde, das letzte Geleit gegeben. Sie warteten nun auf den Abgang des Zuges. Warten aber macht Langeweile. Und deshalb entschloß man sich — wozu ist man auch ein Gefangener? — ein Lied anzustimmen. Es war das bekannte „Weh, daß wir scheiden müssen“. So ernst nun auch der Tag war und so schön das Lied, es geschah etwas, das die ganze Gesellschaft heiter stimmte. Als nämlich die Sänger den Refrain sangen: „Fahr wohl, fahr wohl, mein teures Lieb“ trat der Oberportier ein, um zum Einsteigen abzurufen. Und da belam man folgendes zu hören: „Fahr wohl“, — — — „Nach Lambrecht, Hochspeier, Kaiserlautern“ — — — „Fahr wohl“ — — — „Nach Landstuhl, Homburg, Kusel“ — — — „mein teures Lieb“ — — — „Nach Entenbach, Langmeil, Münster am Stein“ — Begreiflicherweise kamen durch diese Zwischenrufe die Herren, so gekulte Sänger sie auch sein mochten, vor Lachen aus dem Konzept. Nachdem man sich tüchtig ausgelacht hatte, begann man nach einer Weile das Lied von neuem. Doch just in dem Moment, als man wieder an den Refrain kam: „Fahr wohl“, trat der Oberportier wieder ein und weithin tönte sein Ruf: „Nach Hahloß, Schifferstadt, Ludwigshafen“ — „fahr wohl“ — „nach Mannheim, Frankfurt“ — „mein teures Lieb“ — „nach Speier, Wermersheim, Karlsruhe“. Abermals stürmische Gelächter. Wieder mußte man abbrechen, diesmal aber auch darum, weil's jetzt Zeit zum Einsteigen war.

Zeitungstragödien.

Amerikanische Tragödien in Artikelaberschriften erzählt eine New Yorker Zeitung genau nach dem Schema der amerikanischen Zeitungen üblichen Schilderung von Tagesneuigkeiten; man liest da:

- „Gatte wäscht Geschirr. Zerklagt für fünfzig Dollar Vorzeckel.“
- „Mitgliederaufnahme in einer Loge. Kandidat haut in seiner Wut alles kurz und klein.“
- „Chausseur entführt Erbin. Auf dem Wege nach dem Bahnhof platzt ein Autoreifen.“
- „Ende langjähriger Freundschaft. Kaufte Aktien einer Goldmine auf den Rat seines Freundes.“
- „Jertum eines Apothekers. Lieft Rezept des Arztes falsch; Patient gesundet ohne Operation.“
- „Waidmanns Heil. Der Farmer verlangt dreihundert Dollar für eine Kuh.“
- „Der Sängerin Fluch. Durch ein Versehen des Sehers kommt Name der Primadonna unter Bild der Riesendame im Jirkus.“
- „Erholte Suffragette. Gewinnt bei einem Wohltätigkeitsfest ein Kochbuch und eine Babyausstattung.“
- „Dirigent des Sängervereins 'Freundschaft' resigniert. Hatte beim Beethovenfest die Klänge Sinfonie dirigiert.“
- „Künstlerin feiert dreißigsten Geburtstag. Zeitung bringt ihr Bild aus dem Jahre 1876, wo sie bei der Jentenaarfeier mitwirkte.“
- „Suffragette nimmt an Parade teil. Neue Schuhe eine Nummer zu klein.“
- „Temperenzapostel verhaftet. Wurde betrunken auf der Straße aufgefunden.“
- „Erfindet eine nicht explodierende Benzinflamme. Kerzte hoffen, ihn in vier Wochen als geheilt aus dem Hospital entlassen zu können.“

Kleine Notizen.

Auf dem Geldsack verhungert. Wie aus Mainz gemeldet wird, wurde dort seit mehreren Tagen die Witwe Schweidhardt vermisst. Als man sie in ihrer Wohnung aufsuchte, fand man sie, von Ungeziefer wimmelnd, halbverhungert, auf. Bei der Durchsuchung der Wohnung entdeckte man in einem Schrank 140 000 Mark in Gold.

Ein schweres Grubenunglück ereignete sich Sonnabendmorgen auf der Zeche Konfordia. In dem im Abteufen begriffenen Schacht stürzte das Rauerwerk ein. Der Bergmann Friedrich Mertin war sofort tot, zwei andere wurden schwer verletzt und vier weitere Verletzte kamen mit leichteren Verletzungen davon. Ein furchtbarer Sturm wüthete an der ganzen Nordküste von Bales. Besonders heftig wurde er in Condat verübt. Das dort aufgeschlagene Militärlager hat schwer gelitten. Viele Zelte sind eingestürzt, Kleidungs- und Ausrüstungstücke wurden vom Sturm fortgetragen. Verschiedene Soldaten wurden beim Einsturz der Zelte verletzt. 20 mußten ins Hospital gebracht werden. Sieben davon sind schwer verletzt.

Ein harter Sandsturm legte am Freitag über Aken, die an der Südküste Arabiens gelegene Hafenstadt. Von verschiedenen Häusern wurden die Dächer abgerissen. Eine Anzahl Wohnboote (Dhow) gingen unter. Mehrere Dampfschiffe wurden von ihren Losgerissen. Konnten sich aber dann in Sicherheit bringen. Tödlicher Fliegerunfall. Wie aus Peterhof (Rußland) gemeldet wird, ist der Fliegerleutnant Balabuschkin abgestürzt. Er war sofort tot. Sein Begleiter erlitt einen Armbruch.

Frauen-Leseabende.

- Friedrichshagen.** Montag 8^{1/2} Uhr im Jugendheim, Friedrichstr. 60, 2. Hof parterre links. Vortrag des Genossen Uka über „Verfassungsfragen“.
- Lantwig.** Montag bei Adler, Charlottenstraße 24. Genoss. Abendreferat über „Arbeiterjugend“.
- Wilmersdorf.** Montag 8^{1/2} Uhr bei Schilling, Lauenburger Str. 20. Genossin Siebel: „Kinderarbeit und Kinderjugend“.

Jugendveranstaltungen.

Lichtenberg. Heute: Spielpartie nach Sedoma-Rabenheimer Methode. Treffpunkt 1 Uhr Bahnhof Rummelsburg, Abfahrts 1.10. Das Spiel ist heute geschlossen.

Briefkasten der Redaktion.

— **Neußeln im Mai.** Wir halten Sie für berechtigt, 2 M. für das Duzend zu verlangen. Ein Jurisdiktionsrecht an anderen Sachen haben Sie nicht. Eine etwaige Klage wäre beim Gemerbergergericht anzubringen. — **S. 46.** Urst ab 27.6. — **S. 9. 3. 1000.** Ihre Frage ist bereits im „Vorwärts“ vom 30. Mai mit „Rein“ beantwortet. Letztendlich hatten Sie in Ihrem ersten Schreiben die Adresse I. A. 3. (ohne Zahl) angegeben. — **C. 2. Teget.** Die Parteizeit von 300 Beitragswochen ist nicht erfüllt. Ein Antrag ist daher auszusprechen. — **S. 2. 17.** Ja und zwar 1,60 M. pro Tag. — **S. 2. 48. Ja.** — **S. 2. 40.** Wenn das Testament durch eigenhändige Niederschrift errichtet wird, so ist es kostenlos. Dasselbe kann im Hause aufbewahrt werden, muß allerdings nach dem Tode des Erblassers eingereicht werden. Die Zuziehung von Jungen ist nicht erforderlich. Wird das Testament zu notariellem oder gerichtlichem Protokoll errichtet, so beträgt die Kosten bei dem angegebenen Objekt etwa 30 M. — **S. 2. 40.** Die Klage ist aussschlagend, da das Mitglied minderjährig ist. — **U. 23.** 1. Kein. 2. Ja. — **C. 2. 1. Kein.** 2. Ja. 3. Sie können Schadensersatz fordern, eventuell auch den Gesellschaftsvertrag lösen und Auseinandersetzung verlangen, sofern Sie Ihre Behauptung beweisen können. — **S. 06.** 1. Ja. 2. und 3. Nein. — **R. 1874.** Die Beantragung der Strafen müssen wir ablehnen, da wir uns von der Begünstigung schuldig machen würden. — **St. 1001.** Wiederholen Sie Ihre Anfrage noch einmal.

6 Ausnahmetage für Reise-Bekleidung zu enorm herabgesetzten Preisen

3 Serien Kostüme	aus blauen Kammgarn-Stoffen, bisheriger Preis M. 24-33, jetzt M.	17⁵⁰	aus la blau Kammgarn-Stoffen, bisheriger Preis M. 39-49 jetzt	32⁰⁰	aus blau Kammgarn, auf reines Futter, eleg. Ausführung bisheriger Preis M. 54-75.50 jetzt	44⁵⁰
3 Serien Kostüme	aus Stoffen englischer Art, bisheriger Preis M. 15.75 - 24.50, jetzt M.	9⁷⁵	aus la Stoffen engl. Art, bisheriger Preis M. 25-42, jetzt	19⁷⁵	z. Teil aus original engl. u. la Geraer Stoffen auf reinseidenem Futter, bisheriger Preis M. 64-82 jetzt	49⁵⁰
3 Serien Kostümröcke	aus mode u. weiß. Waschstoffen mit reicher Stickerei, herabgesetzt auf M.	4²⁵	aus schwarz-weiß und blau-weiß karierten Stoffen, herabgesetzt auf M.	6²⁵	z. schwarz-weiß u. blau-weiß gestreichten reinwollenen Stoffen, herabgesetzt auf M.	9²⁵
3 Serien Staubmäntel	aus Popeline-Stoffen, neueste Fassons, herabgesetzt auf M.	8⁵⁰	aus Popeline-Stoff mit seid. Besätzen herabgesetzt auf M.	13⁵⁰	aus Popeline und Gummitine-Stoff, elegant und praktisch, herabgesetzt auf M.	21⁵⁰
3 Serien Seid. Mäntel	aus Gloria-Seide, la Ausführung, herabgesetzt auf M.	21⁵⁰	aus schwerer, reiner Seide, eleg. lange Formen herabgesetzt auf M.	42⁵⁰	aus glatten und ramagierten Seidenstoffen, darunter Modelle, herabgesetzt auf M.	69⁰⁰
3 Serien Reisemäntel	aus Stoffen englischer Art, bisheriger Preis M. 22-32, jetzt M.	14⁷⁵	aus imprägniertem Loden, Sport-Fassons, herabgesetzt auf M.	14⁵⁰	aus Stoffen engl. Art, z. Teil auf reiner Seide, fesche Fassons herabgesetzt auf M.	32⁰⁰
3 Serien Kleider	aus reinwoll. Musselin in verschied. flotten Fassons, bisheriger Preis M. 16.50 - 22.50, jetzt M.	14⁵⁰	aus weiß. Voile od. Batist m. Stickerei, z. T. m. bulgarisch. Besätzen, bisheriger Preis M. 29.50 bis 49.50, jetzt M.	25⁵⁰	aus reiner Seide, in modernen Fassons und neuesten Farben, bisheriger Preis M. 42-60, jetzt M.	35⁵⁰
3 Serien Blusen	aus Wasch-Voile u. Batist, moderne Fassons, herabgesetzt auf M.	3⁷⁵	Ein Sortiment eleganter handgest. Voile-Bluse herabgesetzt auf M.	9⁵⁰	Ein Sortiment Seid. Blusen, bisheriger Preis M. 14-28 jetzt M.	8⁵⁰
3 Serien Morgenröcke	Ein großes Sortiment in eleganter Ausführung:					
	herabgesetzt auf M.	8⁷⁵	herabgesetzt auf M.	12⁷⁵	herabgesetzt auf M.	16⁷⁵

R.M. **Maassen** G.m. b.H.
Oranienstrasse 165 Ecke Oranienplatz Berlin Leipzigerstrasse 42 Ecke Markgrafenstr.

Phänomen
Qualitäts
Cigarette



KON-LINON

Falkenhagen West



Preis M. 10 000
monatlicher Mietaufwand M. 35.-

Jagdgelegenheit in der Nähe **Jagdmitbenutzung**
Kleine Anzahlung - Langj. Amer. Anl., Hypothek **Nieschalke & Nitsche,** BERLIN NO 43, Neue Königstrasse 10 (Amt Köpenick 6376). Illustr. Prospekt gratis.

Neuerwerbene Waldgüter.

□-Rate von 15 Mark an

ab Lehrter Bahnhof in 30 Min.

Direkt am Bahnhof Seegefeld

ab Charlottenburg (Bahnhof

Jungfernhöhe) in 20 Minuten.

Fortige Sommerhäuschen

von M. 300, 500, 700 auf-

wärts. Eigenheime bereits

zu 6.500 an. Auskunft auf

dem Terrain: Hansastrasse.

Billigste und schönste Kolonie

westlich Berlins Hochwald-,

Villen- u. Landhausstellen.



Preis M. 6 500
monatl. Zins- resp. Mietaufwand M. 25.-

Von der Feuerbestattung.

Die Zahl der im Krematorium in der Gerichtstraße eingewickelten Leichen ist bereits eine recht erhebliche. Leider haben auch Leichen abgewiesen werden müssen, weil die Angehörigen nicht allen gesetzlichen Bestimmungen genügen konnten...

Einrichtungen finden im Krematorium von Berlin gemäß den gesetzlichen Bestimmungen statt. Der Antrag auf Einäscherung einer Leiche ist an das Friedhofsbureau Berlin C. 2, Rathaus Zimmer 104, oder an das Krematorium, Gerichtstraße 37/38, zu richten...

Der Antrag muß enthalten: das vollständige Nationale des Verstorbenen, Angabe der Zeit, zu welcher die Leiche im Krematorium eintreift (bei von auswärts kommenden Leichen: ob, zu welcher Stunde und von welchem Bahnhof die Leiche abgeholt werden soll)...

Mit der Anmeldung sind die durch das Gesetz vorgeschriebenen Papiere (siehe unter Nr. II) einzubringen, sowie die zu zahlenden Gebühren an die Kasse des Friedhofsbureaus abzuführen. Bei Anmeldungen von außerhalb ist ein Kostenvorschuss von mindestens 80 M. an die genannte Kasse oder an das Krematorium abzugeben...

I. Verkehr mit der Polizei. Bei der Anmeldung ist die Erlaubnis der Ortspolizeibehörde (in Berlin des betreffenden Polizeireviere der letzten Wohnung), für von außerhalb kommende Leichen des Reichs 91, Gerichtstraße 23, zur Einäscherung nachzugeben...

Zur Erlangung dieser Erlaubnis sind der Polizei beizubringen: A. die amtliche Sterbeurkunde; B. die amtlich beglaubigte Bescheinigung über die Todesursache. Antsärzte sind für die in Berlin Verstorbenen die vier Gerichtsärzte von Berlin, deren Adressen und Zuständigkeitsbezirke in jedem Polizeirevier zu erfahren sind; C. die Bescheinigung des Leichenschauers über die vorschrittsmäßige Einäscherung...

Zur vorschrittsmäßigen Einäscherung müssen die Leichen in einen dichtschließenden Sarg eingepackt sein, der den folgenden, durch die Ausführungsanweisung zum Feuerbestattungsgesetz angeordneten Vorschriften entspricht. Die Särge müssen aus dünnem weichen Holz oder aus Juteblech gefertigt und dürfen weder ausgepicht noch angestrichen oder lackiert sein, auch keine Eisen- oder Bronze-teile, weder zur Verankerung noch zur Verzierung enthalten...

Die Leichen in den Särgen dürfen nur auf Säge- oder Hobelspanen oder auf Holzgalle bedeckt und nur mit naturfarbenen Leinen- oder Baumwollstoffen besetzt sein. Etwa in den Sarg hineingelagerte Rissen dürfen weder Polster noch Federn oder Watte enthalten und sind mit den gleichen Stoffen zu beziehen, mit denen die Leiche bedeckt werden darf; D. der Nachweis, daß der Verstorbene die Feuerbestattung seiner Leiche angeordnet hat...

Dieser Nachweis kann erbracht werden: 1. durch eine rechtsgültige letztwillige Verfügung des Verstorbenen oder 2. durch eine mündliche Erklärung des Verstorbenen, die von einer zur Führung eines öffentlichen Sargwesens berechtigten Person als in ihrer Gegenwart abgegeben beurkundet ist...

Die Einäscherung von Personen unter 16 Jahren muß von dem Inhaber der erteilten Gewalt angeordnet sein; E. die Bescheinigung der Ortspolizeibehörde des Sterbeortes oder des letzten Wohnortes des Verstorbenen, daß keine Bedenken gegen die Feuerbestattung bestehen...

II. Verkehr mit dem Krematorium. Mit dem oben beschriebenen Antrage auf Einäscherung sind dem Friedhofsbureau bzw. dem Krematorium einzubringen: a) die Erlaubnis der Ortspolizeibehörde zur Einäscherung; b) die polizeilich abgestempelte Bescheinigung des Leichenschauers über die vorschrittsmäßige Einäscherung; c) die Sterbeurkunde...

Särge, die den Vorschriften nicht entsprechen oder die nicht mit der vorgeschriebenen amtlichen Plombe versehen sind, sind von der Einäscherung ausgeschlossen. Im Krematorium findet eine Umbettung aus einem unvorschriftsmäßigen in einen vorschrittsmäßigen Sarg nicht statt...

Die Leichen dürfen nur in den zur Verbrennung bestimmten Särgen, nicht mit Leberfärgen, eingeliefert werden. III. Einäscherung, Trauerfeier. Die Einäscherungen finden im allgemeinen in der Reihenfolge der Anmeldungen statt, doch sollen besondere Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigt werden...

In der Regel schließt sich die Einäscherung unmittelbar an die Trauerfeier an. Bei großem Andrang jedoch bleibt eine Verschiebung der Einäscherung vorbehalten, wovon in dessen die Hinterbliebenen in Kenntnis gesetzt werden. Am Sonntage finden Einäscherungen nicht statt, Trauerfeiern nur bis zum Mittag...

Die Trauerfeier in der Kapelle des Krematoriums findet pünktlich zur angelegten Zeit statt; sie soll nicht länger als eine halbe Stunde dauern. Für Orgelspiel, auf Wunsch auch für Gesang und Aufschmückung der Halle sorgt das Krematorium, für event. geistliches Geleit haben die Angehörigen des Verstorbenen Sorge zu tragen...

IV. Aufschmückung der Asche. Die Asche darf an die Hinterbliebenen nur ausgehändigt werden, wenn sie den glaubhaften Nachweis erbringen, daß die Beisetzung an einem beständig genehmigten Bestattungsort erfolgen soll. Vor der Aufschmückung müssen die Gebühren bezahlt sein. Gegebenenfalls erfolgt die Versendung an die Verwaltung der betreffenden Bestattungsanlage direkt. Bei Versendung der Asche mit der Post sind die dadurch entstehenden Unkosten für Verpackung und Porto in die Rechnung aufzunehmen...

V. Gebühren. Einäscherung einschl. Orgelspiel und Aufschmückung 30 M., Abholung der Leiche vom Bahnhof 20 M., besondere Aufschmückung der Kapelle von 20 M. an, große Beleuchtung 20 M., Streublumen 3 M., Gesang 20-40 M., Aufschmückung für die Leberfärgen 3 M., Verpackung und Versendung der Asche 2 M., Beisetzung der Asche in der Urnenhalle, im Urnenhain 30 bis 1000 M., Portis werden als Auslagen in Anrechnung gebracht...

Um dem Publikum die Beschaffung der im Gesetz verlangten Erklärungen ohne Kosten zu ermöglichen, hat der Magistrat die Bezirksvorsteher verpflichtet, solche mündlichen Erklärungen entgegenzunehmen und eine Bescheinigung darüber auszustellen. Der Magistrat hat deshalb im Gemeindeblatt bekannt gegeben: „Der Bezirksvorsteher ist verpflichtet, Personen, welche vor ihm die mündliche Erklärung abgeben, daß ihre Leiche eingewickelt werden soll, folgende Urkunde auszustellen: „Es wird hiermit bescheinigt, daß Herr (Frau) X. in meiner Gegenwart mündlich die Feuerbestattung seiner (ihrer) Leiche angeordnet hat.“

Unterschrift des Bezirksvorstehers und Siegel. Eine Unterschrift der die Erklärung abgebenden Person selbst ist nicht erforderlich, ebensowenig eine Beglaubigung derselben. Legt jemand eine letztwillige Verfügung, d. h. eine von ihm als Erblasser unter Angabe des Ortes und Tages eigenhändig geschriebene und unterschriebene Erklärung vor, in welcher er die Feuerbestattung seiner Leiche anordnet, so ist eine Beglaubigung der Unterschrift gleichfalls nicht zu erheben.

Die Bescheinigung über die mündliche Erklärung ist nur abzugeben, falls der Erklärende des 16. Lebensjahr vollendet hat. In Treptow, Baumfahnenweg, ist das Krematorium fertiggestellt. Es befindet sich auf dem neuen Gemeindefriedhof in der Kiehlholzstraße. Hier erfolgt die Entgegennahme von Erklärungen im Rathaus zu Treptow, Neue Strug-Allee 1-3, wochentags in der Zeit von 9 bis 2 Uhr, auf Zimmer 34. Außerdem ist für die nächste Zeit eine Sprechstunde am Sonntag vormittag eingerichtet, die jeweils von 9 bis 10 Uhr stattfindet. Es ist dadurch ermöglicht, die Abgabe der erforderlichen Erklärungen ohne Verdienstentgang vorzunehmen. Formulare werden auf dem Rathaus bereit gehalten. Kosten entstehen nicht. Zum Ausweis der Personlichkeit sind mitzubringen: Heirats- oder Geburtsurkunde, oder Familienstammbuch, Staatsangehörigkeitsausweis oder Militärpaß. Bei Eheleuten muß natürlich für beide Personen eine Legitimation beigebracht werden.

Die Bescheinigung über die mündliche Erklärung ist nur abzugeben, falls der Erklärende des 16. Lebensjahr vollendet hat. In Treptow, Baumfahnenweg, ist das Krematorium fertiggestellt. Es befindet sich auf dem neuen Gemeindefriedhof in der Kiehlholzstraße. Hier erfolgt die Entgegennahme von Erklärungen im Rathaus zu Treptow, Neue Strug-Allee 1-3, wochentags in der Zeit von 9 bis 2 Uhr, auf Zimmer 34. Außerdem ist für die nächste Zeit eine Sprechstunde am Sonntag vormittag eingerichtet, die jeweils von 9 bis 10 Uhr stattfindet. Es ist dadurch ermöglicht, die Abgabe der erforderlichen Erklärungen ohne Verdienstentgang vorzunehmen. Formulare werden auf dem Rathaus bereit gehalten. Kosten entstehen nicht. Zum Ausweis der Personlichkeit sind mitzubringen: Heirats- oder Geburtsurkunde, oder Familienstammbuch, Staatsangehörigkeitsausweis oder Militärpaß. Bei Eheleuten muß natürlich für beide Personen eine Legitimation beigebracht werden.

Die Bescheinigung über die mündliche Erklärung ist nur abzugeben, falls der Erklärende des 16. Lebensjahr vollendet hat. In Treptow, Baumfahnenweg, ist das Krematorium fertiggestellt. Es befindet sich auf dem neuen Gemeindefriedhof in der Kiehlholzstraße. Hier erfolgt die Entgegennahme von Erklärungen im Rathaus zu Treptow, Neue Strug-Allee 1-3, wochentags in der Zeit von 9 bis 2 Uhr, auf Zimmer 34. Außerdem ist für die nächste Zeit eine Sprechstunde am Sonntag vormittag eingerichtet, die jeweils von 9 bis 10 Uhr stattfindet. Es ist dadurch ermöglicht, die Abgabe der erforderlichen Erklärungen ohne Verdienstentgang vorzunehmen. Formulare werden auf dem Rathaus bereit gehalten. Kosten entstehen nicht. Zum Ausweis der Personlichkeit sind mitzubringen: Heirats- oder Geburtsurkunde, oder Familienstammbuch, Staatsangehörigkeitsausweis oder Militärpaß. Bei Eheleuten muß natürlich für beide Personen eine Legitimation beigebracht werden.

Die Bescheinigung über die mündliche Erklärung ist nur abzugeben, falls der Erklärende des 16. Lebensjahr vollendet hat. In Treptow, Baumfahnenweg, ist das Krematorium fertiggestellt. Es befindet sich auf dem neuen Gemeindefriedhof in der Kiehlholzstraße. Hier erfolgt die Entgegennahme von Erklärungen im Rathaus zu Treptow, Neue Strug-Allee 1-3, wochentags in der Zeit von 9 bis 2 Uhr, auf Zimmer 34. Außerdem ist für die nächste Zeit eine Sprechstunde am Sonntag vormittag eingerichtet, die jeweils von 9 bis 10 Uhr stattfindet. Es ist dadurch ermöglicht, die Abgabe der erforderlichen Erklärungen ohne Verdienstentgang vorzunehmen. Formulare werden auf dem Rathaus bereit gehalten. Kosten entstehen nicht. Zum Ausweis der Personlichkeit sind mitzubringen: Heirats- oder Geburtsurkunde, oder Familienstammbuch, Staatsangehörigkeitsausweis oder Militärpaß. Bei Eheleuten muß natürlich für beide Personen eine Legitimation beigebracht werden.

Verfammlungen.

Eine Parteimitglieder- und Wählerversammlung für den 5. Landtagswahlbezirk.

Die sehr stark besucht war, tagte am Freitag, den 30. Mai, in „Grunmanns Festsaal“, Rammstraße, als einziger Punkt stand auf der Tagesordnung: Bericht des Wahlkomitees.

Genosse Wert berichtete über die Entwicklung der Kandidatenfrage im 5. Landtagswahlbezirk seit der Verbandsgeneralsversammlung beziehungsweise seit der Kreisversammlung des 4. Berliner Reichstagswahlkreises vom 22. Mai. Das wesentlichste dieses Berichts ist folgendes: In der Kreisversammlung am 22. Mai sei gegen eine vorläufige Minderheit ein Beschluß der in der Konferenz erschienenen Landeskommission, den Genossen Borchardt zur Niederlegung seiner Kandidatur aufzufordern, verworfen worden. Statt dessen sei aus der Versammlung ein Antrag auf Einsetzung eines Schiedsgerichts gekommen und Adolf Hoffmann habe unter Würdigung der ganzen Situation im Parteinteresse und zugleich im Interesse Borchardts einen Vorschlag gemacht, der einstimmig angenommen worden sei. Danach solle Genosse Borchardt solange von seiner Kandidatur im 5. Landtagswahlbezirk entbunden werden, bis ein Schiedsgericht entschieden habe. Zugewiesen solle ein anderer Genosse zur Landtagswahl gestellt werden, der sich aber verpflichtet solle, das Mandat niederzulegen, wenn das Schiedsgericht zugunsten Borchardts entscheide. In dem Falle solle dann Borchardt zur Wahl gedrängt werden. — Nach diesem Beschluß der Kreisversammlung habe sich das Wahlkomitee dahin schlüssig gemacht, einen derartigen Ersatzkandidaten durch die Versammlung der Funktionäre des vorgedachten 5. Landtagswahlkreises der heutigen entscheidenden Versammlung vorschlagen zu lassen. Das Komitee habe natürlich die vorbereitenden Schritte tun müssen und habe den Funktionären zwei Kandidaten präsentieren können. Genosse Paul Hoffmann, der Vorsitzende des 4. Reichstagswahlkreises, habe die meisten Stimmen erhalten. Jetzt habe die heutige Versammlung der Parteimitglieder des 5. Landtagswahlkreises als entscheidende Instanz darüber zu befinden, ob im Sinne jenes, von den Funktionären akzeptierten Beschlusses der Kreisversammlung verfahren werden solle. Nun habe die Kritik im „Vorwärts“, nach der es erschien, als hätten die Funktionäre die Auffassung Paul Hoffmanns endgültig beschlossen, in Parteikreisen eine gewisse Erregung hervorgerufen. Dieser Kritik gegenüber sei als selbstverständlich zu betonen, daß natürlich die Funktionäre keine bindenden Beschlüsse fassen könnten und dies auch gar nicht wollten. Das Wahlkomitee lege der Öffentlichkeit gegenüber Wert darauf, festzustellen, daß von ihm die Kritik im „Vorwärts“ nicht veranlaßt worden sei. Er gebe die Erklärung namens der vier Komiteemitglieder aus dem 4. Reichstagswahlkreis ab. (Genosse Jatz gab später eine gleiche Erklärung für die beiden Komiteemitglieder aus dem 3. Reichstagswahlkreis ab.) Redner betonte nochmal, daß die Entscheidung bei der angeblichen Versammlung liege. Genosse Borchardt, der in Wiesbaden jetzt Bildungskurse abhalte, sei informiert worden und habe geschrieben, daß er einverstanden sei, daß verfahren werde, wie die Kreisversammlung beschlossen habe.

Das Wahlkomitee war sich einig gewesen, in der Versammlung die materielle Behandlung des „Falles Borchardt“ auszusprechen und die Angelegenheit der Kandidatur nach der gegebenen Situation lediglich vom parteistatistischen Standpunkt aus zu erörtern.

Genosse Scharlau als erster Diskussionsredner ging weiter. Er sagte unter anderem, daß zwar Borchardt auf die Ausführungen des Genossen Friß hin in der vorletzten Verbandsgeneralsversammlung durch Aufstellung der fraglichen Behauptung nicht ganz soie gehandelt hätte, daß dies aber zurückzuführen sei auf eine sehr begriffliche hochgradige Erregung Borchardts darüber, daß man ihm plötzlich launig begründete Dinge entgegengehalten habe. Bis es ihm widerlegt werde, habe Redner den Parteivorstand an, daß er das Material dem Genossen Friß ausliefern und diesen vorgelesen habe, und daß so der Parteivorstand an der ganzen Zuspitzung der Situation die Schuld trage. Er verlange, daß dies ins Protokoll komme. Die Situation selber erfordere aber, zu verfahren, wie vorge schlagen.

Es sprachen dann die Genossen Willi Müller, Adolf Hoffmann, Hintorf, Broß, Zubeil, Jakob, G. Schulz, Berl. Sie hielten sich fast ganz an die Frage, welche Schritte die durch die beiden Beschlüsse der letzten Verbandsgeneralsversammlung geschaffene Situation im Interesse der Partei in bezug auf die Kandidatur im 5. Landtagswahlkreis erfordere. Verschiedene der Redner ließen zwar durchblicken, daß nach ihrer Meinung dem Genossen Borchardt Unrecht geschehen sei, oder doch, daß sie erst vom Schiedsgericht eine endgültige Parteilinie erwarteten; alle aber gingen davon aus, daß das Parteinteresse, das höher liege als die Person, das Befahren des vorgeschlagenen Weges erfordere. Vor allem gelang es dem Genossen Adolf Hoffmann, die von Anfang an recht erregte Versammlung von der Richtigkeit dieses Weges aus Rücksicht auf die Partei zu überzeugen. Redner betonte, daß, wenn der Schiedspruch günstig für Borchardt ausfalle, es nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht der Genossen des

5. Landtagswahlkreises wäre, den einstweiligen Mandatnhaber durch Borchardt zu ersetzen.

Die Versammlung beschloß gegen einzelne Stimmen, vorläufig von einer Kandidatur Borchardt Abstand zu nehmen und einen Genossen für die diesmalige Wahl aufzustellen, der sich verpflichte, das Mandat niederzulegen, wenn durch einen günstigen Schiedspruch eine Kandidatur Borchardt in Frage käme. Der Wille der Versammlung ging also dahin, daß in solchem Falle alsbald die Mandatniederlegung und die Wiederwahl des Genossen Borchardt zu erfolgen habe. — Dann wurde mit allen gegen etwa 20 Stimmen der Genosse Paul Hoffmann als Kandidat aufgestellt, nachdem er die erwähnte Bedingung der eventuellen Mandatniederlegung eingegangen war.

Genosse Paul Hoffmann dankte in einer Ansprache für das Vertrauen und versprach, mit voller Kraft und Energie für die Sache des Proletariats einzutreten und sich auch sonst des Amtes würdig zu zeigen.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Lohengrin. (Anfang 7 Uhr.) Montag: Marie, die Tochter des Regiments. (Anfang 8 Uhr.) Dienstag: Orpheus und Eurydike. Mittwoch: Die Fledermaus. Donnerstag: Fidelio. Freitag: Die Hugenotten. Sonnabend: Der Rosenkavalier. Sonntag: Radama. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Volksvorstellung: Ein Falliment. Montag: Volksvorstellung: Ariadne auf Naxos. Dienstag: Volksvorstellung: Der gehörnte Siegfried. Siegfrieds Tod. Mittwoch: Volksvorstellung: Ariadne auf Naxos. Donnerstag: Volksvorstellung: Ariadne auf Naxos. Freitag: Volksvorstellung: Die Journalisten. Sonnabend: Volksvorstellung: Minna von Barnheim. Sonntag: Volksvorstellung: Ariadne auf Naxos. Montag: Volksvorstellung: Die Lohengrin. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Neues Opernhaus. Sonntag: Lamourier. Montag: Lohengrin. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Dienstag: Der fliegende Holländer. Mittwoch: Der Troubadour. Donnerstag: Die Weiber von Windsor. (Anfang 7 Uhr.) Freitag: Carmen. Sonnabend: Tristan und Isolde. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Sonntag: Bajazzo. Cavalleria rusticana. Montag: Der Postillon von Longjumeau. (Anfang 8 Uhr.)

Deutsches Opernhaus. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor. Montag: Oberon. Dienstag: Der Mikado. Mittwoch: Der lustige Weiber von Windsor. Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Freitag: Der Mikado. Sonnabend: Das Mädchen aus dem goldenen Westen. Sonntag: Der Mikado. Montag: Die Königin von Saba. (Anfang 8 Uhr.)

Deutsches Theater. Sonntag bis Donnerstag: Der lebende Leinwand. Freitag: Hamlet. Sonnabend bis Sonntag: Der lebende Leinwand. (Anfang 8 Uhr.)

Kammeroper. Sonntag bis Dienstag: Die Sühne von Berg-op-Jooni. Mittwoch: Kaiserliche Hochzeit. (Anf. 7 1/2 Uhr.) Donnerstag: Edelstein. Freitag bis Sonntag: Kaiserliche Hochzeit. Montag: Der Arzt am Scheidewege. (Anfang 8 Uhr.)

Kleines Theater. Sonntag: Sonntagmittag 3 Uhr: Lohengrin Geburtstag. Der Unerschämte. Der Arzt seiner Ehre. (Abend: Professor Bernhardt. (Anfang 8 Uhr.)

Berliner Theater. Abends: Filmzauber. (Anfang 8 Uhr.) Theater in der Königgräber Straße. Sonntag: Die fünf Frankfurter. Montag: Das Buch einer Frau. Dienstag: Die fünf Frankfurter. Mittwoch: Das Buch einer Frau. Donnerstag: Die fünf Frankfurter. Freitag: Das Buch einer Frau. Sonnabend: Die fünf Frankfurter. Sonntag: Das Buch einer Frau. Montag: Die fünf Frankfurter. (Anfang 8 Uhr.)

Reisinger-Theater. Bis auf weiteres täglich: Mit Wien. (Anfang 8 Uhr.)

Montis Operetten-Theater. Abends: Der lauchende Ehemann. (Anfang 8 Uhr.)

Deutsches Schauspielhaus. Abends: Der Dieb. (Anf. 8 Uhr.)

Zustielhaus. Abends: Der lustige Kalaba. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Schiller-Theater O. Sonntag: Sonntagmittag 3 Uhr: Jof und Schwert. Abends und Montag: Koral. Dienstag: Salemanns Tochter. Mittwoch: Die Geschwister. Liga. Donnerstag und Freitag: Koral. Sonnabend: Salemanns Tochter. Sonntag: Koral. Montag: Salemanns Tochter. (Anfang 8 Uhr.)

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag: Sonntagmittag 3 Uhr: König Lear. Abends und Montag: Salemanns Tochter. Dienstag: Geographie und Liebe. Mittwoch und Donnerstag: Salemanns Tochter. Freitag: Freiheit. Sonnabend: Geographie und Liebe. Sonntag: Freiheit. (Anfang 8 Uhr.)

Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Abends: Das Jarmecmädchen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Neues Volks-Theater (Neue Freie Volkshöhne). Sonntag: Sonntagmittag 3 Uhr: Ernst sein. Abends (außer Dienstag und Freitag) König Lear. Dienstag und Freitag: Ernst sein. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Thalia-Theater. Sonntag: Sonntagmittag 3 Uhr: Polnische Wirtschaft. Abends: Puppen. (Anfang 8 Uhr.)

Rose-Theater. Im Garten: Abends: Die Albedens. — Im Saal: Sonntag bis Freitag: Korne und Jettel. (Abend: Der Traum ein Leben. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Theater am Hollenborsplatz. Abends: Der Mann mit der grünen Kasse. (Anfang 8 Uhr.)

Urania-Theater. Sonntag: Ueber den Brenner nach Benedig. Montag: Die Nordseeinsel Egl. Dienstag: Der Bierwaidhütter See und der Gotthard. Mittwoch: Die Nordseeinsel Egl. Donnerstag und Sonnabend: Ueber den Brenner nach Benedig. Freitag und Sonntag: Der Bierwaidhütter See und der Gotthard. Montag: Unbestimmt. (Anfang 8 Uhr.)

Komödienhaus. Abends: Doherrschallische Wohnungen. (Anfang 8 Uhr.)

Polies Caprice. Abends: Die Bank. Sein letzter Witz. Der Gombon. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Admiralpalast. Eisbalet: Ritt in St. Moritz. (Anfang 9 Uhr.) Metropol-Theater. Sonntag: Sonntagmittag 3 Uhr: Flotte Durche. Leichte Kanoniere. Abends: Die Koro-Königin. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Prater-Theater. Abends: Das Dummelmädchen. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Reichshallen-Theater. Abends: Sittlicher Sängers. (Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.)

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Spezialitäten. Wintergarten. Abends Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Marktpreise von Berlin am 30. Mai 1913, nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,64 bis 20,70, mittel 20,58-20,62, geringe 20,50-20,54. Roggen, gute Sorte 00,00-16,70, mittel 00,00-00,00, geringe 00,00-00,00 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,30-16,70, mittel 15,60-16,10, geringe 15,10-15,50. Hafer, gute Sorte 17,60-19,50, mittel 16,20-17,50 (frei Wagen und ab Bahn). Mais (mitz), gute Sorte 15,20-15,50. Mais (runder), gute Sorte 00,00-00,00. Weizen 4,00-4,40. Weiz 6,20-7,60. Kartoffeln (Kleinb.). 3,00-3,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Rinde 1,60-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30-1,80. Schweinefleisch 1,40-2,00. Rindfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,50-2,40. Butter 2,20-3,00. 60 Stück Eier 3,00-4,30. 1 Kilogramm Karotten 1,40-2,40. Kalle 1,80-3,30. Jander 1,40-3,60. Seife 1,40-2,80. Seife 1,00-2,40. Seife 1,60-3,50. Mele 0,80-1,60. 60 Stück Röhre 3,00-60,00.

Witterungsübericht vom 31. Mai 1913.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Luft, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Luft. Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien, Caparanda, Gera, Eisenach, Weimar, Jena.

Wetterprognose für Sonntag, den 1. Juni 1913. Etwas kühler, vielfach heiter, aber veränderlich, bei weiß schwachen (abwärtigen) Winden und fortwährendem Witterungswechsel. Berliner Wetterbureau.

Öffentliche politische Versammlungen.

Wilmersdorf.

Dienstag, den 10. Juni 1913, abends 8 Uhr, im Viktoria-Garten, Wilhelmstraße:

Öfftl. politische Versammlung.

Tagesordnung:

Für den Massenstreik!

Referent:

Reichstagsabgeordneter **Dr. Ludwig Frank-Mannheim.**

Freie Aussprache.

Der Einberufer:
H. Nibel, Mannheimer Str. 32.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Tel.: H. Rorichp. 4747 u. 9382 Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Bureau: Engelauer 14/15

Betriebs-Vertrauensleute, Branchenleiter, Verwaltungsmitglieder, Distrikts-, Agitationskommissionsmitglieder und Obleute!

Am Montag, den 9. Juni 1913, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, großer Saal:

Allgemeine Funktionär-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten **G. Bauer** über: „Die Volkshilfe“. 2. Diskussion. 3. Geschäftsbericht.
Mitgliedsbuch und grüne Legitimationskarte sind mitzubringen und am Eingang zur Versammlung zwecks Abstempelung vorzulegen. Ohne Karte und Buch kein Zutritt.
NB. Diese Versammlung **9. Juni** findet am **„Courier“-Annonce** angegeben.
Die Bezirksverwaltung. J. H. Aug. Werner.

Achtung! Kollegen Straßenbahner Achtung!

Handwerker, Arbeiter, Wagenwäscher usw.

Dienstag, den 3. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Marine-Festhaus“, Brandenburger Ufer 1
Am Köpenicker Park (neben der Landeshochschule), großer Saal, eine Treppe:

Große Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten **Karl Globel-Berlin** über: „Die kapitalistische Entwicklung und ihr Einfluss auf die Arbeiterschaft.“
2. Die bevorstehende Vertrauensmänner-Konferenz und unsere Stellungnahme. 3. Bericht von der Verhandlung der Kommission des technischen Personals mit der Direktion. 4. Verschiedenes.
Werte Kollegen! Wie aus der Tagesordnung ersichtlich, ist diese Versammlung von äußerster Wichtigkeit. Es wird deshalb erwartet, daß jeder dienstfreie Kollege bestimmt in dieser Versammlung erscheint. Keiner darf fehlen!
Mit kollegialem Gruß!

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Dienstag, den 3. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14 (großer Saal):

Vortrag mit Lichtbildern

über

„Die internationale Bauausstellung in Leipzig.“

Referent: Reichstagsabgeordneter **Dr. Weill.**

Mittwoch, den 4. Juni 1913:

Vertrauensmännerversammlungen der Bezirke und Branchen.

Die Versammlungstermine werden am Dienstag bekannt gemacht.

Verband der Sattler und Portefeuller.

Ortsverwaltung Berlin.

Branchen-Versammlungen

Geschirr-Branchen: Donnerstag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Crebriemenbranchen: Sonntag, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Schulz-Brachsfeld, Köpenicker Str. 17, Eingang Königsgraben.

Portefeullen- und Reiseartikelbranchen: Mittwoch, den 4. Juni, abends 6 Uhr, bei Graumann, Raunynstraße 27.

Militär-Branchen: Mittwoch, den 4. Juni, abends 6 Uhr, in den Brachsfeldern Alt-Berlin, Blumenstr. 10.

Linolenmaler u. Teppichnäher: fällt aus.

Wagen-Branchen: Mittwoch, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Eisenmöbel- u. Federstuhlpolsterer: Donnerstag, den 5. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Graphischen Vereinshaus, Alexandrinenstr. 44.

Zahlreichen Besuch dieser Versammlungen erwarten **Die Branchenleitungen.**

Zentral-Verband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands.

Filiale Groß-Berlin.

Donnerstag, den 5. Juni 1913, abends 6 1/2 Uhr, im Köpenicker Park, Köpenicker Str. 17, 1 Tr. (langer Saal):

Bauvertrauensmänner-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die augenblickliche Situation im Gewerbe. 2. Verschiedenes.
In dieser Versammlung sind die Offenbarungen von den einzelnen Bauarten abzugeben. Alle Bauarten müssen vertreten sein und ihre Pflicht erfüllen. Siehe auch unter „Gewerkschaftliches“ in dieser Vorwärts-Rummer. 192/12
Der Vorstand.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzstr. 41, nicht am Moritzplatz 10-2. 5-7. Sonntags 10-12.

Schwarze Kleidung

Fertig am Lager:
Gehrock-Anzüge 70, 80, 36 M.
Smoking-Anzüge 80, 70, 40 M.
Cutaway u. Weste 85, 50, 33 M.
Beinkleider 15, 15, 12, 10, 8 M.
Fertige schwarze Kleidung für Knaben und Junglinge in größter Auswahl in ca. 10 Stunden
Feine Maß-Anfertigung

Baer Sohn
Kleider-Werke Berlin, Gegr. 1891.
Chausseestraße 29-30, 11, Brückenstraße 11, Gr. Frankfurter Str. 20, Schöneberg, Hauptstr. 10.

Gutsverwaltung Birkhorst bei Nassenheide (Nordbahn) officiert
Acker- und Waldparzellen an Gutssee und künstl. Fort. Bitte Plan zu verlangen. 10925*

Feuerbestattung
Mark 100,- mit allem Zubehör u. Gebühren
„Fiamme“
Mancuffstr. 111.
Ausführliche Prospekt gratis.
Bempr.: Rorichp. 5682.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die zahlreichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines Mannes und unseres Vaters, des Metallarbeiters

Wilhelm Borchert

lagen wir allen Freunden und Bekannten, besonders dem Chef und den Kollegen der Firma Rudolf A. Hartmann, dem Bahlverein Grünau, dem Gesangsverein „Sangeslust“, Grünau, dem Metallarbeiterverband, der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung, den Landeskolonisten der Arbeiter-Baugenossenschaft Verades, unsern tiefgefühltesten Dank.
Grünau, den 31. Mai 1913.
Witwe Borchert nebst Kindern.

Dankfagung.

Allen Beteiligten bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters unsern herzlichsten Dank; ebenfalls für die herrlichen Kranzsenden.
Witwe **Elise Euder** u. Kinder, Charlottenburg.

Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines geliebten Mannes

Edmund Tinus
lagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank.
Witwe **Anna Tinus**, Die trauernden Hinterbliebenen.

Berlin W. Mohrenstr. 37a (Kolonen)
Berlin NO. Große Frankfurter Str. 115
Trauermagazin
für Damen-Konfektion Kleider, Hüte etc. Außerordentlich Preise
Farbige Konfektion
in größtem Maßstabe zu ganz niedrigen Preisen.
Westmann

Feinfarbige Teppiche
fraise, creme, blau, rot, ganz dickes, smyrnartiges Gewebe, von den echten Inderteppeichen kaum zu unterscheiden. Größe ca. 90x185 cm . . . M. 7,50
130x195 . . . 11,25
160x225 . . . 16,50
190x295 . . . 21,50
250x350 . . . 37,50
250x400 . . . 47,50
300x400 . . . 53,50
Passende Bett- und Palt-Teppiche Stück. M. 3,25, 4,50 u. 7,50.
Nach auswärtig per Nachnahme.

Feinfarbige Teppiche
fraise, creme, blau, rot, ganz dickes, smyrnartiges Gewebe, von den echten Inderteppeichen kaum zu unterscheiden. Größe ca. 90x185 cm . . . M. 7,50
130x195 . . . 11,25
160x225 . . . 16,50
190x295 . . . 21,50
250x350 . . . 37,50
250x400 . . . 47,50
300x400 . . . 53,50
Passende Bett- und Palt-Teppiche Stück. M. 3,25, 4,50 u. 7,50.
Nach auswärtig per Nachnahme.

Feinfarbige Teppiche
fraise, creme, blau, rot, ganz dickes, smyrnartiges Gewebe, von den echten Inderteppeichen kaum zu unterscheiden. Größe ca. 90x185 cm . . . M. 7,50
130x195 . . . 11,25
160x225 . . . 16,50
190x295 . . . 21,50
250x350 . . . 37,50
250x400 . . . 47,50
300x400 . . . 53,50
Passende Bett- und Palt-Teppiche Stück. M. 3,25, 4,50 u. 7,50.
Nach auswärtig per Nachnahme.

Feinfarbige Teppiche
fraise, creme, blau, rot, ganz dickes, smyrnartiges Gewebe, von den echten Inderteppeichen kaum zu unterscheiden. Größe ca. 90x185 cm . . . M. 7,50
130x195 . . . 11,25
160x225 . . . 16,50
190x295 . . . 21,50
250x350 . . . 37,50
250x400 . . . 47,50
300x400 . . . 53,50
Passende Bett- und Palt-Teppiche Stück. M. 3,25, 4,50 u. 7,50.
Nach auswärtig per Nachnahme.

Feinfarbige Teppiche
fraise, creme, blau, rot, ganz dickes, smyrnartiges Gewebe, von den echten Inderteppeichen kaum zu unterscheiden. Größe ca. 90x185 cm . . . M. 7,50
130x195 . . . 11,25
160x225 . . . 16,50
190x295 . . . 21,50
250x350 . . . 37,50
250x400 . . . 47,50
300x400 . . . 53,50
Passende Bett- und Palt-Teppiche Stück. M. 3,25, 4,50 u. 7,50.
Nach auswärtig per Nachnahme.

Feinfarbige Teppiche
fraise, creme, blau, rot, ganz dickes, smyrnartiges Gewebe, von den echten Inderteppeichen kaum zu unterscheiden. Größe ca. 90x185 cm . . . M. 7,50
130x195 . . . 11,25
160x225 . . . 16,50
190x295 . . . 21,50
250x350 . . . 37,50
250x400 . . . 47,50
300x400 . . . 53,50
Passende Bett- und Palt-Teppiche Stück. M. 3,25, 4,50 u. 7,50.
Nach auswärtig per Nachnahme.

Feinfarbige Teppiche
fraise, creme, blau, rot, ganz dickes, smyrnartiges Gewebe, von den echten Inderteppeichen kaum zu unterscheiden. Größe ca. 90x185 cm . . . M. 7,50
130x195 . . . 11,25
160x225 . . . 16,50
190x295 . . . 21,50
250x350 . . . 37,50
250x400 . . . 47,50
300x400 . . . 53,50
Passende Bett- und Palt-Teppiche Stück. M. 3,25, 4,50 u. 7,50.
Nach auswärtig per Nachnahme.

Feinfarbige Teppiche
fraise, creme, blau, rot, ganz dickes, smyrnartiges Gewebe, von den echten Inderteppeichen kaum zu unterscheiden. Größe ca. 90x185 cm . . . M. 7,50
130x195 . . . 11,25
160x225 . . . 16,50
190x295 . . . 21,50
250x350 . . . 37,50
250x400 . . . 47,50
300x400 . . . 53,50
Passende Bett- und Palt-Teppiche Stück. M. 3,25, 4,50 u. 7,50.
Nach auswärtig per Nachnahme.

Feinfarbige Teppiche
fraise, creme, blau, rot, ganz dickes, smyrnartiges Gewebe, von den echten Inderteppeichen kaum zu unterscheiden. Größe ca. 90x185 cm . . . M. 7,50
130x195 . . . 11,25
160x225 . . . 16,50
190x295 . . . 21,50
250x350 . . . 37,50
250x400 . . . 47,50
300x400 . . . 53,50
Passende Bett- und Palt-Teppiche Stück. M. 3,25, 4,50 u. 7,50.
Nach auswärtig per Nachnahme.

Feinfarbige Teppiche
fraise, creme, blau, rot, ganz dickes, smyrnartiges Gewebe, von den echten Inderteppeichen kaum zu unterscheiden. Größe ca. 90x185 cm . . . M. 7,50
130x195 . . . 11,25
160x225 . . . 16,50
190x295 . . . 21,50
250x350 . . . 37,50
250x400 . . . 47,50
300x400 . . . 53,50
Passende Bett- und Palt-Teppiche Stück. M. 3,25, 4,50 u. 7,50.
Nach auswärtig per Nachnahme.

Feinfarbige Teppiche
fraise, creme, blau, rot, ganz dickes, smyrnartiges Gewebe, von den echten Inderteppeichen kaum zu unterscheiden. Größe ca. 90x185 cm . . . M. 7,50
130x195 . . . 11,25
160x225 . . . 16,50
190x295 . . . 21,50
250x350 . . . 37,50
250x400 . . . 47,50
300x400 . . . 53,50
Passende Bett- und Palt-Teppiche Stück. M. 3,25, 4,50 u. 7,50.
Nach auswärtig per Nachnahme.

Feinfarbige Teppiche
fraise, creme, blau, rot, ganz dickes, smyrnartiges Gewebe, von den echten Inderteppeichen kaum zu unterscheiden. Größe ca. 90x185 cm . . . M. 7,50
130x195 . . . 11,25
160x225 . . . 16,50
190x295 . . . 21,50
250x350 . . . 37,50
250x400 . . . 47,50
300x400 . . . 53,50
Passende Bett- und Palt-Teppiche Stück. M. 3,25, 4,50 u. 7,50.
Nach auswärtig per Nachnahme.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. d. Berl. Reichstagswahlkreis
Am Freitag verstarb unser Genosse, der Gastwirt **Wilhelm Gierard**
Deusselstraße 57, Bezirk 701.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof in Pantow, Gollardstraße statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter **Emil Petzold**
am 31. Mai im Alter von 48 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
65/8 Die Bezirksverwaltung.

Zentralverb. d. Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Karl Krüger**
im Alter von 54 Jahren plötzlich an Herzschlag, am 29. Mai, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 3. Juni, vormittags 9 Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Friedhofes in Reinickendorf-West, Köpenicker Str., aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
22/7 Der Vorstand.

Verh. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.
Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Kollege **Wilhelm Werner**
am 27. Mai im Alter von 38 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle der Jerusalem-Gemeinde, Bergmannstr. 45-47, aus statt.
163/18 Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.
Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Kollege **Johannes Damerau**
am 28. Mai im Alter von 29 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am 1. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des alten Thomas-Friedhofes, Hermannstraße, aus statt.
163/19 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten und Bekannten die innige Anteilung, daß meine innig geliebte Frau, unsere Mutter, Köcher, Schwiegermutter und Schwester **Frau Elsbeth Lenz geb. Teschendorf**
plötzlich und unerwartet verstorben ist.
Um stille Teilnahme bitten und zeigt dies im Namen der Hinterbliebenen an
Gustav Lenz, Stallstraße 15.
Die Beerdigung findet am Montag, den 2. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Nikolai-Friedhofes, Neulöben, Hermannstraße, aus statt.
65/19

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Freunden und Verwandten, besonders den Genossinnen der 21. Kl. für ihre Kranzsende, sowie dem Genossen Lechte für seine trostreichen Worte und den Sängern meinen herzlichsten Dank.
Adolf Karl.
Allen Verwandten und Bekannten, den Kollegen der Firma Hans Rosenstock, den Genossen des vierten Bahlfeldes sowie den Mitgliedern des Metallarbeiter-Verbandes für die zahlreiche Beteiligung und die Kranzsenden bei der Beerdigung meines Mannes den besten Dank.
Witwe Klara Krone nebst Kindern.
10636

Billige Gesellschafts-Spreewaldfahrt
arrangiert vom **Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“.**
Am 8. Juni:
Besuch der schönsten und interessantesten Punkte des **Ober-Spreewaldes.**
Wanderung durch die Bürger Kolonie an der Mühlprete entlang nach Burg zum Kirchengang der Wenden. Kahnfahrt von Burg über Forsthaus (siehe durch den herrlichen Oranienwald, darüber an Kammühle, Schützenhaus und Wollschle zum Jagendörfer See und dann nach Lübbenau. (Kahnfahrt nach Berlin.) — Teilnehmerkarte: 6,40 M. (gültig für Bahnfahrt 3. Kl., Kahnfahrt und Mittagessen), 5,40 M. (ohne Mittagessen). 14*

Am Sonnabend, den 21. und Sonntag, den 22. Juni:
Gesellschaftsfahrt nach **Dessau u. dem Wörlitzer Park**
Dessau. Besichtigung der Stadt. Wanderung über Sieglitzer Berg nach Wörlitz. Besichtigung des berühmten Parks. Abendwanderung durch herrlichen alten Oranienwald längs der Elbe nach Köpenick. — Teilnehmerkarte 8.- M. (Eisenbahnfahrt, Sonderzug 3. Kl., Nachtlois mit Kaffee, Mittagessen und Besichtigungsticket), ohne Mittagessen 7.- M.

Sonntag, den 13. Juli:
Besuch des Kloster Chorin,
des Naturparkes Vglaseen und der Schloßen des Großenhainer Sees. Wanderung von Chorin nach Kloster Chorin. Besichtigung des Klosters. Wanderung durch den Choriner Buchenforst zum Vglaseen und nach Liepe. Besichtigung der Schloßenanlagen bei Niederfinow. Teilnehmerkarten 4,20 M. (Eisenbahnfahrt, Mittagessen usw.), ohne Mittagessen 3,20 M.

Ausführliche Programme und Teilnehmerkarten sind zu sehen. Bogenstr. 19, P. Gorch, Engelauer 15, und G. Jermeloff, Neulöben, Hermannstr. 176.
Schlag der Kartenausgabe zwei Tage vor dem Start. finden der betr. Fahrt.
Verband der Schneider.
Sebastianstraße 37/38. Filiale Berlin. Tel. Amt Rorichplatz 9737.

Achtung! Herren-Konfektion! Achtung!
Montag, den 2. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Gabriel u. Jäger, Jochenstraße 10:
Sitzung für d. Zwischenmeister der Hosen- u. Westenbranche.
Tagesordnung:
Bericht über den Stand der Lohnbewegung in dieser Branche.
Bei Schulz, Königsgraben 2, abends pünktlich 6 Uhr:
Versammlung
familliar in der
Phantasiewarenbranche beschäft. Näherinnen, Zuschneiderinnen und Bügler.
Tagesordnung:
Ausgabe der Liste. Aussprache über die Auslegung der einzelnen Positionen. Verschiedenes. 163/20
Bei Weihnacht, Grünstr. 21, abends 8 1/2 Uhr:
Sitzung für die Kollegen der firma Pohl & Schmidt.
Pöhlingsches Erscheinen erwartet Die Kommission.

Für die Reise:

Leiser

Schuhe & Stiefel

Taentzien-Strasse 20 Oranien-Strasse 47a Müller-Strasse 3a
König-Strasse 34 Friedenau, Rheinsf. 14 Oranien-Strasse 34
Leipziger Strasse 65 Neukölln, Bergstr. 7/8 Moabit, Turmstr. 50



Unsere Marine

Schlager in Qualität!

GEORG A. JASMATZKI A.G. DRESDEN
Grösste deutsche Cigarettenfabrik

Die beste 2 PFG. Cigarette

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 19. Ziehungstag 31. Mai 1913 Vormittag

Jede gezogene Nummer hat zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die beiden gleichwertigen Nummern in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
(Die Gewinne II. St. u. f. S.) (Nachdruck verboten)

35 247 433 57 575 618 23 (500) 47 771 907 44 82 94 1034
250 92 373 423 522 (3000) 980 2005 10 27 63 433 51 532 830
949 3099 116 258 300 418 27 637 928 44 544 47 581 80 97
(500) 4013 89 165 426 745 973 5141 45 331 466 762 70 878
8027 35 231 32 397 803 8 25 83 758 7443 659 857 8024 47
62 307 12 454 05 558 637 72 765 657 9429 518 727 81 843 81
95 928
10120 880 875 965 11281 357 484 601 (3000) 825 750 802
49 12611 101 (1000) 214 29 34 614 82 92 740 878 60 (1000)
907 13064 (1000) 172 235 68442 69474 845 976 14186 (1000)
603 (500) 82 898 933 (1000) 15083 442 651 (500) 651 95 766
69 18007 15 17 106 33 41 631 725 35 83 17097 139 323418
60 719 (500) 852 948 (1000) 96 18106 354 540 827 909 19101
213 24 682 809 39 94
20023 31 69 94 101 603 31 67 718 28 949 21104 44 345
451 647 72 679 608 47 22026 545 655 (3000) 729 856 (500) 821
23181 841 874 928 37 24003 89 99 607 765 827 910 31
23098 138 348 423 673 86 (1000) 638 28157 323 389 (3000)
408 97 680 76 (3000) 749 633 39 947 98 27032 171 384 470
684 828 28158 (3000) 651603 477 525 637 745 925 33 29035
69 89 269 552 73 610 845 81 951
30044 149 284 308 528 60 552 (1000) 79 (3000) 828 960
31083 108 90 831 616 83 77 251 799 32110 82 256 011 33505
378 767 60 891 900 28 34027 65 146 371 303 485 690 90 847
83 713 35021 131 211 39 307 400 676 695 (500) 703 886 90
36081 (5000) 118 50 601 47 (500) 71 73 (3000) 803 809 37
37014 29 210 69 361 96 (500) 450 630 615 92 717 80 82 924
38012 74 (1000) 97 111 14 65 (500) 638 78 (500) 659 725 61
(3000) 820 907 44 77 39122 69 336 54 347 (500) 651 621 62
(500) 803
49080 709 961 (500) 41057 134 226 600 39 71 113 34 976
42901 (1000) 84 84 183 (500) 389 85 397 461 54 613 63 (3000)
43692 160 735 (500) 893 981 44134 217 18 41 (500) 49 (3000)
512 425 50 69 51 975 (3000) 45231 44 353 471 79 600 47 45
65 893 93 41023 265 (500) 337 427 826 644 758 908 47012
61 35 132 945 65 68 400 44 857 48018 61 273 97 439 539
(1000) 95 757 942 49 233 33 351 72 747 48 802 62 927
50113 367 441 597 745 869 913 51118 233 349 455 97
614 714 (1000) 61 52135 217 35 75 (1000) 386 490 91 677 91
648 54 67 788 881 949 63110 310 420 830 944 (3000) 54 040
(1000) 65 133 206 68 (500) 395 625 31 41 55133 343 452 627
58030 (1000) 418 601 68 57017 209 30 62 639 462 525 74 644
618 48 55109 601 709 (500) 807 80 923 41 59003 211 18 20
60 (500) 61 62 440 658
60211 618 790 951 38 61037 82 85 135 235 626 628 976
62047 (500) 174 284 490 607 608 6 63059 144 300 713 823
14 84180 (1000) 333 539 734 65018 153 363 315 443 90
63 (1000) 790 659 86102 263 452 63 (500) 587 627 (500) 96
66 (1000) 711 952 67 89 67032 113 21 201 72 493 656 (500)
706 99 983 88125 453 72 823 79 856 87 (500) 88004 35
796 284 429 609 75 707 21 53 930 (500) 78
70175 306 94 651 67 708 88 877 87 71106 355 440 500
624 30 671 957 722011 473 92 755 911 (500) 73207 29 69
431 (1000) 71 (3000) 583 85 (3000) 674 855 79 74039 104 230
350 61 87 527 82 97 902 62 75095 83 282 394 76194 206
667 (1000) 640 63 62 716 859 903 88 77248 379 489 567 64
(500) 847 844 78180 291 331 630 779 67 79404 524 81 825
83 012 34
80107 36 (500) 382 519 (500) 807 900 81099 154 213 84
82 312 624 (500) 713 623 74 970 82077 83 383 673 83004
87 (3000) 128 444 622 678 982 59 84260 443 786 969 85034
18001 103 259 727 613 86167 81 305 58 404 5 29 64 78 519 59
770 90 829 87106 32 308 00 407 (500) 500 69 89 890 728 42
89 67 92 861 924 88289 (500) 42 488 98 640 57 681 963
89164 366 604 696 90 (500) 521 50 81035 131 319 63
92051 410 49 69 642 (500) 65 78 711 622 93046 262 663
602 876 958 81 94004 365 411 894 801 713 78 (500) 67 933
95009 45 121 23 21 62 7038 (500) 85 808 918 41 96021
319 48 63 71 218 340 61 (500) 436 640 619 40 66 99 733 83
92 (500) 661 70 896 (1000) 97077 265 428 513 717 50 98004
331 94 329 463 663 619 726 51 65 815 99013 655 801 (500) 90
821 35 70
101023 60 121 (1000) 61 68 211 358 70 44 601 900 13 60
101017 96 130 44 384 (500) 485 716 924 102180 303 5 7 723
860 869 89 103341 465 031 104057 157 63 386 437 65 807
8 (500) 82 814 105200 478 884 763 884 106002 131 307 63
69 490 761 817 967 107271 315 473 709 (500) 927 108000

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 19. Ziehungstag 31. Mai 1913 Nachmittag

Jede gezogene Nummer hat zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die beiden gleichwertigen Nummern in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
(Die Gewinne II. St. u. f. S.) (Nachdruck verboten)

41 43 314 38 70 80 445 503 15 1003 109 432 592 787 80
83 897 2153 234 306 440 531 648 716 86 830 (500) 53 3132
(500) 84 856 (1000) 721 94 4087 224 300 (500) 43 487 809 817
92 5241 337 76 600 11 79 687 703 39 98 911 6092 (3000)
148 254 720 (500) 751 95 (3000) 7322 (500) 82 (500) 620 40
67 (500) 688 93 (500) 939 8138 (3000) 74 (1000) 75 452
134 639 49 (1000) 683 753 843 86 979 18064 94 175 (1000) 206
921 35 40 45
10102 10 216 (3000) 319 34 456 534 747 60 907 (500) 36
11140 270 (1000) 313 (1000) 838 12096 (1000) 117 (3000) 47 91
128 353 93 419 84 652 901 65 13157 246 (1000) 300 19 406 873
982 14107 202 331 471 608 748 (1000) 65 15025 33 34 154
235 715 649 918 42 18027 90 178 456 954 675 673 933 17211
374 639 49 (1000) 683 753 843 86 979 18064 94 175 (1000) 206
45 328 61 78 84 779 864 19022 64 344 889 943 92
30149 269 98 311 493 614 22 658 846 82 981 85 21054
65 95 122 456 678 750 970 22144 350 (1000) 663 738 852
23017 215 (3000) 692 821 43 973 24066 94 490 (1000) 525
(500) 98 (500) 616 25034 105 (3000) 495 643 718 28101 45
673 627 (500) 60 (500) 728 78 840 64 948 27073 374 420 (500)
673 677 (1000) 727 79 28709 844 83 932 29121 85 304 93
400 535 82 609 841
30001 41 63 98 134 412 41 613 723 900 65 31068 262 359
405 (1000) 70 690 705 938 32083 154 325 42 440 89 (500) 712
(1000) 60 834 64 532 32222 30 337 60 413 (1000) 649 (500) 809
983 62 34258 313 68 72 (500) 73 97 413 (1000) 549 (500) 621
27 709 838 944 330120 303 458 68 800 840 35000 328 35 459
740 867 37000 330 407 13 628 928 70 38007 124 294 24 69
647 63 776 802 14 (1000) 971 39201 339 44 402 506
40131 63 241 97 315 511 (3000) 626 49 969 41001 176 262
658 (500) 67 696 775 63 42125 (1000) 67 309 59 71 402 834
610 56 (5000) 717 (1000) 29 526 85 908 44 43181 411 533 (3000)
40 822 62 917 44041 174 459 573 804 979 45180 376 428
893 808 46145 61 (500) 214 (3000) 32 349 571 (1000) 636 804
981 47038 154 232 386 674 863 63 48369 (3000) 130 279
327 67 85 (1000) 440 543 (1000) 78 751 70 97 921 49181 246
315 24 46 450 35 (500) 870 719 82 850 534 (1000)
56069 608 (1000) 756 613 51036 99 108 59 84 261
447 (500) 628 72 858 47 52344 776 656 53365 483 (500)
540 61 77 739 931 54007 181 299 80 305 656 871 93 924 31
64 61 55261 64 428 28 25 73 605 637 48 739 43 939 56109
270 600 60 61 61 8 749 (500) 57110 881 907 603 58 58150
327 62 86 774 992 327 96 60019 82 426 533 (500) 37 738
60 90 917 58 70 77
60012 203 (1000) 678 806 907 61051 152 448 631 716 87
62032 139 88 229 507 64 669 729 826 63137 233 93 843
721 29 43 74 825 35 (500) 937 64442 64 320 50 770 843 985
65099 130 268 492 (3000) 625 834 88 (500) 69012 23 35 181
629 731 43 838 66 67026 (1000) 27 (500) 38 68 158 284 316
28 418 68 608 22 647 67 (500) 703 620 68139 243 365
(3000) 971 69077 122 40 209 317 426 531 629 652 774 825 80
953
70102 63 290 67 (500) 324 81 (1000) 91 528 730 (1000) 943
60 71013 90 149 282 329 46 (500) 516 619 890 909 96
72236 616 67 72332 39 118 50 359 411 (500) 33 53 610 79
843 92 94 973 74124 497 660 61 616 780 936 75116 290 884
790 837 71 76042 96 232 776 90 906 77053 179 375 474 233
68 81 815 23 913 81 (500) 78077 89 122 253 410 520 773
79110 231 313 89 607 46 80 829 72 81 934
80150 89 349 693 601 90 700 847 77 942 81175 (500) 277
400 624 770 (1000) 856 8204 101 (500) 378 595 (500) 639
919 77 83022 353 400 39 51 617 96 833 41 84005 344 77
(500) 411 40 659 763 670 88078 85 299 246 422 514 32 62 881
90 894 99 86192 300 401 618 754 955 87022 358 891 626
818 895 (1000) 88192 419 777 819 60 69113 24 246 504 354
454 898
90005 148 218 41 42 89 372 97 406 698 926 91388 (500)
675 (1000) 662 7004 801 617 21 92119 511 61 899 (3000)
795 (1000) 603 (1000) 84 93155 270 617 72 787 873 78 916
94133 247 356 440 530 (3000) 630 (500) 89 (500) 858 977
94089 105 348 95 501 98372 90 610 (500) 40 95 856 78 939
87004 68 211 (1000) 32 325 682 624 44 871 81803 106 69
213 17 315 471 71 802 5 8 (500) 928 89030 106 85 300
474 619 806 28
100032 139 314 482 585 778 (1000) 97 914 101070 135
61 871 (1000) 772 77 102054 139 445 (1000) 80 794 103053
246 81 (500) 86 477 78 615 (3000) 38 45 724 44 953 75 96
104002 170 244 383 460 66 (1000) 601 73 640 947 78 105101
(3000) 227 42 (500) 68 254 403 82 661 607 18 77 718 39 92 805
66 (1000) 938 (500) 108004 154 218 449 502 33 79 892 740
(500) 107010 23 119 29 94 249 (1000) 87 302 (500) 41 70 79
78 418 30 555 627 72 (1000) 98 952 108056 157 91 229 43
303 437 606 80 725 807 900 109203 16 64 643 (3000) 771

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 19. Ziehungstag 31. Mai 1913 Nachmittag

Jede gezogene Nummer hat zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die beiden gleichwertigen Nummern in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
(Die Gewinne II. St. u. f. S.) (Nachdruck verboten)

119006 20 72 148 342 541 655 (500) 202 111116 402 990
760 832 954 112007 140 60 93 228 546 74 80 653 875 924 45
113172 288 436 545 695 808 950 114200 370 430 88 (500) 602
849 81 013 115069 221 437 50 55 (500) 87 98 867 80 716 958
928 28 36 116082 281 460 507 643 513 117100 34 223 (3000)
305 (500) 457 68 620 92 802 86 (1000) 937 118021 56 800 669
607 (500) 612 86 97 733 803 40 49 110009 3 47 391 321 86 418
81 723 67 858
120004 283 89 309 37 87 473 879 956 65 (1000) 121058
223 30 48 (500) 80 389 89 445 67 90 694 783 915 122259 387
633 90 725 123015 54 (1000) 105 86 98 307 443 525 637 905
124063 164 372 90 447 (1000) 516 607 (500) 703 800 4 (1000) 54 86
125219 427 713 (500) 126281 134 94 (1000) 340 58 89 667
895 969 (500) 77 127428 (1000) 47 726 (1000) 79 990 128153
(500) 413 32 45 (1000) 737 86 806 46 56 129039 101 314 961
717 (500) 944 65
130045 76 (1000) 197 (1000) 227 665 757 74 63 639 131170
71 276 381 97 (500) 942 60 132049 304 29 403 588 98 711 53
(1000) 25 800 (1000) 133037 438 69 (500) 72 818 88 (500) 98
673 (1000) 855 928 64 88 134074 284 447 96 662 78 81 676
135120 (1000) 816 (3000) 730 136032 76 83 149 94 382 452
654 609 798 869 89 137086 (500) 103 (1000) 83 (500) 409 11
15 513 639 41 812 18 138181 97 446 (1000) 665 (1000) 94 (500)
625 92 98 738 (3000) 62 817 933 70 139213 545 (500) 73 636
(500) 48 89
140003 66 281 375 415 (500) 89 806 964 (1000) 141176
843 607 833 39 28 89 904 142169 (500) 81 276 (1000) 377 487
70 615 (500) 821 87 903 143046 97 134 (500) 615 (3000) 47
627 144162 217 67 74 408 10 419 34 807 984 145084 110
337 452 76 507 95 784 864 99 989 (3000) 148001 (1000) 181
(1000) 213 (500) 840 613 (3000) 43 18 (1000) 83 91 147118 21
27 511 46 395 410 95 625 708 148263 351 432 578 94 648
790 85 149023 (500) 89 114 233 413 520 46 83 685
150009 113 26 232 419 664 685 761 891 151032 579 642
68 752 944 152028 448 (3000) 743 153094 75 108 47 94 219
302 96 435 518 (1000) 659 696 058 153438 80 398 652 637 70
707 27 448 63 155113 37 211 14 (3000) 34 562 66 727 (3000)
902 156431 592 (1000) 678 742 73 227 167047 108 23 219
790 158024 53 646 829 917 21 159244 61 78 650 754 835
63 923
160003 106 68 390 427 567 688 734 873 161130 219 200
454 (500) 89 625 752 65 (3000) 162221 84 (1000) 69 403 726 587
163120 379 404 718 (3000) 25 941 92 164105 13 321 408 42
631 86 447 61 165056 123 65 77 87 483 (500) 68 68 626 43
640 796 999 166 546 127 472 63 520 43 64 656 763 813 92
167135 225 311 (500) 88 408 73 627 701 65 71 897 971 75
168054 71 342 425 518 72 654 30 773 841 945 169402 19 775
812 56 981
170126 215 2

Jungdeutschlandbunds Liebeswerben

gilt auch der weiblichen Jugend. Die Wege ebnen will auch hier ihm die Lehrerschaft, nachdem sie ihn schon in seinen Bemühungen um die männliche Jugend so eifrig unterstützt hat.

Der Jugendpflegeausschuß des Berliner Lehrervereins hatte gemeinsam mit dem Sozialen Ausschuß des Vereins Berliner Volksschullehrerinnen und mit mehreren anderen Lehrerinnenvereinigungen Groß-Berlins zu Freitag eine Konferenz einberufen, in der die Frage „Jungdeutschland und unsere weibliche Jugend“ erörtert werden sollte.

Einleitend referierte der Berliner Gemeindefullehrer Oscar Grapentin, dem die in der „Pädagogischen Zeitung“ bekanntgegebene Versammlungsanzeige seinen Titel „Leutnant der Reserve“ mit komischer Gewissenhaftigkeit angehängt hatte.

Die Diskussion ergab zunächst volle Übereinstimmung darüber, daß auch die weibliche Jugend alle Rettung vom Jungdeutschlandbund zu erwarten habe.

Die Diskussion ergab zunächst volle Übereinstimmung darüber, daß auch die weibliche Jugend alle Rettung vom Jungdeutschlandbund zu erwarten habe.

Man erfuhr in der Diskussion auch, daß der Soziale Ausschuß des Vereins Berliner Volksschullehrerinnen schon vor Monaten dem Jungdeutschlandbund angeboten hat, mit ihm zusammen zu arbeiten.

Man sieht, wie die in der Jugendpflege tätige Lehrerschaft sich geradezu danach drängt, unter den Einfluß des Jungdeutschlandbundes zu kommen.

Man sieht, wie die in der Jugendpflege tätige Lehrerschaft sich geradezu danach drängt, unter den Einfluß des Jungdeutschlandbundes zu kommen.

Partei-Angelegenheiten.

Verband der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgebung.

Secretariat: Berlin SW. 68, Lindenstraße 2 L. Fernsprecher: Amt Rorichplatz 14 629.

Auf Beschluß des Zentralvorstandes findet die Ordentliche Generalversammlung

des Verbandes am Sonntag, den 15. Juni, in den Germania-Pracht Sälen, Chausseest. 110, statt.

Die Verhandlungen beginnen vormittags 9 Uhr.

Provisorische Tagesordnung:

- 1. Bericht des Vorstandes, Kassendbericht, Bericht der Revisoren. 2. Wahl des Vorsitzenden, Schriftführers, Kassierers, der Revisoren und der weiblichen Vorstandsbereitiger, sowie Bestätigung der von den Kreisen gewählten Funktionäre des Verbandes. 3. Anträge der Kreiswahlvereine.

Die Besetzung der Generalversammlung erfolgt durch Delegierte. Nach dem Beschluß der außerordentlichen Verbandsgeneralversammlung vom 10. November 1912 ist auf 150 Mitglieder ein Delegierter zu wählen.

Table with 2 columns: Wahlkreis, Anzahl Delegierte. Includes rows for 1. Wahlkreis (10), 2. (31), 3. (15), 4. (128), 5. (13), 6. (164), Zeltow-Weeslow (190), Niederbarnim (99).

Summa 640 Delegierte

Sitz und Stimme haben ferner: Die Mitglieder des Verbandsvorstandes, die Revisoren, der Parteivorstand, die Reichstags- und Landtagsabgeordneten resp. Kandidaten der Kreise Groß-Berlins, eine Vertretung der Redaktion des „Vorwärts“, 5 Vertreter der Berliner Stadtverordneten, 3 Gemeindevertreter resp. Stadtverordnete von Zeltow-Weeslow und 3 Gemeindevertreter resp. Stadtverordnete von Niederbarnim.

Vorläufig eingegangene Anträge:

Sechster Wahlkreis:

Die Verbandsgeneralversammlung möge beschließen: 1. An Stelle des historischen Kalenders ist ein praktischer Wandkalender herauszugeben.

2. Für den „Vorwärts“ ist das Wochenabonnement zum Preise von 25 Pf. pro Woche einzuführen. Das Monatsabonnement ist jedoch beizubehalten.

Zeltow-Weeslow:

Um eine möglichst großzügige Reorganisation der Partei Groß-Berlins durchzuführen, wird der Zentralvorstand Groß-Berlins beauftragt, der nächsten Verbandsgeneralversammlung eine Vorlage zu unterbreiten, nach der die acht Wahlvereine Groß-Berlins zu einem einheitlichen Bezirksvereine zusammenzulegen sind.

Die Generalversammlung beschließt, daß die Zahlabende beibehalten werden, um die Kleinarbeit erledigen zu können.

Zur Aufklärung der Mitglieder und Agitation unter den und noch Fernstehenden sind Bezirksversammlungen abzuhalten.

Den Leitern der Zahlabende ist mehr Material zwecks besserer Ausgestaltung derselben zu übermitteln.

Um die Fluktuation unter den Mitgliedern einzudämmen, ist die Hauskassierung durchzuführen.

Niederbarnim:

Ueber die Höhe der Entschädigungen bei Delegationen zu Parteitag, Kongressen usw. entscheidet die Verbandsgeneralversammlung. — Sämtliche bei diesen Tagungen gegen Entgelt tätigen Genossen sind bezüglich der Entschädigung den Delegierten gleichzustellen.

Freitag, den 6. Juni, abends 8 Uhr, findet eine allgemeine Flugblattverbreitung von den Bezirkslokale aus statt.

Parteilosen! Die bei den Landtagswahlen gesammelten Erfahrungen müssen im Interesse der Organisation ausgenützt werden; deshalb ist es notwendig, daß sich jeder Genosse und jede Genossin an der Flugblattverbreitung und an der Agitation beteiligt.

Der geschäftsführende Ausschuß.

Zweiter Wahlkreis. Heute Sonntag, vormittags von 9-12 Uhr, findet in folgenden Lokale die Urwahl des Vorstandes und der Kommissionsmitglieder für Groß-Berlin statt: Wicker, Steinwegstraße 96; Orlowski, Lügenstr. 108; Witte Augustin, Oranienstr. 103; Schröder, Markgrafenstr. 102; Reufner, Wödemstr. 93; Vorfeld, Kollwitzstr. 29; Romack, Gütshiner Straße 66; Mehle, Manufer 75; Kurath, Möllenhoffstr. 11; Arndt, Radmannstr. 5. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Vierter Wahlkreis. Wir machen nochmals aufmerksam auf die heute stattfindende Urwahl für den Vorstand und die Kommissionen. Die Wahllokale sind im Inlerat vom Sonnabend bekanntgegeben. Die Wahlzeit beginnt um 8 Uhr und endet mittags 12 Uhr. Der Vorstand.

Vorsigwalde-Wittenau. Donnerstag, den 5. Juni, abends 8 Uhr, findet in den Vorsigwalder Festsälen eine öffentliche Protestversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die letzten Vorgänge im Gemeindeparlament. 2. Die in Aussicht stehenden Kirchensteuern. 3. Diskussion. Referent: Stadtverordneter Genosse Dr. A. Bernstein. Am Dienstag, den 3. Juni, abends 7 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekanntesten Lokale aus.

Berliner Nachrichten.

Im Zeichen des Verkehrs.

Der gesteigerte Verkehr in den großen Straßenzügen Berlins hat verschiedene Maßnahmen erfordert, um besonders belastete Straßen zu entlasten. Diese Maßnahmen sind verschiedener Art. Zunächst wurden große Straßendurchbruchprojekte entworfen und beschossen, um den Verkehr, insbesondere von der Leipziger Straße, abzulenken.

Die Entfernung der dort stehenden Kastanienbäume noch nicht zur Ausführung gekommen ist. Der Verkehr hat sich in dieser Straße derart entwickelt, daß von einer ruhigen Wohnstraße keine Rede mehr sein könne.

Bemerkung sei, daß eine Straßenordnung in Vorbereitung ist, nach der in bestimmten Straßen, besonders in der Leipziger Straße, Fußwege in der Zeit zwischen 11 Uhr vormittags und 7 Uhr abends nicht halten und weder Waren entladen, noch solche aufnehmen dürfen.

Umleitung bei der Straßenbahn. Die Straßenbahn muß wegen Ausdehnung der Kreuzungsanlagen auf dem Alexanderplatz an der Ecke Landsberger- und Alexanderstraße verschiedene Linien in der Nacht vom 2. auf den 3. Juni von 2 Uhr an und in der Nacht vom 5. auf den 6. Juni von 1 Uhr an umleiten.

Seitler-Stiftung. Die Johann-Jacob-Seitler-Stiftung hat den Zweck, einmalige Unterstüßungen im Betrage von wenigstens 30 R.

an Weber und Stuhlarbeiter (damit sind gemeint: Weber, Birker, Raschmacher, Zeugmacher, Tuchmacher, Strumpf- und Seidenwirker) sowohl an Meister wie Gesellen zu gewähren, welche sich in Geldverlegenheit, namentlich wegen Zahlung der Wohnungsmiete befinden, sofern sie nicht der öffentlichen Armenpflege anheimgefallen sind.

Der Dank des Kaisers. Der Kaiser hat in einem Schreiben an Magistrat und Stadtverordnete für die Glückwünsche und die herzliche Teilnahme der Berliner Bürgerschaft bei der Bekehrung seiner Tochter vielmals gedankt.

Ein schweres Gewitter

ging gestern über Berlin und die Vororte nieder. Blitz und Donner folgten in kurzen Abständen. In zahlreichen Fällen schlug der Blitz ein, ohne aber erheblichen Schaden anzurichten.

In der Schönhauser Allee war stundenlang der ganze Verkehr unterbunden. Hinter dem Bahnhof Hof das Wasser stromartig durch die Wischer- und Schibelfeiner Straße in der Richtung nach dem Arnimplatz, mehrfach die Kellerräume der Häuser füllend.

Noch schlimmer als Berlin ist Weikensee heimgesucht worden. Ein Drittel von Weikensee stand über eine Stunde unter Wasser. Der Schaden läßt sich heute noch gar nicht überschauen.

Auch in Lichtenberg richtete das Gewitter Unheil an. Leider fiel ihm auch ein Menschenleben zum Opfer. In der Wolfsgangstraße erschlug der Blitz das 5jährige Kind eines Koblegers, das dort kurz vorher mit anderen Knaben gespielt hatte.

Zwei große neue Volksschulgebäude sollen nach einem Beschluß des Berliner Magistrats am Petersburger Platz 4 neben der Pfingstkirch und Schönhauser Allee 79, an der Ringbahnstation, errichtet werden.

Ueber die Einsprüche gegen den Plan der Nord-Südbahn werden die Aufsichtsbehörden demnächst Beschluß fassen, der den Antragstellern zugestellt werden wird.

Staatsanwälte und Richter bei den Polizeihunden. Die Teilnehmer am Lehrkursus für Gefängniswächter besuchten gestern nachmittags unter Führung ihres Leiters, des Geh. Oberjustizrats Plaschke, die bei Grünheide (Erkner) belegene Zuchtanstalt für Polizeihunde.

Vom Fischschlag getroffen wurden gestern infolge der ungewöhnlich großen Wärme zwei Personen. An der einfachen Poppel auf dem Exerzierplatz an der Schönhauser Allee fand man den 51 Jahre alten Pantoffelmacher Theodor Liebenau, der ohne Wohnung war, tot auf. Ein Arzt stellte fest, daß er einem Fischschlage erlegen war.

